

5 Fallbeispiel 3: Braunschweig und BRAGIDA

5.1 Braunschweiger »Normalität«: Soziodemografische Merkmale und Wahltraditionen

Löwenstadt¹, Hansestadt², die Stadt, die einst Adolf Hitler einbürgerte³: Braunschweig offeriert zahlreiche Assoziationen. Und eine weitere lässt sich hinzufügen: Braunschweig als Stadt mit einem der hartnäckigsten PEGIDA-Ableger in Westdeutschland seit 2015 – BRAGIDA. Wie im lokalen Kontext auf BRAGIDA reagiert wurde, welchen Umgang unterschiedliche städtische Akteure mit den selbsternannten »Patrioten« fanden und welche Deutungen die Stadtgesellschaft bezüglich dieser Mobilisierung von rechts entwickelte, soll im Folgenden eruiert werden. Denn das Faktum, dass einer der langlebigsten Ableger PEGIDAS in Braunschweig nicht nur zu einem rigorosen Deutungskampf innerhalb der Stadtgesellschaft führte – wie er bereits in der Konstituierungsphase von PEGIDA in Dresden zu beobachten war –, sondern sich hier auch ein bewegungsförmiger Rechtsradikalismus auf der Straße zeigte, der einerseits mobilisierungsfähig war, andererseits aber auch große Gegenproteste auslöste, lässt einen Blick auf die Reaktionen, Umgangsweisen und Deutungen lokaler Akteure in Bezug auf BRAGIDA lohnend erscheinen.⁴

Zeichnen wir zunächst den Schauplatz, der BRAGIDA über zwei Jahre lang eine Bühne bot, also den konstituierenden Rahmen, mit groben Strichen: Geografisch liegt Braunschweig in unmittelbarer Nähe zu den Industriestädten Wolfsburg und

1 Sierigk, Peter/Götz, Karla: Braunschweig. Löwenstadt zwischen Harz und Heide, Hamburg 1997.

2 Vgl. etwa Steinführer, Henning: Kurze Geschichte der Hansestadt Braunschweig, Braunschweig 2017.

3 Aufschlussreich zur Geschichte Braunschweigs im Nationalsozialismus ist die Website »Vernetztes Gedächtnis«, URL: www.vernetztes-gedaechtnis.de/ [eingesehen am 13.03.2019].

4 Die vorliegende Analyse basiert auf Interviews, eigenen Beobachtungen im Zuge einer Feldforschung, der Auswertung von Presseberichten, Protokollen der städtischen Gremien, Websites und Selbstzeugnissen unterschiedlicher Akteure, politischen Anfragen sowie Forschungsliteratur. Für die Mitarbeit an der Recherche, der Textabfassung und für die kritische Diskussion der Thesen gilt Niklas Knepper großer Dank.

Salzgitter; ihr Dreiklang begründet die Omnipräsenz des Konzerns VW in der Region. Das 1938 in Braunschweig gegründete Werk – laut Selbstauskunft des Unternehmens so groß wie neunzig Fußballfelder, mit 7.000 Beschäftigten so bevölkert wie eine Kleinstadt⁵ – steht sinnbildlich für die Abhängigkeit der gesamten Region von diesem Arbeitgeber; positiv gewendet jedoch auch für das Selbstbewusstsein gegenüber der Landeshauptstadt Hannover, die in der Konkurrenzsituation stets eine Nasenlänge voraus zu sein scheint.

In schnöden Zahlen liest sich Braunschweig wie folgt: In der Viertel-Millionen-Einwohner-Stadt war man 2015 durchschnittlich 43 Jahre alt, der Ausländeranteil betrug 9,7 Prozent, die Arbeitslosenquote lag 2016 bei 6,1 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt betrug 2014 pro Kopf 43.200 Euro, womit die Stadt im Bundesvergleich sehr gut abschnitt; auch wohnt man dort vergleichsweise günstig und blickt auf eine positive Bevölkerungsentwicklung.⁶ Historisch gesehen hat das Industriegebiet um Braunschweig seit der Weimarer Republik ein sozialistisches Milieu ausgeprägt – politisch war die SPD in der protestantisch geprägten Löwenstadt traditionell stark.⁷ Wenn Braunschweig auf Bundesebene wählte, war es stets ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU, das die Sozialdemokratie jedoch häufiger für sich entschied.⁸ Bei Landtagswahlen überholte die CDU erstmals 1982 die SPD in der Gunst der Braunschweiger Wähler, wobei 2013 wieder die SPD knapp vorne lag.⁹ 1981 ging auch erstmals auf Gemeindeebene die Mehrheit an die CDU, die sie erst 2016 wieder an die SPD verlor.¹⁰ Bei der Bundestagswahl 2017 wählte Braunschweig mit 29 Prozent CDU, 26,4 Prozent entfielen auf die SPD, 11,8 auf

5 Nachzulesen auf der Website von Volkswagen, URL: <https://www.volkswagen-karriere.de/de/unsere-standorte/volkswagen-braunschweig.html> [eingesehen am 13.03.2019].

6 Siehe Arp, Susanne/Stotz, Patrick/Seibt, Phillip: Bevölkerung, Arbeitslose, Miete. Boomt Ihr Landkreis auch?, in: Spiegel Online, 21.10.2017, URL: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-vergleich-zu-bevoelkerung-miete-wie-steht-ihr-landkreis-da-a-1157144.html> [eingesehen am 13.03.2019] sowie Stadt Braunschweig: Braunschweig in der Statistik: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Altersjahren und Geschlecht im Jahr 2017, URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/statistik/jahrbuch/jahrbuch/02_06_export.pdf [eingesehen am 13.03.2019]. Solche Kontextfaktoren wirken auf die Wahrnehmung von rechtsextremen Akteuren und Ereignissen im jeweiligen Sozialraum aus, vgl. Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, S. 25.

7 Vgl. Klecha: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, S. 81.

8 Siehe Stadt Braunschweig: Ergebnisse der Bundestagswahlen in Braunschweig seit 1949, URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/wahlen/ergebnisse/btw_bs.html [eingesehen am 13.03.2019].

9 Vgl. Stadt Braunschweig: Ergebnisse der Landtagswahlen in der Stadt Braunschweig seit 1947, URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/wahlen/ergebnisse/ltw_bs.html [eingesehen am 13.03.2019].

10 Vgl. Stadt Braunschweig: Ergebnisse der Gemeindewahlen in der Stadt Braunschweig seit 1946, URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/wahlen/ergebnisse/kw_bs.html [eingesehen am 13.03.2019] sowie zur Zusammensetzung des Rates der Stadt Braunschweig

die Grünen, die FDP erhielt zehn, die LINKE 9,3 und 8,4 Prozent gingen an die AfD.¹¹ Damit schnitt die AfD in der Löwenstadt besser ab als im Landesvergleich, wo sie 2017 bei den Landtagswahlen auf 6,2 Prozent kam; im Umland der Stadt erhielt die AfD sogar noch größeren Zuspruch. Bereits bei den Kreiswahlen 2016 war die AfD in Braunschweig mit 8,9 Prozent auf höhere Werte als im Landesvergleich gekommen.¹² Bereits dies deutet daraufhin, dass die Partei rechts der Mitte in Braunschweig gewisse Ausgangsbedingungen vorfindet, an die sie lokal anschließen kann. Bereits in der Geschichte barg das Braunschweiger Umland immer wieder Potenzial für rechtsradikale Parteien – so gab es hier zum Beispiel Anfang der 1950er Jahre zahlreiche Anhänger der DRP¹³ –, das ihnen entsprechende Wahlerfolge bescherte, wobei sie dabei auch von der Brüchigkeit sozialistischer Milieus profitierten.

Doch wie dieser offenkundig vorhandene Nährboden für Rechtsradikalismus beschaffen ist und welche kulturellen Traditionsstränge in der Stadt darüber hinaus vorhanden sind, ist weithin ungeklärt. Gleichwohl wird immer wieder auf die Bedeutung der politischen Führung in der Braunschweiger Politik verwiesen, um gewisse Akzeptanzverschiebungen für politische Kräfte (auch rechts der Mitte) zu erklären. Als wichtigster Faktor gilt diesbezüglich Gert Hoffmann, der als Christdemokrat 13 Jahre lang als Oberbürgermeister an der Spitze der Stadtpolitik stand – denn Hoffmanns politische Laufbahn enthielt eine kurze Episode in der NPD (übrigens im Göttingen der 1960er Jahre), was in Braunschweig allerdings nur zögerlich thematisiert wurde.¹⁴

Doch solche Zahlen allein sagen noch nicht viel darüber aus, was eine Stadtgesellschaft ausmacht oder wie Politik in ihr verhandelt wird. Offenkundig kommen weitere Faktoren hinzu, die untergründig politische Einstellungen und Phänomene präformieren. Hierzu zählt vor allem, was in der Stadtgesellschaft als »normal«

seit 1946 URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/statistik/jahrbuch/jahrbuch/o3_o2_export.pdf [eingesehen am 13.03.2019].

11 Vgl. o.V.: Bundestagswahl – So hat Braunschweig gewählt, in: Braunschweiger Zeitung, URL: <http://static.apps.braunschweiger-zeitung.de/apps/bundestagswahl2017/bs/> [eingesehen am 13.03.2019] und Stadt Braunschweig: Wahlen aktuell: Bundestagswahl 24. September 2017, URL: https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/politik/wahlen/btw/infoline_o3-17.pdf [eingesehen am 13.03.2019].

12 Siehe Landesamt für Statistik Niedersachsen: Endgültige Ergebnisse der Kreiswahlen (prozentual), URL: <https://www.aktuelle-wahlen-niedersachsen.de/KW2016/Vision/KW.html> [eingesehen am 13.03.2019].

13 Vgl. Finkbeiner/Trittel: Traditionslinien des Rechtsradikalismus in der politischen Kultur Niedersachsens, S. 23.

14 Vgl. dazu Hoffmann, Gert: Von Irrwegen in die Verantwortung, Essen 2018; vgl. auch o.V.: Gert der Schreckliche. Wie Gert Hoffmann die Stadt Braunschweig regiert, Teil 3, in: Newspatch – Braunschweiger Blog, 24.06.2009, URL: <https://newspatch.wordpress.com/2009/06/24/gert-der-schreckliche/> [eingesehen am 13.03.2019].

gilt, oder – vielleicht zunächst noch einfacher – wie diese sich selbst sieht und gesehen werden möchte; denn dieses Selbstverständnis beeinflusst, wie sie bestimmte Ereignisse und politische Phänomene rahmen wird.¹⁵

Ein Corporate-Design-Handbuch mit dem Emblem »Braunschweig. Die Löwenstadt« gibt Aufschluss über das städtische Marketingkonzept, welches zum Ziel hat, »Braunschweig als Standort regional und überregional sichtbar zu machen und als Marke zu profilieren«¹⁶. Der Kern dieser »Corporate Identity«, dem »Zusammenspiel aller Elemente, die die Identität [...] einer Stadt ausmachen«,¹⁷ ist der Löwe. Der 1954 von Hermann Eidenbenz entworfene Wappenlöwe ist eine eingetragene Marke, deren alleinige Nutzungsrechte bei der Stadt liegen. »Die Marke Braunschweig gibt dem Eidenbenz-Löwen [...] ein prägnantes, souveränes Wirkungsfeld. In der Summe entsteht ein starkes Label für Braunschweig: [...] zugleich sympathisch und selbstbewußt.«¹⁸ Die »Corporate Pictures«, die Braunschweig symbolisieren, stehen unter der sprechenden Überschrift »einheitliche Vielfalt«¹⁹, um die unterschiedlichen Facetten der Stadt, die »gerade im Bild eine bunte Vielfalt zeigen und die es zu vereinen gilt«, zu repräsentieren, bis sie »harmonisch korrespondieren«; laut Werbetext stehen auch »Historisches und Modernes versöhnlich nebeneinander«²⁰, des Weiteren wirbt man prominent mit Kultur- und Shoppingmöglichkeiten, »von der Einkaufs- zur Erlebnisstadt«²¹.

Der Löwe ist in Braunschweig omnipräsent.²² Die Stadtgesellschaft zehrt von dem Glanz ihres Ahnherrn, des Welfen Heinrich der Löwe, der auch für die politische Bedeutung der Stadt in steter Konkurrenz zu Hannover bürgt. Nicht nur die welfische Tradition gehört fest zum nach außen dargestellten Identitätskern, sondern auch »die ›Wohlstand und Adel‹-Geschichte nimmt eine regionale Schlüsselrolle ein, denn sie berichtet über eindrucksvolle kulturelle Stätten, Persönlichkeiten und Ereignisse, die geprägt waren von Konflikten, Blutvergießen, Liebe, Opfer und

15 Vgl. auch Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, S. 11.

16 Braunschweiger Stadtmarketing GmbH (Hg.): Corporate Design für Braunschweig, Version 2013, URL: <https://www.designtagebuch.de/cd-manuals/Braunschweig-CD-Manual.pdf> [eingesehen am 13.03.2019], hier Vorwort.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 3.

19 Ebd., S. 10.

20 Ebd., S. 13.

21 Stachura, Jörn: Von der Einkaufs- zur Erlebnisstadt, in: Braunschweiger Zeitung, 19.10.2015.

22 Um nur einige Verwendungen zu nennen: Das Portal der Braunschweiger Stiftungen unter der URL <https://www.der-loewe.info/heimat-identitaet/ist> ein Medienportal, das journalistische Beiträge veröffentlicht, die »für die Region des ehemaligen Braunschweiger Landes identitätsstiftend sind«. Ferner gibt es einen von der Stadtmarketing GmbH betriebenen Löwenstadt-Blog (<http://loewenstadt.braunschweig.de/>) sowie die Facebook-Seite »Braunschweig – die Löwenstadt« (URL: <https://de-de.facebook.com/braunschweig/> [eingesehen am 13.03.2019]).

Triumpf [sic!]«, eine – wie Kritiker der Vermarktungsstrategie meinen – »verdummende Geschichts-Interpretation rund um Braunschweigs ›verwelkten‹ Strahlenkranz«. ²³

Der Stadtfilm »Braunschweig – Die Löwenstadt«²⁴ zeigt diese »von ihrer sympathisch-emotionalen Seite«²⁵. Selbstbewusst und auf Harmonie bedacht – der Imagefilm zeigt, wie »die Braunschweiger« sind²⁶, beginnend mit einem Sonnenaufgang – und der Stadtreinigung. Alles sauber und ordentlich, auch der Abschnitt über das Staatstheater beginnt mit einer Putz-Szene. Braunschweiger seien entgegen dem Vorurteil auch nicht verschlossen, vielmehr würden Ortsfremde »willkommend« aufgenommen. Dankbarkeit und Demut prägen auch die ehemaligen Spieler der Fußballmannschaft der Braunschweiger Eintracht, die 1967 überraschend deutscher Fußballmeister wurde, bis heute – ein Blick in längst vergangene Zeiten. Denn: Was beschäftigte Braunschweig außer Bragida seit Sommer 2015? »Der Untergang der Eintracht« (I16), wie uns ein Braunschweiger Journalist im Gespräch berichtete. Der im Imagefilm beschworene Zusammenhalt wird auch andernorts als Charakteristikum der Fußballmannschaft angeführt, welche die Relegation 2017 nur verloren habe, weil die Fans »ihre Eintracht« und die »stolze« Mannschaft daraufhin »ihre Ordnung« verloren habe.²⁷

Allerdings müsse man erst lernen, räumt der Imagefilm ein, Braunschweig wertzuschätzen. Der Sänger Bosse verteidigt darin seine Heimat, die einen »guten Kern, ein gutes Herz« besitze. Auch ein Journalist (I16) beschrieb Braunschweig im Interview als eine sehr bürgerliche Stadt (analog bezeichnete er die *Braunschweiger Zeitung* (BZ) explizit als »Bürgerzeitung«), die nach der Periode unter dem polarisierenden Hoffmann mit dem eher moderierenden Oberbürgermeister Ulrich Markurth zur Einigkeit gefunden habe, zu deren Herstellung die Bürger durch

23 Rosenbaum, Peter: Braunschweig bekommt ein neues Image – VW zwischen Welfengeschichte und (Flughafen) Mobilität, in: braunschweig-spiegel.de, 07.04.2012, URL: <https://archiv.braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-wirtschaft/2441-braunschweig-bekommt-ein-neues-image> [eingesehen am 13.03.2019].

24 Stadt Braunschweig: Stadtfilm »Braunschweig – Die Löwenstadt«, URL: https://www.braunschweig.de/leben/stadtportraet/braunschweiger_ansichten/stadtfilm.html [eingesehen am 13.03.2019].

25 Auch Klingenberg, Axel: Döner mit Braunkohl und Bier. Das Braunschweig-Buch, Meine 2015, bemüht sich, diesen Eindruck mit humorvollen Anekdoten zu erwecken.

26 Das im Imagefilm gezeichnete Bild wird auch von anderen Werbenden aufgegriffen; siehe Freeontour: Braunschweig – Hansestadt und Weltenresidenz, URL: <https://www.freeontour.com/de/articles/erlebnisberichte/braunschweig-hansestadt-und-weltenresidenz> [eingesehen am 13.03.2019].

27 Siehe Fritsch, Oliver: Wenn Fans ein Spiel verlieren, in: Zeit Online, 30.05. 2017, URL: <https://www.zeit.de/sport/2017-05/eintracht-braunschweig-vfl-wolfburg-relegation> [eingesehen am 13.03.2019].

unterschiedliche Beteiligungsformen beitragen könnten. Vor allem hob er den integrativen Charakter hervor, als eine »sehr offene Stadt, also die gerne annimmt, wenn jemand kommt, die sich gar nicht so abschottet, sondern die so ein bisschen stolz darauf ist, alles einzugemeinden«. Der Rahmen sei »übersichtlich« und auf Harmonie justiert, »da ist sehr viel miteinander und sehr wenig gegeneinander«. All dies gelte gleichfalls für das politische Klima, das I16 als angenehm beschreibt, ohne »Polarisierung«. Zwar werde auch gestritten, aber man sei dabei stets lösungs- und kompromissorientiert, alles bleibe – und das sei gut so – »immer im Rahmen«. Braunschweig sei »klein«, »übersichtlich« und »beherrschbar«; diese Überschaubarkeit ermögliche eine hohe affektive Bindung, Braunschweig sei – so hört man auch andernorts – »Herzessache«²⁸, immer ein bisschen »Nostalgie«²⁹.

Zur Normalität der Stadt gehöre zwar auch die Erfahrung mit Protest, allerdings nicht übermäßig oder für ihr Selbstverständnis entscheidend. Zwar gingen die Braunschweiger, wie der Journalist meinte, »grundsätzlich auch auf die Straße, wenn sie der Meinung sind, ihnen gefällt etwas nicht«; doch erscheint dies eher eine proklamierte denn eine tatsächlich in der persönlichen Erfahrung verankerte Protestüberzeugung zu sein. »Sonst wüsste ich jetzt nicht so, wo geht denn der Braunschweiger auf die Straße? Ach, der formiert sich aber schon, ja, wenn ihm was nicht gefällt, dann formiert er sich, durchaus.« (I16)

Dieser kurze Blick auf Braunschweig erweckt den Eindruck einer bürgerlichen Stadt, einer Stadt der Mitte, der Mäßigung. Doch erweist sich dieses Bild – mit Blick auf BRAGIDA – als trügerisch? Denn immerhin gelang es, als sich 2014 in Dresden PEGIDA auf der Straße versammelte und die Republik etwas irritiert und abschätzig Richtung Osten blickte, ausgerechnet auch in Braunschweig, einen PEGIDA-Ableger zu initiieren, wohingegen solche Versuche in manch anderer westdeutschen Stadt scheiterten.

5.2 »Braunschweiger gegen die Islamisierung des Abendlandes«

Wer demonstrierte?

BRAGIDA warb am 3. April 2017 für den 83. (!) Spaziergang, mehr als zwei Jahre nach der ersten Veranstaltung. Wann man sich das letzte Mal traf, bleibt unklar. Eine Anfrage bei der Stadt im Januar 2018 habe lediglich ergeben, dass es »seit lan-

28 Jasper, Susanne: Ein Inder, für den Braunschweig längst Herzessache ist, in: Braunschweiger Zeitung, 23.06.2015.

29 Sierigk/Götz: Braunschweig, S. 6ff.

gem« keine Anmeldungen mehr gegeben habe.³⁰ Die Facebook-Gruppe ist allerdings Anfang 2019 noch aktiv, verzeichnet fast täglich *Posts*, die Zahl der *Likes* schwankt geringfügig, ist aber insgesamt – quasi unabhängig von der Präsenz auf der Straße – bei rund 7.500 relativ konstant.³¹

BRAGIDA hatte einen schwierigen Start in der Löwenstadt: Eine erste Veranstaltung wurde Ende 2014 wegen zu geringer Unterstützung abgesagt; erstmals zeigte man sich am 19. Januar 2015 auf der Straße, während sich zeitgleich in etlichen anderen (auch westdeutschen) Städten ebenfalls GIDA-Ableger bildeten.³² Bereits Anfang Januar war in Braunschweig ruchbar geworden, dass BRAGIDA vom Netz auf die Straße treten wolle.³³ Die Polizei rechnete mit 100 bis 300 Teilnehmern.³⁴ Medial wurde im Vorfeld ein dramaturgischer Spannungsbogen aufgebaut, wer wohl hinter BRAGIDA stecke. Nachdem zunächst nur dem Ordnungsamt ein Anmelder bekannt gewesen war, der aber mehrfach wechselte,³⁵ weder die Internetseite ein Impressum enthielt noch sonst jemand als Person in Erscheinung getreten war, die Presse aber bereits im Vorfeld der ersten Veranstaltung berichtete, die Bündnisse mobilisierten, die Akteure über die Hintermänner spekulierten³⁶, entstand ein Phantombild von BRAGIDA – das sich bis dato allerdings nicht aus seinem Versteck locken ließ, obwohl in Internetforen dazu aufgerufen wurde, BRAGIDA solle »sich einer Diskussion [...] stellen«³⁷.

Als Anmelder der ersten Veranstaltung fungierte Sebastian Rinke,³⁸ ein AfD-Mitglied aus dem Harz, der jedoch »polizeilich und versamlungsrechtlich unbe-

30 Zit. nach o.V.: Keine Anmeldungen, keine Kundgebungen: Bragida am Ende?, in: regionalbraunschweig.de, 14.01.2018, URL: <https://regionalbraunschweig.de/keine-anmeldungen-keine-kundgebungen-bragida-am-ende/> [eingesehen am 13.03.2019].

31 Stand 01.01.2019: 7.545 *Likes* auf der Facebook-Seite.

32 Siehe Seidel, Caroline: »Pegida«-Ableger: Von Würzburg bis Ostfriesland, in: Braunschweiger Zeitung, 16.12.2014.

33 Siehe o.V.: Tausende gegen Pegida – In Köln bleibt der Dom dunkel, in: Braunschweiger Zeitung, 05.01.2015.

34 Vgl. Richter, Ann Claire: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz, in: Braunschweiger Zeitung, 12.01.2015.

35 Vgl. o.V.: Anmeldekarussell der Pegida in Braunschweig, in: Braunschweiger Zeitung, 12.01.2015. »Nachdem am Freitag wie berichtet ein Anmelder zurückgezogen und sich über das Wochenende ein neuer gefunden hatte, kündigte auch der am Montag an, dass letztlich eine andere Person die Kundgebung anmelden werde.« Minutiös wurde berichtet, dass dieser Anmelder jedoch aus Termingründen nicht nach Braunschweig kommen könne. Hier wurde – bewusst oder unbewusst – suggeriert, dass er also jemand von außerhalb sei.

36 Siehe Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

37 Richter, Ann Claire: Bragida wird nur auf dem Schlossplatz stehen, in: Braunschweiger Zeitung, 13.01.2015.

38 Vgl. Richter, Ann Claire: »Bragida« taucht weiter ab, in: Braunschweiger Zeitung, 17.01.2015; vgl. auch Geiges/Marg/Walter: Pegida, S. 156 – dort finden sich auch weitere Informationen zu den Verwicklungen von GIDAS mit der AfD.

kannt«³⁹ gewesen sei. Rinke war vermutlich bloß für kurze Zeit Mitglied der AfD im Kreisverband Goslar;⁴⁰ die Partei distanzierte sich von ihm aufgrund seines ungeklärten Verhältnisses zur NPD, denn vor seinem Eintritt in die AfD soll er angeblich bereits Mitglied der SPD und NPD gewesen sein.⁴¹ Nachdem er die AfD verlassen hatte, soll er eine eigene Kleinstpartei gegründet und sich bei »Goslar wehrt sich« sowie an der »Bürgerwehr Landkreis Goslar« beteiligt haben.⁴²

Obwohl die Spannung im Vorfeld des 19. Januar, des Tages der ersten Demonstration, merklich stieg, gab sich die Polizei gelassen, denn, so teilte sie mit, »beide Lager haben ihren Ursprung in der bürgerlichen Mitte und zeigen sich gesprächsbereit und gewaltfrei«⁴³; Das Braunschweiger Bündnis gegen Rechts (BgR) widersprach allerdings der Deutung der Polizei, die BRAGIDA-Klientel entstamme der »bürgerlichen Mitte«, von Beginn an deutlich. Vielmehr erwarte es »rassistische ›Wutbürger‹, Anhänger der AfD und andere sich bürgerlich gebende rechtspopulistische Organisationen« sowie »Mitglieder der Rockerszene, Gruppierungen aus dem rechten Hooliganspektrum von Eintracht Braunschweig sowie organisierte Neonazis«.⁴⁴

Ein kurzer Blick auf die BRAGIDA-Organisatoren und -Sympathisanten, soweit diese sich identifizieren lassen, mag zeigen, wie passend diese Einschätzung ist. Blickt man auf BRAGIDA und ihr Umfeld, ist man zunächst mit einer relativen Unübersichtlichkeit konfrontiert. Was wissen wir also? An den mindestens 83 BRAGIDA-Veranstaltungen nahmen jeweils zwischen 25 und 500 Personen teil. Gegründet wurde BRAGIDA von der damals 38-jährigen parteilosen Christina Müller im November 2014. Sie pflegte medial ihr Image als »besorgte Bürgerin«⁴⁵ ebenso wie die Pressesprecherin der ersten Tage, Annegret Hamecher. Während Müller nach ihrer Zeit bei BRAGIDA wieder in der Versenkung verschwand, verließ Hamecher, die als Tagesmutter und freiberufliche Trauerrednerin arbeitete und zu Zeiten der BRAGIDA-Gründung angab, CDU zu wählen,⁴⁶ BRAGIDA schon nach kurzer Zeit im

39 Richter, Ann Claire: Zweiter Anlauf der Pegida, in: Braunschweiger Zeitung, 13.01.2015.

40 Siehe AfD Kreisverband Goslar, URL: www.afd-goslar.de/kreisverband/ [eingesehen am 13.03.2019].

41 Siehe Antifaschistisches Nachrichtenportal Niedersachsen: Die Alternative für Deutschland im Landkreis Goslar – Rassismus im bürgerlichen Gewand, URL: <https://afnpnds.noblogs.org/post/2016/09/06/die-alternative-fuer-deutschland-im-landkreis-goslar-rassismus-im-buergerlichen-gewand/> [eingesehen am 13.03.2019].

42 Siehe ebd.

43 Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

44 Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: Polizei schafft Pufferzone, in: Braunschweiger Zeitung, 16.01.2015.

45 Vgl. dazu Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: »Viele haben Angst vor der Antifa«, in: Braunschweiger Zeitung, 24.01.2015.

46 Siehe Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: Braunschweiger Pegida: »Wir wollen die Nazis nicht«, in: Braunschweiger Zeitung, 23.01.2015.

Streit und gründete eine eigene Bürgerbewegung, die sich durch ihre Forderung, Deutschland brauche eine Verfassung, in die Nähe der Staatsleugner rückte. 2016 trat Hamecher dann in die AfD ein.⁴⁷

Müller und Hamecher stehen für die *eine* Seite BRAGIDAS, die von der BZ unter der Überschrift »Vermummte und Wutbürger demonstrierten abgeschottet«⁴⁸ als selbsternannte »Wutbürger, die vor ›Überfremdung‹ warnen«, beschrieben wurde. Sie trugen Schilder wie »Asyl nicht um jeden Preis« oder »Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen. Orwell«⁴⁹ und äußerten: »Klar muss man Kriegsflüchtlingen helfen. Aber wir können auch nicht die ganze Welt aufnehmen.«⁵⁰ Ein pensionierter Schulrektor bezeichnete sich selbst als »etablierte[n] Wutbürger aus der Mitte der Gesellschaft«. Es sei seine erste Demonstration und er sei unzufrieden: mit der Politik, der Parteiendemokratie, der »hilflosen Bundeskanzlerin«. Er fühle sich zu wenig ernst genommen und vermisse eine »sachliche Auseinandersetzung«. Was ihn und die anderen verband, war der Ärger darüber, in »die rechte Ecke gedrängt«, »mundtot« gemacht zu werden.⁵¹

Es gibt aber auch noch eine *andere* Seite BRAGIDAS: Personengeflechte, die sich um die selbsternannten »Wutbürger« gruppierten, welche die Präsenz rechtsradikaler Akteure anzeigen. Mehrere von ihnen waren schon vorher in einer Bürgerwehr assoziiert, die sich auf Facebook »Braunschweig wacht auf«⁵² nennt und dem HoGeSa-Spektrum zuzuordnen ist. Bereits zwei Monate vor dem ersten Spaziergang lud sie Bürger zu »stillen Treffen« ein – es bestehen große Schnittmengen mit der »Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig«, der wiederum Mitglieder der Partei »Die Rechte«, der »Aktionsgruppe 38« oder der Jungen Nationalisten angehören.⁵³ Nach eigenen Angaben wolle die Bürgerwehr eine »Verbesserung

47 Siehe Alternative für Deutschland, Kreisverband Trier: Bürgerhaus platzt aus allen Nähten: Veranstaltung mit Beatrix von Storch voller Erfolg!, URL: www.afdtrier.de/aktuelles/buergerhaus-platzt-aus-alleen-naechten-veranstaltung-mit-beatrix-von-storch-voller-erfolg [eingesehen am 13.03.2019] sowie Blog der Alternative für Deutschland Braunschweig: Neuer Landesvorstand der AfD Niedersachsen gewählt, URL: <https://afd-braunschweig.de/blog/tag/landesvorstand/> [eingesehen am 13.03.2019].

48 Teschner, Katrin: Vermummte und Wutbürger demonstrierten abgeschottet, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

49 Zit. nach o.V.: Streitbare Islamkritiker, in: Braunschweiger Zeitung, 28.01.2015.

50 Zit. nach Teschner: Vermummte und Wutbürger demonstrierten abgeschottet.

51 Zit. nach ebd.

52 Recherche38: Braunschweig: Drohen Montagsdemonstrationen von Neonazis, rechten Hooligans und »Wutbürgern« nach Dresdner Vorbild?, URL: <http://recherche38.info/2014/11/21/braunschweig-drohen-montagsdemonstrationen-von-neonazis-rechten-hooligans-und-wutbuergern-nach-dresdner-vorbild/> [eingesehen am 13.03.2019]. Vgl. auch die Facebook-Seite »Braunschweig wacht auf«, URL: https://www.facebook.com/pg/SicherheitInBraunschweig/posts/?ref=page_internal [eingesehen am 13.03.2019].

53 Siehe Niedersächsischer Landtag: Anfrage der Abgeordneten Julia Hamburg und Filiz Polat (Grüne), Drs. 17/2811; Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage, Drs. 17/2333: Unterwan-

der schon lange nicht mehr tragbaren Situation« rund um die Landeserstaufnahmebehörde (LAB) erreichen, wo man bereits Flugblätter verteilt habe.⁵⁴ In dem Stadtteil, in welchem die LAB liegt, in Kralenriede, wollte auch die Bürgerwehr Braunschweig⁵⁵ ihre Vorstellungen von Recht und Ordnung durch uniformierte Patrouillen durchsetzen, die »vorrangig aus Mitarbeitern von Sicherheitsdiensten« bestanden und »Verbindungen in die Rocker-, Hooligan- und rechte Szene haben [sollen]. Zeitweise sollen sich diese Aktiven auch an der Organisation von »Brigada« beteiligt haben.«⁵⁶ Auf ihrer Facebook-Seite wurden kontinuierlich Beiträge der NPd geteilt.⁵⁷ Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius deutete solche Zusammenschlüsse 2016 als »Ausdruck eines Radikalisierungsprozesses in Teilen der Gesellschaft«⁵⁸, die meisten Bürgerwehren blieben allerdings ein virtuelles Phänomen⁵⁹, das sich nicht auf der Straße manifestiere – eine Trennung, welche die Verzahnung von virtueller und realer Welt indes verkennt.

derung von Bürgerinitiativen durch Personen der rechten Szene?; vgl. ebenfalls Recherche 38: Hintergrundinformation: Die »Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig«, URL: <http://recherche38.info/2014/10/13/hintergrundinformation-die-buergerinitiative-fuer-sicherheit-in-braunschweig/> [eingesehen am 13.03.2019].

54 Siehe Recherche38: Braunschweig: Drohen Montagsdemonstrationen von Neonazis, rechten Hooligans und »Wutbürgern« nach Dresdner Vorbild?, vgl. weiter Recherche38: Die »Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig«. Hintergrundinformationen über eine neonazistische Tarnorganisation, URL: <http://recherche38.info/wp-content/uploads/2014/10/Hintergrundinformation-web.pdf> [eingesehen am 13.03.2019]; vgl. auch o.V.: Massives Polizeiaufgebot: Streit in LAB eskalierte, in: regionalHeute.de, 17.07.2017, URL: <https://regionalheute.de/massives-polizeiaufgebot-streit-in-lab-eskalierte/> [eingesehen am 13.03.2019].

55 Ob die Bürgerwehr de facto je existierte, bleibt unklar; vgl.: Niedersächsischer Landtag: 17. Wahlperiode Drs. 17/4865: »Bei Aufklärungsmaßnahmen der örtlichen Polizei in diesem Zusammenhang konnten keine Personen angetroffen werden, die in Form einer »Bürgerwehr« aufgetreten sind. [...] Die in den Vorbemerkungen der Abgeordneten aufgeführten Verbindungen in die Rocker-, Hooligan- und rechte Szene können vor diesem Hintergrund nicht bestätigt werden. Auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse muss vielmehr davon ausgegangen werden, dass sich in Braunschweig bisher keine Bürgerwehr gegründet hat.«

56 Ebd.

57 Siehe URL: <https://www.facebook.com/BISicherheitBS/>. Die Seite wurde mittlerweile gelöscht. Vgl. auch Giesler, Martin: Wie die Rechten ungestört auf Facebook wüten, in: bento, 11.11.2015, URL: <https://www.bento.de/politik/nein-zum-heim-wie-die-rechten-auf-facebook-agieren-a-00000000-0003-0001-0000-000000105078> [eingesehen am 13.03.2019].

58 Aussagen von Pistorius bei der Befragung im Niedersächsischen Landtag am 18. Februar 2016: Niedersächsischer Landtag: 17. Wahlperiode – 89. Plenarsitzung am 18. Februar 2016.

59 Bis 2018 war die Seite »Stoppt den linken Konsens in Braunschweig« unter der URL: https://www.facebook.com/Stoppt-den-Linken-Konsens-in-Braunschweig-611553742329273/?hc_ref=ARS09r_4Ed395n69p4lOhfqOVGdOlh4iHgLCarekp52wMFMYEyp9STafc_9dQTT_bQg noch aktiv. Inzwischen (März 2019) wurde die Seite gelöscht.

Bei BRAGIDA wurden die Verbindungen zur Partei »Die Rechte« von dem Sohn der Anmelderin Christina Müller, Lukas Müller, personifiziert; er fungierte mehrfach als Ordner und habe ebenfalls Kontakte zum HoGeSa-Spektrum.⁶⁰ Das Hooliganspektrum war auch durch die von HoGeSa abgespaltene Gruppe »Gemeinsam stark«, deren Angehörige als Ordner auftraten, ebenso wie durch Fanggruppierungen der Braunschweiger Eintracht bei BRAGIDA vertreten. Die Braunschweiger Fanszene gilt als »Problemszene«, die rechtsradikale Strukturen aufweise.⁶¹ Einige Mitglieder der Hooligan-Gruppen Alte Kameraden und Kategorie Braunschweig sollen Mitglieder in der verbotenen FAP gewesen sein; ebenfalls soll es Überschneidungen zu den Autonomen Nationalisten gegeben haben. Eine Kleine Anfrage im Landtag im Sommer 2015 zielte auf die »strukturellen Verbindungen von politisch extremen Szenen zu Fußballfangruppen« ab.⁶² Man habe jedoch keine Erkenntnisse über »eine bewusste oder strukturierte Vernetzung der links- oder rechtsextremen Szene mit den Fanszenen der Fußballclubs in Niedersachsen«. Die Teilnahme einzelner Personen an »Bragida bzw. entsprechenden Gegenveranstaltungen« lege jedoch persönliche Kennverhältnisse nahe.

In der Tat: Im Laufe der Zeit waren einschlägige rechtsradikale Akteure bei BRAGIDA vertreten. Eine Überschneidung mit dem Reichsbürgermilieu existierte über Markus Jäkel, der bei BRAGIDA und HAGIDA als Redner auftrat, ebenso wie auf Versammlungen der Partei »Die Rechte«, der NPD sowie der AfD. Er soll außerdem zu dem Netzwerk um den der Reichsbürgerbewegung zugehörigen selbsternannten Esoteriker-»Druiden« Burghard B. gehören, gegen das Ermittlungen wegen

60 Siehe Recherche38: Bragida und die Neonazis: Was macht der Sohn der Sprecherin beim Infoabend von »Die Rechte?«, URL: <http://recherche38.info/2015/02/27/bragida-und-die-neonazis/>, Recherche 38: HoGeSa-Versammlung am 15.11.2014 in Hannover, URL: <http://recherche38.info/2015/02/27/bragida-und-die-neonazis/recherchenordt/> [beides eingesehen am 13.03.2019]. Ein Statement von Tina Müller zu ihrem Sohn findet sich bei Braumann, Robert: Bragida nimmt Stellung zu Aussagen von Michael Berner, in: regional-Braunschweig.de, 28.05.2015, URL: <https://regionalgifhorn.de/tina-mueller-nimmt-stellung-zu-aussagen-von-michael-berner/> [eingesehen am 13.03.2019].

61 Eine Veröffentlichung, »kurvenlage – Rechte Aktivitäten in der Fanszene von Eintracht Braunschweig« durch die »Initiative gegen rechte (Hooligan-)Strukturen«, hat »Aktionen und Akteure benannt und die lange Tradition rechter Hooligan-Strukturen offengelegt«; Schmidt, Martin: Gewachsene Strukturen, in: der rechte rand, H. 143 (2013), S. 11, URL: www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/drr_143.pdf [eingesehen am 13.03.2019]. Siehe aber auch Thöle, Lukas: Die unerwünschten Störenfriede, in: taz, 21.06.2017 sowie Fritsch, Oliver: In Braunschweig gilt das Faustrecht, in: Zeit Online, 24.10.2013, URL: <https://www.zeit.de/sport/2013-10/eintracht-braunschweig-ultras-fans-nazis/> [eingesehen am 13.03.2019].

62 Hier und im Folgenden: Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung, Drs. 17/2323; mit Antwort der Landesregierung, Drs. 17/3416: Extremismus im niedersächsischen Fußball und Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 13.07.2015.

Bildung einer terroristischen Vereinigung allerdings eingestellt wurden.⁶³ Dazu gesellten sich Personen aus dem Spektrum der verbotenen rechtsradikalen Gruppierung »Besseres Hannover« und bekannte Gesichter wie Dieter Riefing, langjähriger Organisator der turnusmäßig abgehaltenen Demonstration Rechtsradikaler namens »Tag der deutschen Zukunft« (TddZ) ebenso wie Funktionäre der NPD. Von größter Relevanz – auch im Hinblick auf aktuelle Aktivitäten – sind jedoch die (heute zum Teil ehemaligen) Mitglieder der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN), die den Kern der kleinen, aber gut vernetzten rechtsradikalen Szene in Braunschweig bilden und für zahlreiche Straftaten auch im Umfeld von BRAGIDA verantwortlich zeichnen. Im Jahr 2016 wurden allein dreißig Delikte dem damaligen JN-Mitglied Pierre Bauer zur Last gelegt, der als »Schulhof-Schläger«⁶⁴ überregionale Bekanntheit erlangte und auch 2018 bei den Ausschreitungen in Chemnitz mitmischte.⁶⁵ Trotzdem ist er mittlerweile wegen seiner »positiven Sozialprognose«⁶⁶ auf Bewährung auf freiem Fuß und beteiligt sich an Adrenalin Braunschweig, einer gewaltbereiten Gruppierung, die sich aus ehemaligen Mitgliedern der JN sowie der Kampf- und Kraftsportszene in Braunschweig speist. Andere vormalige JN-Aktivist*innen wie Lasse Richei, der Naziparolen und solche der Identitären Bewegung (IB) als Graffiti sprüht, waren ebenso wie Sebastian Weigler und Felix Hauschildt an Flugblätteraktionen der »Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig« beteiligt; Hauschildt hatte auch 2016 die AfD in Braunschweig im Wahlkampf unterstützt.

Diese junge, gewaltbereite Szene weist personelle Schnittmengen mit dem Milieu einiger Burschenschaften, der Jungen Alternative (JA) und der Identitären Bewegung auf. Marvin Vogelsang, der als Organisator der Gruppe »Aktionsbündnis 38« gilt, aus dem der »Kreisverband Braunschweiger Land« der Partei »Die Rechte«

63 Zu Jäkel vgl. u.a. Janzen, David: Szenen einer Radikalisierung, in: Der rechte Rand, März/April 2017, URL: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2427/drr-165-reichsbuerger-braunschweig/> [eingesehen am 13.03.2019], ebenso o.V.: Rechtsextreme Zelle: Braunschweiger äußert sich, in: news38.de, 31.01.2017, URL: <https://www.news38.de/braunschweig/article209457365/Mutmassliche-rechtsextreme-Terrorzelle-groesser-als-bekannt.html> [eingesehen am 13.03.2019].

64 O.V.: Rechter Schulhof-Schläger erhält Bewährungsstrafe, in: Kreiszeitung.de, 21.12.2016, URL: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/niedersachsen/braunschweig-rechter-schulhof-schlaeger-erhaelt-bewaehrungsstrafe-7159001.html> [eingesehen am 13.03.2019].

65 Siehe Recherche 38: »Deutsche die Messerstich verteilen«: Gewalttätige Neonazis aus Braunschweig mischten in Chemnitz mit, URL: <http://recherche38.info/2018/09/08/bs-in-chemnitz/> [eingesehen am 13.03.2019]. Bauer war u.a. auf der Titelseite der BILD-Zeitung abgebildet als Symbolbild eines gewaltbereiten Neonazis bei den Ausschreitungen in Chemnitz im Herbst 2018.

66 Dartsch, Katja: Gericht bestätigt: NO-Schläger bekommt eine letzte Chance, in: Braunschweiger Zeitung, 22.01.2018.

hervorging, war mindestens bis ins Jahr 2017 Sprecher der Braunschweiger Bur-schenschaft Thuringia. Vorträge in deren Räumlichkeiten wurden immer wieder auch von Mitgliedern der JN, IB und JA besucht. An Feierlichkeiten zum Volkstra-uer-tag nahmen mehrfach Abgeordnete der AfD Braunschweig, JNler, die Thuringia und IBler teil.

Jedoch fällt auf, dass diese Netzwerke in der Berichterstattung der lokalen Medien über BRAGIDA kaum Erwähnung fanden; darin hob man vielmehr die an-gereisten Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum hervor, denen auch »Sieg Heil«-Rufe⁶⁷ und Hitlergrüße⁶⁸ zugeschrieben wurden. Die Organisatoren der BRAGIDA distanzierten sich erstmals am 30. März 2015 offiziell von der JN;⁶⁹ den-noch nahmen weiterhin Angehörige der rechtsradikalen und Hooligan-Szene an BRAGIDA teil,⁷⁰ bis sie am 9. November 2015 wiederum durch die Versammlungs-leitung weggeschickt wurden.⁷¹ Dabei fällt auf: Gerade an den Daten, die – wie noch gezeigt wird – große symbolische Relevanz und erhöhtes Provokationspoten-zial bergen (wie die Demonstration am 30. März an der LAB und am Gedenktag der Novemberpogrome) bemühten sich die BRAGIDA-Organisatoren, offenkundige Neonazis auszuschließen. Gleichwohl fanden sich unter den Rednern nicht nur Mitglieder der AfD (Erich Seifert) oder der NPD (Sigrid Schüssler⁷²), sondern man erhielt auch tatkräftige Unterstützung anderer GIDAS (prominent: Lutz Bachmann und Tatjana Festerling) sowie aus dem schon von der PEGIDA-Bühne bekannten Rednerkreis (Michael Mannheimer, Ignaz Bearth u.a.).

BRAGIDAS Selbstdarstellung

Jenseits von *Facebook* finden sich kaum Selbstpositionierungen, anhand derer sich inhaltliche Aussagen oder Forderungen von BRAGIDA feststellen ließen. Allerdings bot nach der ersten Demonstration die *BZ* den Organisatorinnen durch ein Inter-view eine Plattform,⁷³ um ihre Inhalte zu erläutern. Diese orientierten sich größ-ten-teils an den zuvor von PEGIDA veröffentlichten Thesen; Bezüge zu Braunschweig

67 Siehe o.V.: Eklat bei Demo der Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 10.03.2015.

68 Siehe zum Beispiel Speit, Andreas: Hitlergruß fürs christliche Abendland, in: taz, 24.02.2015.

69 Siehe Antifaschistisches Plenum: No Pegida! No Bragida! Informationsbroschüre gegen die ras-sistische PEGIDA-Bewegung, Schwerpunkt Braunschweig, S. 12.

70 Siehe exemplarisch das *flickr*-Album zum 18. »Spaziergang« von Bragida, URL: <https://www.flickr.com/photos/dokurechts/sets/72157654902603981/> [eingesehen am 13.03.2019] sowie die Berichterstattung in der *Braunschweiger Zeitung*.

71 Vgl. Steiner, Cornelia: Polizei: »Bragida« hat 13 Rechtsextreme weggeschickt, in: Braunschweiger Zeitung, 10.11.2015.

72 Vgl. Jonscher, Norbert: Mehrere hundert Bragida-Gegner protestieren am Schloss, in: Braun-schweiger Zeitung, 27.04.2015.

73 Alle Zitate im Folgenden entstammen, soweit nicht anders gekennzeichnet: Richter/Fiene: »Viele haben Angst vor der Antifa«.

machten sie jenseits angeblicher Probleme mit Geflüchteten rund um die LAB nicht auf.⁷⁴ Im Zentrum stand vielmehr ihr Einordnungsversuch der BRAGIDA und die Thematisierung der hohen Anzahl Rechtsradikaler auf der ersten Demonstration, welche die Interviewten entsprechend ihrem Bemühen, sich ein bürgerliches Image zu geben, rahmten: Müller distanzierte sich pro forma von diesen Kräften, beteuerte, »wir wollen diese Leute nicht dabei haben«. Entsprechende Personen habe man aufgefordert, die Kundgebung zu verlassen, doch habe die Polizei niemanden durch die Absperrung gelassen aufgrund der Bedrohung durch den Gegenprotest, dem Müller in dieser Logik eine Mitschuld daran gab, dass bei BRAGIDA Neonazis mitgelaufen seien. Am nächsten Montag werde man besser vorbereitet sein, »wir können aber nicht ganz verhindern, dass Unerwünschte kommen, wie es die andere Seite mit der Antifa auch nicht verhindern kann«.

Dergleichen rhetorische Tricks sind auch aus der AfD bekannt und entsprechen dem Muster Alexander Gaulands, wenn dieser seine Partei als »gärigen Haufen«⁷⁵ bezeichnet – einen Haufen, der vieles hervorbringen und sich nicht gegen alles abgrenzen könne. Bei BRAGIDA habe jedoch laut Hamecher eine Abgrenzung zu Rechtsradikalen bereits bei der zweiten Veranstaltung funktioniert: »Es waren weniger extreme Leute da. Diejenigen, die polizeibekannt sind, haben sich positiv beeinflussen lassen.«⁷⁶ BRAGIDA griff die – noch zu beschreibende – Frontstellung auf, die auch in der Presse und von der Polizei eröffnet worden war: Demnach träfen zwei mit »Extremisten« durchmischte Lager aufeinander, die eine gewaltvolle Stimmung verbreiten würden. Die BRAGIDA-Organisatorin inszenierte sich als Bürgerin, der es im Kampf gegen »Political Correctness« um vermeintliche Meinungsfreiheit gehe – denn man müsse seine Meinung äußern können, »ohne Gefahr für Leib und Leben«. Damit stilisierte BRAGIDA (ebenso wie dies von PEGIDA bekannt ist) die eigene Opferrolle: »Es würden viele normale Leute zu unserer Kundgebung kommen, aber sie haben Angst vor der Antifa.«⁷⁷

Ein zentrales Medium für Akklamation und Selbstinszenierung ist für BRAGIDA das Internet. Auch in Braunschweig funktionierte die Organisation, Vernetzung und öffentliche Artikulation von Protest vor allem über *Facebook*. Der erste *Post* vom 26. November 2014 richtete sich an alle Braunschweiger und verkündete, man stehe

74 Das änderte sich später ein wenig; vgl. Richter, Ann Claire: Der Fahrplan für die Montags-Demos, in: Braunschweiger Zeitung, 07.03.2015. BRAGIDA kündigte auf ihrer *Facebook*-Seite an, »sich künftig auch lokalpolitischen Themen widmen zu wollen«, z.B. Altersarmut, Kinderbetreuung, Stellenabbau in Pflegeberufen.

75 Vgl. auch Funke, Hajo/Mudra, Christiane: »Gäriger Haufen«. Die AfD: Ressentiments, Regimewechsel & völkische Radikale, Hamburg 2018.

76 Zit. nach: Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg/Engel, Philipp: Diesmal deutlich weniger Demonstranten, in: Braunschweiger Zeitung, 27.01.2015.

77 Richter/Fiene: »Viele haben Angst vor der Antifa«, 24.01.2015.

mit PEGIDA in Kontakt und dass »die Vorbereitungen für unsere Montagsspaziergänge in vollen Touren laufen. Es liegt aber noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns. [...] Es liegt ja im Interesse aller, dass es alles rechtens zugeht und wir keinen Ärger mit der Polizei oder der Stadt Braunschweig bekommen.«⁷⁸ Mit diesem *Post* versuchte BRAGIDA, sich selbst von Beginn an das Image einer Bewegung, die keinen Ärger mit staatlichen Instanzen wolle, zu geben, und ordnete sich selbst zudem klar PEGIDAS Erfolgswelle zu.

Ansonsten wurde auf der *Facebook*-Seite der Vorwurf der »Lügenpresse« ausführlich thematisiert⁷⁹ und nach leisen Vorwürfen gegen die Polizei, die eine Realisierung des BRAGIDA-Demonstrationszuges bei der ersten Veranstaltung nicht hatte durchsetzen können, eher polizistenfreundliche Aussagen getätigt (auch außerhalb der sozialen Netzwerke, ebenso wie bei PEGIDA). Beispielsweise fanden an Tagen, an denen die Polizei ohnehin stark belastet war, keine Veranstaltungen statt, wie etwa am 25. April 2016, als Barack Obama zu Besuch in Hannover war, oder bei Heimspielen der Eintracht. Ansonsten war man auf *Facebook* damit beschäftigt, das eigene Image einerseits als bürgerlich,⁸⁰ andererseits jedoch auch

78 *Facebook*-Seite von Bragida, URL: <https://www.facebook.com/bragidaz014/> [eingesehen am 13.03.2018]. An dieser Stelle gilt der Dank Nadine Dörffer, die eine Auswertung der BRAGIDA-Seite vorgenommen hat.

79 Dieser Vorwurf wird oft von anderen Akteuren aus dem rechtsradikalen Spektrum aufgegriffen, vgl. Junge Nationalisten: LÜGENPRESSE – Ein Begriff, der durch Deutschland geht, URL: <http://aktion-widerstand.de/luegenpresse-ein-begriff-der-durch-deutschland-geht/> [eingesehen am 13.03.2019], ebenso wie durch die Forschung, vgl. Raden, Rolf van: Pegida-Feindbild »Lügenpresse«. Über ein massenwirksames verschwörungstheoretisches Konstrukt, in: Kellershohn, Helmut/Kastrup Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016, S.162-179. Übergriffe bei GIDAs auf Journalisten, die durch den Vorwurf der »Lügenpresse« begründet seien, wurden auch von Marco Brunotte im Rahmen einer Kleinen Anfrage im Niedersächsischen Landtag thematisiert; siehe Brunotte, Marco: »Wir kriegen euch alle«, »Lügenpresse« und »Ich hau dir auf die Kamera« – Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten bei »Pegida«-Kundgebungen in Niedersachsen. Drs. 17/2905 vom 11.02.2015, URL: https://www.mi.niedersachsen.de/aktuelles/presse_informationen/beantwortung-der-muendl-anfrage-der-spd-zu-uebergreifen-auf-journalistinnen-und-journalisten-bei-pegidakundgebungen-in-niedersachsen-131489.html [eingesehen am 13.03.2019].

80 Etwa als am 28. Mai 2015 auf einen Artikel von *regionalbraunschweig.de* verwiesen wurde, in welchem Tina Müller Stellung zu den Aussagen Michael Berners (»Die Rechte«) nahm, demnach BRAGIDA der organisierten rechten Szene nahestehende; vgl. Braumann: Bragida nimmt Stellung zu den Aussagen von Michael Berner, in: *regionalBraunschweig.de*, 28.05.2015, URL: <https://regionalbraunschweig.de/tina-mueller-nimmt-stellung-zu-aussagen-von-michael-berner/> [eingesehen am 13.03.2019] oder Braumann, Robert: Themenwoche: Bragida ist zu 99,9 Prozent »Bürgerlich«, in: *regionalBraunschweig.de*, 03.06.2016, URL: <https://regionalbraunschweig.de/themenwoche-bragida-ist-zu-99-9-prozent-buergerlich/> [eingesehen am 25.03.2019].

als kämpferisch zu pflegen⁸¹ – als Bewegung, die im Rahmen des Erlaubten dafür kämpfen werde, gehört zu werden. Ab Anfang 2017 postete die Seite dann vor allem Artikel, welche die eigene Wahrnehmung der politischen Verhältnisse stützten – auffällig sind starke Überschneidungen mit »Braunschweig wacht auf«, was darauf hindeutet, dass die Seiten von derselben Person betrieben wurden bzw. sie sich auf dasselbe Netzwerk rückbeziehen. Diese Befunde entsprechen im Wesentlichen denen zu PEGIDA, wo online nicht nur ein identitätsstiftender und selbstvergewissernder Diskurs gepflegt wird, sondern die Facebook-Seite auch zur Multiplikation einschlägiger Inhalte dient.⁸²

Einordnung: GIDAs als bewegungsförmiger Protest

Über zwei Jahre versammelten sich die »Braunschweiger Patrioten« regelmäßig und waren – gemessen an der Frequenz des Straßenprotestes – einer der regsten westdeutschen PEGIDA-Ableger neben der immer noch aktiven »PEGIDA Nürnberg« (Stand Januar 2019: 16.756 Facebook-Likes). Nachdem PEGIDA von einigen Deutern zunächst als ausschließlich dresdnerisches Phänomen etikettiert worden war⁸³ (obwohl das Interesse an PEGIDA – nach dessen Manifestierung auf den Straßen der sächsischen Landeshauptstadt – neben Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg am stärksten in Niedersachsen gestiegen sei),⁸⁴ fehlt bis heute zu den westdeutschen GIDAs im Prinzip jegliche Forschung.

Untersuchungen zu PEGIDA haben herausgestellt, dass es sich bei den meisten Teilnehmern der GIDA-Spaziergänge mitnichten um Abgehängte und Modernisierungsverlierer handelt;⁸⁵ vielmehr haben sie als »typischen« Pegidisten das Bild eines weißen Mannes um die fünfzig gezeichnet: Dieser sei Angestellter oder

81 Etwa in *Posts* wie dem vom 12. Oktober 2015: »Eins ist sicher ... IHR bekommt uns nicht von der Straße !!! Wir kämpfen weiter für unser Recht und unsere Werte ... Für unsere Kinder und unser Land !!!« Kombiniert werden dieser und ähnliche *Posts* mit einer Überhöhung der eigenen Selbstwirksamkeit, etwa am 02. November 2015: »Wie in allen Städten, wächst auch in Braunschweig unsere Bürgerbewegung stetig.«

82 Vgl. Göttinger Institut für Demokratieforschung: Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen, Göttingen 2016, v.a. S. 80. Hier wurde bereits auch auf die mobilisierende Rolle von Facebook hingewiesen, entstand doch schließlich auch PEGIDA in Dresden – wie BRAGIDA in Braunschweig – aus einer Facebook-Gruppe.

83 Siehe Pleul, Clemens/Scharf, Stefan: Pegidas Entwicklung auf der Straße und im Netz, in: Patzelt, Werner J./Klose, Joachim (Hg.): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 295–369. Die Autoren haben »Google Trends« in Bezug auf PEGIDA analysiert. Damit wollten sie nachweisen, dass PEGIDA im November 2014 ausschließlich ein Dresdner Phänomen gewesen sei; im Dezember sei dann in Bayern als erstem Raum außerhalb Dresdens das Interesse gestiegen (S. 324).

84 Siehe ebd., S. 334.

85 Ein aktueller und konziser Forschungsstand findet sich bei Schenke u.a.: PEGIDA-Effekte?, S. 57ff.

Selbstständiger, im fortgeschrittenen Alter Rentner,⁸⁶ massiv unzufrieden mit der Funktionsweise der bundesrepublikanischen Demokratie, die er teilweise auch als normative Vorstellung ablehne.

Das Bild für Braunschweig ist – da Forschung hierzu bislang vollumfänglich fehlt⁸⁷ – indes deutlich unklarer; ein Urteil, ob die für PEGIDA erhobenen Befunde auch auf BRAGIDA zutreffen, kann deshalb momentan bloß eine Annäherung sein. Es fällt jedoch auf den ersten Blick auf, dass BRAGIDA eher jünger und protesterefahrterer, aber ebenso beharrlich wie PEGIDA in Dresden zu sein scheint.⁸⁸ Zudem wurde die Klientel der westdeutschen GIDAs oftmals pauschal als »rechtsradikal« beschrieben. Der Politikwissenschaftler Werner Patzelt spricht von »gewaltgeneigten Hooligans, Rechtsradikalen und Neonazis«⁸⁹. Auch das Göttinger Institut für Demokratieforschung konnte bei Demonstrationsbesuchen zum Zwecke von Befragungen, u.a. auch in Braunschweig, eine deutlich aggressivere Stimmung ausmachen als beispielsweise in Dresden.⁹⁰ In den Augen der PEGIDA-Mitbegründerin Tatjana Festerling gleiche die Mobilisierung im Westen einer Mutprobe: »Es erfordert sehr viel mehr Mut, hier im Westen zu einer PEGIDA-Demo zu gehen, als im Osten! Die Gründe? Aggressive Antifa und Hetze der Politiker und der Medien.«⁹¹

Während andere PEGIDA-Ableger im Winter 2014/15 von Beginn an vor allem Kräfte aus dem rechtsradikalen Spektrum anzogen und auch im Deutungskampf *a priori* als politisches Phänomen dieses Lagers wahrgenommen wurden, versuchte BRAGIDA, sich als Bewegung aus der »bürgerlichen Mitte« darzustellen. Darin besteht nicht nur eine Gemeinsamkeit mit dem Dresdner Original, sondern auch ein großer Unterschied zu anderen Ablegern: Denn in Braunschweig und Dresden gelang es, dass diese Selbstdarstellung in der Stadtgesellschaft – zumindest für kurze Zeit und von einem gewissen Teil der Bevölkerung – tatsächlich anerkannt wurde.

86 Eine Zusammenfassung aller empirischen Studien über PEGIDA, siehe ebd., S. 50ff.

87 Punktuelle Erwähnungen finden sich in Antifa Recherche Team Dresden: Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung, in: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017, S. 33-55, hier S. 36 sowie bei Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven: Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016, S. 54-56.

88 Zur Protesterfahrung der Pegida-Teilnehmer vgl. Trittel, Katharina: Was Pegida von ihren Gegnern unterscheidet, in: Zeit Online, 03.02.2016, URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2016-02/pegida-studie-demonstranten-afd-nopegida> [eingesehen am 13.03.2019].

89 Klose, Joachim/Patzelt, Werner]: Pegida und seine Ursachen in Dresden und weit über Sachsen hinaus, in: Patzelt, Werner J./Klose, Joachim: Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016, S. 482-535, hier S. 505.

90 Diese Beobachtung gilt auch für andere westdeutsche Städte; vgl. Geiges/Marg/Walter: Pegida, S. 61ff.

91 Zit. nach Speit, Andreas: Neues Gesicht aus Hamburg, in: taz, 26.02.2015.

Im Unterschied zu Dresden waren die westdeutschen GIDAs auf der Straße numerisch fast immer in der Unterzahl.⁹² In Braunschweig waren Vertreter der Presse und des Gegenprotestes am ersten Protest-Montag sogar stolz darauf, mit bis zu 10.000 Demonstranten deutschlandweit die größte Gegendemonstration auf die Straße gebracht zu haben.⁹³ Allerdings hatten – auch wenn man das in Braunschweig nicht wahrhaben wollte – in Hannover rund 20.000 Gegendemonstranten protestiert,⁹⁴ in München 12.000.⁹⁵ Doch sanken die Teilnehmerzahlen – ebenso wie bei den GIDAs – relativ rasch ab.⁹⁶

Die zuvor für die BRAGIDA-Netzwerke dargelegte relative Unübersichtlichkeit verwundert mit Blick auf die Literatur wenig – betonen Bewegungsforscher wie Dieter Rucht doch bezüglich geteilter Inhalte, Überzeugungen und Ziele insbesondere die Übereinstimmungen »für das gesamte Spektrum rechts vom Konservatismus bis einschließlich des Rechtsterrorismus«⁹⁷. Natürlich ist nicht von der Hand zu weisen, dass gewisse inhaltliche Übereinstimmungen für Protestteilnehmer notwendig sind; aber sie machen zugleich doch immer bloß einen gewissen Teil der Anziehungskraft von Protestformationen aus. Viel entscheidender sind gemeinsam geteilte Feindbilder und gerade in der Konstituierungsphase der gemeinschaftsstiftende Akt des Protestierens sowie das Gefühl, Halt in der Masse zu finden. In diesen Momenten treten mögliche inhaltliche Differenzen zwischen den Protestbeteiligten in der Regel in den Hintergrund, zumeist entsteht eine stille Übereinkunft über gewisse Erweiterungen der politisch zu vertretenden Positionen. Von daher ist bei sozialen Bewegungen die Spannweite der Protestmotive, der politischen Überzeugungen und der Teilnehmer, die verschiedenen politischen

92 Eine frühe Aufstellung der GIDAs findet sich bei Seidel: »Pegida«-Ableger.

93 Siehe Noske, Henning/Richter, Ann Claire: In Braunschweig ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015. In Marburg sprach man von 600, in Wiesbaden von 2.000 und in Kassel von 550; vgl. o.V.: In Oslo fliegen Schneebälle gegen Pegida, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

94 Vgl. Ahlers, Michael: »Hagida« kommt zu Wort, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

95 Vgl. o.V.: 12.000 gehen in München gegen Bagida auf die Straße, in: Spiegel Online, 19.01.2015, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-gegendemo-in-muenchen-mit-12-000-menschen-a-1013840.html> [eingesehen am 13.03.2019].

96 Nachdem in der ersten Protestwoche bundesweit vermutlich mehr als 50.000 Menschen gegen Pegida demonstriert hatten, kamen am Montag deutlich weniger zusammen. In Düsseldorf und Karlsruhe gab es laut Polizei rund tausend Gegendemonstranten, in München 2.200, in Berlin 1.100, in Braunschweig 2.500 und in Magdeburg 2.200. Am stärksten war der Zustrom in Frankfurt, wo auf zwei Veranstaltungen insgesamt 16.500 Menschen demonstrierten und es auch zu Krawallen kam. Weitere Kundgebungen gab es u.a. in Düsseldorf, Kassel, Osnabrück, Wiesbaden, Stralsund, Saarbrücken und Suhl; vgl. o.V.: Wesentlich mehr Gegendemonstranten als Pegida-Anhänger, in: Die Welt, 19.01.2015.

97 Rucht, Dieter: Rechtspopulismus als soziale Bewegung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 30 (2017), H. 2, S. 34–50, hier S. 39.

Lagern angehören können, in der Regel gerade am Anfang relativ groß – und dadurch lässt sich auch erklären, weshalb in den Anfangsphasen von Protestformationen kleinere Gruppierungen relativ schnell Einfluss gewinnen können. Gerade für junge Protestphänomene, die politisch noch unerfahren sind, ist dies ein Dilemma, da sie nur schwer auf die Erfahrungen solcher Gruppierungen verzichten können, eine Distanzierung deshalb oftmals in der anfänglichen Wachstumsphase schwerfällt.

Entsprechend heterogen war die Konstellation auch bei BRAGIDA: Hooligans stellten als Ordner den »Veranstaltungsschutz«, die JN mobilisierte, Personen aus der Staatsleugnerszene sprachen auf dem Podium und eine einstmalige CDU-Wählerin übernahm die Pressearbeit. Bezüglich Personalien wie BRAGIDA-Erstanmelder Rinke darf angenommen werden, dass diese sich »entsprechend den Opportunitäten politischen Protestes und des personellen und organisatorischen Angebots, mal der einen, mal der anderen Gruppe oder Richtung zu[wenden]«⁹⁸, solange diese gemeinsame Feindbilder teilen. Gemeinsam haben die Akteure von BRAGIDA, dass sie mit dem »populistischen Aufgreifen von Alltagsinteressen« und der Existenz von »dezentralen Strukturen bei hohem Vernetzungsgrad« genau diejenigen Indikatoren erfüllen, mit denen Hans-Gerd Jaschke 1993 eine Debatte über die »Konstituierung einer neuen sozialen Bewegung von rechts« anstieß, aus der später das weitestgehend übereinstimmende Verständnis einer sozialen Bewegung nach Raschke (1985)⁹⁹, Diani (1992)¹⁰⁰ und della Porta/Diani (1999)¹⁰¹ als ein »auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protestes – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen«¹⁰², resultierte. Und auch, wenn nicht alle Gruppen einer solchen Bewegung direkt miteinander verknüpft seien »und zudem viele Verbindungen nur indirekt, über Zwischenstationen existieren«, kann doch »ein ›mobilisiertes Netzwerk von Gruppen und Organisationen‹ [...]« vorliegen, das den Kriterien einer sozialen

98 Rucht, Dieter: Rechtspopulismus als soziale Bewegung, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 30 (2017), 34-50.

99 Raschke, Joachim: *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*, Frankfurt a.M. 1985.

100 Diani, Mario: The concept of social movement, in: *The Sociological Review*, Jg. 40 (1992), H. 1, S. 1-25.

101 Della Porta, Donatella/Diani, Mario: *Social movements. An introduction*, Oxford/Cambridge 1999.

102 Rucht, Dieter: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M. 1994, S. 76f.

Bewegung entspricht.¹⁰³ Mit Blick auf solche »network[s] of networks«¹⁰⁴ wird auch plausibel, wie BRAGIDA vermochte, noch vor dem ersten »Spaziergang« online einen diversen Personenkreis für sich in Stellung zu bringen.¹⁰⁵

Durch ihre Präsenz führte BRAGIDA, ähnlich wie PEGIDA zu Beginn in Dresden, zu einem Deutungskampf innerhalb der Stadtgesellschaft: Der mobilisierungsfähige Rechtsradikalismus, der sich nun auf der Straße manifestierte, und die großen Gegenproteste, lösten ihn aus. Das Ringen um Deutungen zeigt die Ambivalenz BRAGIDAS in der lokalkulturellen Konstituierung. Die Frage, die sich aufdrängt, ist, ob BRAGIDA gerade *wegen* oder *trotz* des rechtsradikalen Kerns einen solchen Deutungsstreit auslöste, wie also in der Braunschweiger Stadtgesellschaft die politische Kategorie des »Rechtsradikalismus« verhandelt wurde. Diese Frage ist gerade deshalb von großer Relevanz, da sich im Folgenden an den Reaktionen, Umgangsformen und lokalen Deutungen in Bezug auf BRAGIDA zeigen lässt, dass in Braunschweig Teile der Stadtgesellschaft BRAGIDA – trotz der gezeigten Verbindungen zu rechtsradikalen Netzwerken – gerade nicht als Teil des »Rechtsradikalismus« sahen, sondern als bürgerliche Bewegung und für eine bestimmte Zeit auch als legitime politische Akteurin.

5.3 Reaktionen auf BRAGIDA

Wie also reagierte die Braunschweiger Stadtgesellschaft, als BRAGIDA die politische Bühne betrat? Und welche Einordnungen, um wen es sich bei den Abendspaziergängern handele, rangen miteinander? Bei diesen Fragen gilt es den Zeitverlauf zu beachten; denn im politischen Schlagabtausch werden »öffentliche Reaktionen« und »Ursachen« zumeist als sich gegenseitig bedingende Faktoren zusammengedacht und die Deutung eines Phänomens in der öffentlichen Meinung erfüllt die Funktion, die eigene normative Wahrnehmung zu bestätigen.¹⁰⁶ Dementsprechend hängt die Frage der Deutung von politisch-medialen Konjunkturen ab, und diese wiederum können abhängig von einer vorgelagerten Einordnung des Phänomens bezüglich seiner Ursachen sein.

103 Rucht, Dieter: Rechtsradikalismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung, in: Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus: Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Wiesbaden 2002, S. 75–86, hier S. 80.

104 Wellman, Barry: Network Analysis: Some Basic Principles, in: Sociological Theory, Jg. 1 (1983), S. 155–200, hier S. 168.

105 Die Verflechtung mit bestehenden Strukturen zeigt auch die hohe Zahl der Facebook-»Fans«, die mit 7.545 Likes weit über der Teilnehmerzahl der Veranstaltungen selbst liegt.

106 Vgl. Oevermann: Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen, S. 84f.

Es hat sich angedeutet: Die Akteure innerhalb der Stadtgesellschaft reagierten auf BRAGIDA unterschiedlich. In der *unmittelbaren* Reaktion erscheint der Gegenprotest der Zivilgesellschaft als gewichtiger Faktor. Dabei drängt sich die Annahme auf, dass durch BRAGIDA eine Art Alarmsystem aktiviert worden ist, dessen Sensoren von der den Gegenprotest tragenden linksliberalen Zivilgesellschaft ausgelöst wurden. Einmal alarmiert, wurden – wie noch zu beschreiben sein wird – bestimmte Protestroutinen in Gang gesetzt, die einen bereits im Vorfeld organisierten Gegenprotest ermöglichten, der medial begleitet wurde und das Thema überwiegend besetzte. Von dieser Beobachtung ausgehend, sind drei Aspekte für die unmittelbaren Reaktionen auf BRAGIDA bedeutsam. Erstens: Wie sieht sich der Gegenprotest selbst? Zweitens: Wie wird er wahrgenommen? Und schließlich drittens: Wie wird BRAGIDA von wem eingeordnet, mit welchem Etikett wird die Protestformation versehen?

Frühwarnsystem und das ewige breite Bündnis

Hauptträger des Gegenprotestes, so wie überhaupt des kontinuierlichen Engagements gegen Rechtsradikalismus, war das 1999 gegründete Bündnis gegen Rechts (BgR), unter dessen Dach sich eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure versammelten. Ein Mitorganisator des Bündnisses berichtete, dass man sich bereits im September 2014, also in der frühen Formierungsphase von PEGIDA, getroffen habe, nachdem man erfahren habe, dass »die hier auch was machen wollen« (I17). Auch das Internetportal *Recherche 38* warnte mit Verweis auf die Facebook-Seite »Braunschweig. Gemeinsam sind wir stark« davor, dass Demonstrationen »von Neonazis, rechten Hooligans und ›Wutbürgern‹ nach Dresdner Vorbild« drohen könnten.¹⁰⁷ Namentlich erwähnt wurde BRAGIDA in der *BZ*¹⁰⁸ erstmals am 16. Dezember 2014, und zwar wertungsfrei, als ein PEGIDA-Ableger unter anderen, dessen erste Veranstaltung gescheitert sei.¹⁰⁹ Bevor ein medialer Hype einsetzte, war BRAGIDA also zunächst nicht mehr als die Randnotiz eines gescheiterten Protestes.

Auch der Journalist Andreas Speit hatte in der *taz* bereits vor dem ersten »Spaziergang« auf BRAGIDA aufmerksam gemacht: Im Dezember 2014 war eine muslimische Frau in Braunschweig angefahren und beschimpft worden. Laut einem Sprecher des BgR zeige dieser Angriff, dass »der antiislamische Hass und die rassistischen Vorurteile, die seit Monaten geschürt werden, in Gewalt umschlagen können«; er stellte dies direkt in den Kontext von BRAGIDA: »In der Stadt versuchten Rechtsextreme getarnt als Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig

107 Recherche38: Braunschweig: Drohen Montagsdemonstrationen von Neonazis, rechten Hooligans und »Wutbürgern« nach Dresdner Vorbild?

108 Die *Braunschweiger Zeitung* wurde als größte Braunschweiger Tageszeitung als Grundlage für die vorliegende Analyse ausgewertet.

109 Seidel: »Pegida«-Ableger.

Stimmung gegen Flüchtlinge in der Landesaufnahmebehörde zu machen«. ¹¹⁰ Auf Facebook bestehe eine Seite »Bragida Braunschweig gegen die Islamisierung des Abendlandes«, die zu diesem Zeitpunkt bereits über 2.400 Likes gezählt habe. ¹¹¹ Als sich dann spätestens im Januar 2015 abzeichnete, dass BRAGIDA auf der Straße protestieren würde, gerieten auch Politiker unter Positionierungszwang. Es waren die Braunschweiger Grünen, die schon vor dem ersten Protest-Montag von Oberbürgermeister Markurth forderten, sich öffentlich zu positionieren und auf der Gegenveranstaltung zu sprechen. Dieser hielt sich jedoch zunächst bedeckt, wofür er Kritik erntete. ¹¹² Doch warum zögerte der Braunschweiger Oberbürgermeister und wer ließ sich stattdessen aktivieren?

Obwohl die Akteure des Gegenprotestes sich darauf beriefen, dass es in Braunschweig auch in der Vergangenheit ein breites Engagement »gegen rechts« gegeben habe – die zweite wesentliche Beobachtung –, löste BRAGIDA zumindest im Vorfeld eine partielle Polarisierung zwischen den Parteien aus, bei der das BgR im Fokus stand. Dessen Strukturen griffen in der Wahrnehmung der Protestorganisatoren auf eine bereits seit den 1970er Jahren gewachsene »gute Gemeinschaft« zurück, die durchaus Rückhalt bei den Honoratioren der Stadt habe. Die Aktiven hätten ein engmaschiges Netz durch die Zivilgesellschaft gespannt, man kenne »tausend Leute in der Region, in der Bundesrepublik, Professoren oder sonst irgendwie Leute, die in unsere Richtung argumentieren können«, erklärte ein im Bündnis Aktiver (I18). Das BgR ist eine eher lose, basisdemokratische Struktur, die anlassbezogen agiert und vor allem Vertreter von SPD, Jusos, Grünen, Grüner Jugend, Linkspartei, Falken, Friedenszentrum, DGB, IG Metall, ver.di, GEW und VVN versammelt. Die gute Vernetzung des BgR zeigte sich auch an seiner Präsenz in der BZ, die seinen Inhalten deutlich mehr Raum schenkte als BRAGIDA, was – blickt man auf Dresden – nicht Usus sein muss. Insgesamt sei das Engagement des BgR, so der Aktivist, im Rahmen der BRAGIDA-Proteste in der Stadt anerkannt worden.

Und so verwundert zunächst auch nicht, dass im Zuge des ersten Protest-Montags von unterschiedlichster Seite auf ein vermeintlich breites Bündnis gegen »rechts« rekurriert wurde, das sich bereits 2011 anlässlich des in Braunschweig abgehaltenen »Tags der Deutschen Zukunft« (TddZ) bewährt habe. Um einschätzen zu können, inwiefern dieses Narrativ eines im Kampf gegen »rechts« geeinten Braunschweigs trägt, blicken wir kurz zurück: 2011 hatte ein Bündnis unter Füh-

110 Zit. nach Speit, Andreas: *Attacke auf offener Straße*, in: taz, 22.12.2014.

111 Die Anzahl der Likes zeigt an, dass bereits bevor BRAGIDA demonstrierte, ein sympathisierendes Personenpotenzial existiert hatte, das weit größer war als jenes, das sich für die Straßenproteste mobilisieren ließ.

112 Vgl. Fiene, Jörg: *Kritik: Markurth vor Protest-Montag zu zögerlich*, in: Braunschweiger Zeitung, 15.01.2015.

rung des BgR zum Gegenprotest mobilisiert.¹¹³ Das zivilgesellschaftliche »Frühwarnsystem« schien also zu funktionieren, wenn auch nicht störungsfrei: Bereits zehn Monate vor dem TddZ meldete DIE LINKE eine Gegenkundgebung an, was prompt zu Reibereien führte. So monierte die Ratsfraktion der Grünen, DIE LINKE habe »auf eigene Faust und ohne Absprache mit anderen Organisationen«¹¹⁴ angemeldet. Es zeigt sich: Anders als im Januar 2015 suggeriert, wurde keineswegs organisationsübergreifend kooperiert. Außerdem hieß es, man habe bereits »bei den Naziaufmärschen in den Jahren 2000, 2003 und zuletzt 2005 jedes Mal zu einem gesellschaftlich breiten und vielfältigen Widerstand aufgerufen und Demonstrationen gegen die Aufmärsche der Neonazis angemeldet und durchgeführt«¹¹⁵. Die Gründungslegende einer breiten, auch bürgerlichen Gegenbewegung bezog sich also auf noch längere Kontinuitäten, vor allem auf die Blockade eines NPD-Demonstrationszuges 2005, die in der eigenen Darstellung »[n]ur mit einem massiven Polizeieinsatz, mit Wasserwerfern, der illegitimen Einkesselung hunderter DemonstrantInnen und mit Knüppeleinsätzen«¹¹⁶ habe aufgelöst werden können.

Diese Hinweise lassen erkennen: Bereits mehrmals war seit den frühen 2000er Jahren zum Teil wesentlich erfolgreicher als 2011 mobilisiert worden; allerdings wurde das Jahr 2011 als Chiffre im Zuge des Erstarkens von BRAGIDA zu einem Kristallisationspunkt verklärt. Zudem weisen die Streitigkeiten darauf hin, dass die Erzählung, man habe unabhängig von Organisationszugehörigkeiten »gegen Nazis« immer an einem Strang gezogen, eher ein Mythos als eine Tatsache ist. Denn natürlich geht es in der Konstituierung von Mythen eben nicht um die Faktizität von Begebenheiten, sondern oftmals um strategische Erwägungen oder gemeinschaftsstiftende Insinuationen. So auch 2015 bei der Bezugnahme der CDU, die vor der ersten Demonstration betonte, dass man noch 2011 gemeinsam gegen »rechts« auf die Straße gegangen sei, was nun aber schwerfalle, da der Protest erneut parteipolitisch instrumentalisiert werde.¹¹⁷ Auch das BgR bezog sich auf das

113 Siehe auf »Bündnis gegen Rechts Braunschweig« die Liste mit rund 100 den Aufmarsch unterstützenden Gruppen unter URL: <http://buendnisgegenrechts.net/unterstuetzerinnen/> [eingesehen am 13.03.2019].

114 Zit. nach Meyer, Ralph-Herbert: »Gefährlicher Vorstoß der Linken«. Grüne kritisieren Alleingang zu Neonazi-Gegendemonstration und sprechen von Parteitaktik – CDU und SPD pflichten bei, in: Braunschweiger Zeitung, 14.08.2010.

115 Bündnis gegen Rechts Braunschweig: BÜNDNIS GEGEN RECHTS ruft zu einem breiten Bündnis gegen den Naziaufmarsch auf, 16.08.2010, URL: <http://buendnisgegenrechts.net/2010/08/16/buendnis-gegen-rechts-ruft-zu-einem-breiten-buendnis-gegen-den-naziaufmarsch-auf/> [eingesehen am 09.08.2018].

116 Speit, Andreas: Neonazi-Demos in Niedersachsen. Rechtsextremes Städte-Hopping, in: taz, 05.06.2011. Der Autor spricht von sieben Stunden andauernden Auseinandersetzungen und 250 eingekesselten »friedliche[n] Demonstranten«.

117 Siehe Fiene: Kritik.

Jahr 2011 als Erfolgsgeschichte, als die »Nazis« versucht hätten, »die Straße zu bekommen«. Allerdings: »Das ist so ein ungeschriebenes Gesetz in Braunschweig: kein Schritt, kein Stück der Straße für die Nazis. Das machen wir, wenn die NPD kommt oder die AfD oder sonst ein komischer Verein« (I18). Auch ein Journalist erinnerte an das in Braunschweig immer schon vorhandene breite Bündnis, das im Zuge des Protestes gegen BRAGIDA immer größer und einiger geworden sei:

»Das ist auch ein Braunschweiger Phänomen, die Braunschweiger sind durchaus in der Lage, sich, wenn's ernst wird, zusammenzuschließen. Die haben extreme Netzwerke [...], dass dann irgendjemand ausgeguckt wird, der den Hut auf hat, und sich die anderen gerne dann auch unterordnen. Und so war das eben auch hier, Bündnis gegen Rechts hat ganz stark mobil gemacht und da haben sich eigentlich alle angeschlossen. Da hat man gar nicht erst angefangen mit wir und wir und wir und wir und so.« (I16)

Dem BgR war 2015 sogar gelungen, die Kirche zu involvieren, sodass diese nicht mehr für eine von der CDU geplante Allianz zur Verfügung stand. Die Christdemokraten hatten ein solches Alternativbündnis vorgeschlagen, weil sie sich nicht repräsentiert fühlten von einem von der Linkspartei angeführten Demonstrationzug. »Wir können nicht gegen rechts sein, denn auch die CDU ist in der Mitte und rechts davon anzusiedeln. Wir sind gegen Rechtsextremismus. Das wird aber bei dieser Namensgebung nicht deutlich«, murkte die CDU und hielt der Linksfraktion vor, ohne Rücksprache vorgeprescht zu sein. »Das hatten wir nach den guten Erfahrungen von 2011 so nicht erwartet [...]«. Parteipolitik hat hier nichts zu suchen. Wir lassen uns nicht instrumentalisieren.«¹¹⁸ Prompt sah die BZ den Mythos bröckeln, die »Linien des Widerstandes gegen rechtsextremes Gedankengut sind nicht so geschlossen wie im Juni 2011 [...]«. Es wird diesmal, so sieht es derzeit aus, kein Bündnis der Vielfalt geben, unter dessen Dach sich alle demokratischen Kräfte versammeln können.«¹¹⁹ In dieser Situation war Oberbürgermeister Markurth als Moderator angerufen worden, er solle »als Oberbürgermeister aller Braunschweiger« vermitteln. »Aber es hat nicht geklappt.«¹²⁰

Auch weil der Oberbürgermeister schwieg, gelang dem BgR also, früh Deutungshoheit zu erlangen. Die CDU gab letztlich nach und rief schließlich sogar die Ratsfraktion und den Kreisverband dazu auf, sich an der Gegendemonstration zu beteiligen.¹²¹ Es zeigt sich: Die Konfliktlinien zwischen CDU und BgR wurden anlassbezogen zwar überwunden, aber nicht in der Weise, in der man es in der

118 Ebd.

119 Fiene, Jörg: Diskussionen um den Gegenprotest, in: Braunschweiger Zeitung, 16.01.2019.

120 Fiene: Kritik.

121 Vgl. Richter/Fiene: Polizei schafft Pufferzone.

Wahrnehmung der CDU noch 2011 geschafft habe, und gänzlich konträr zur Wahrnehmung der LINKEN, die fänden: »Solch eine Breite der Unterstützer hatten wir noch nie, auch 2011 beim großen Aufmarsch gegen die Neonazis nicht.«¹²² Und so wurde der Gegenprotest fortan die anfänglichen Differenzen übertünnend als Erfolgsgeschichte erzählt,¹²³ als »breite Allianz gegen den Pegida-Aufmarsch«; man zeigte sich »überwältigt«, hielt es für ein »tolles Zeichen«.¹²⁴ An anderer Stelle betonte das BgR sogar, es sei »die größte Demonstration gegen Rassismus, die es in Braunschweig je gegeben hat«¹²⁵, gewesen. Ein weiterer Engagierter sprach von einer »breiten Bürgerbewegung« (I18), aus der überhöhten Selbsteinschätzung heraus, es seien alle von Anfang an dabei gewesen. Der Gegenprotest, ein Bollwerk, »10.000 Menschen bei Sturm und Regen« auf der Straße. Einfach alle – von der Eintracht über VW, die Politik bis zur Kunstszone – hätten mitgemacht, auf dem zentralen Platz vor den Schloss-Arkaden in Braunschweig. »Für Braunschweig ergab sich, dass es gelungen war, über die gesamte Zeit ein stabiles breites Bündnis zu erhalten, das [...] immer mindestens die doppelte Zahl von Gegnerinnen und Gegnern mobilisierte.«¹²⁶ In der Logik dieser Erzählung hatte der durch BRAGIDA ausgelöste Positionierungsdruck die Reihen des Gegenprotestes – wenigstens vorläufig – geschlossen. Die Polarisierung und das Gerangel, wessen Bündnis Akzeptanz gefunden habe, werden in der so erzählten Erfolgsgeschichte eingeebnet.

Wie wird BRAGIDA, was wird als »rechts« wahrgenommen?

Die dritte wesentliche Beobachtung – neben dem früh aktivierten Gegenprotest und dem Mythos eines breiten Bündnisses – ist die Tatsache einer hohen Deutungsunsicherheit, was BRAGIDA eigentlich sei, und dass das Phänomen ohne den Deutungsrahmen PEGIDA nicht greifbar erschien. Die lokalen Akteure ließen ein dringendes Bedürfnis erkennen, BRAGIDA mit kategorialen Etiketten zu versehen. Denn: Je nachdem, wie man das Phänomen interpretierte, so lässt sich mutmaßen, justierte sich auch die eigene Reaktion auf, der Umgang mit und die Deutung von BRAGIDA.

In der Reaktion unterschiedlicher Akteure der Stadtgesellschaft zeigt sich bereits ein Kernelement der Braunschweiger Auseinandersetzung mit den »patriotischen Europäern«: Im Bemühen um Einordnung und damit auch um Handhab-

122 Zit. nach ebd.; vgl. auch Speit, Andreas: Gegen die Einschüchterung, in: taz, 21.01.2015.

123 Siehe Richter/Fiene: Polizei schafft Pufferzone.

124 Noske/Richter: In Braunschweig ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit.

125 Zit. nach o.V.: Der Protest gegen »Pegida« lebt, in: Aachener Zeitung, 20.01.2015.

126 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Niedersachsen: Mitteilungsblatt 02/2016: »Demagogie bekämpfen! Asylrecht verteidigen! Geflüchtete unterstützen!«, 19. Antifa-Sozialkonferenz in Hannover, URL: <http://niedersachsen.vvn-bda.de/mtb.php?nr=6> [eingesehen am 13.03.2019].

barmachung, schlicht: im Ringen um den »richtigen Umgang«, deutet sich bereits der die gesamte Auseinandersetzung grundierende Kampf um Deutungshoheit an oder, schwächer formuliert: die Suche nach einem Normenmeridian, einem verbindenden Faktor, an dem die jeweiligen Gruppen ihr Handeln ausrichten.¹²⁷ Dabei sagt die Spannweite der Definitionen auch etwas über das Selbstbild der Akteure und über ihr Bild von einer Braunschweiger Normalität aus.

Hatte BRAGIDA (zumindest am Anfang) die Chance, als Protest »besorgter Bürger«, als Unmutsartikulation »aus der Mitte der Stadtgesellschaft« heraus wahrgenommen zu werden? Thesenartig überspitzt: Lässt sich aus der jeweiligen Etikettierung BRAGIDAS gar ein gewisses Verständnis ablesen?

Nachdem im Dezember 2014 die BZ BRAGIDA erstmals ohne Zuschreibung erwähnt hatte, wurde das Phänomen in der Folgezeit in die Berichterstattung über HAGIDA und PEGIDA eingebettet, in einen bundespolitischen Rahmen, der auf Ereignisse verwies, die einen (vermeintlichen) Einfluss auf BRAGIDA haben könnten, wie beispielsweise ein Demonstrationsverbot in Dresden nach einer Drohung gegen Lutz Bachmann. Auch die Demonstrationen wurden über den deutschlandweiten Protest gegen PEGIDA und deren Ableger gerahmt.¹²⁸ Die Vorberichterstattung zeigt, dass sich der Name »Bragida« noch nicht durchgesetzt hatte, stets war von »Pegida« die Rede. Später belegte die BZ BRAGIDA mit dem Label »islamkritisch«¹²⁹, das sie später zu »presse- und islamkritische«¹³⁰ Bewegung erweiterte, bevor sie die Zuschreibung des BgR, es handele sich um »rassistische ›Wutbürger‹« und unterschiedliche Gruppen, überwiegend aus dem rechten Spektrum, übernahm.¹³¹

Von seinen individuellen Erfahrungen berichtete uns ein Journalist, welcher die Demonstrationen anfangs engmaschig begleitet hatte. Irritiert habe ihn eine Begegnung mit einem jungen Mann, »von entzückender Freundlichkeit, also er wollte jetzt offensichtlich beweisen, wie nett diese Bragida-Menschen sind. Ich fand das so süß, weil das so durchsichtig war« (I16). Allerdings habe er auch Erfahrungen gemacht mit »eine[r] Gruppe von Kapuzenträgern [...], also die sahen sehr martialisches aus. Springerstiefel, ganz in schwarz gekleidet. Kapuzen hochgezogen«, die sich neben ihn auf eine Bank gesetzt hätten. »Mir war da nicht bang, die haben mir auch nichts getan, [...] aber sie haben gespielt mit diesem, mit ihrem eigenen Image.« Neonazis aus Braunschweig selbst habe er bei den Demonstrationen allerdings nicht ausgemacht, »haben wir gar nicht«. Ansonsten übernahm er in der

127 Inwiefern Deutungsmuster in Bezug auf ein rechtes Ereignis sich gegenseitig bedingen, eine Eigendynamik und frühe Pfadabhängigkeiten entwickeln, denen die Akteure dann folgen (müssen), hat Britta Schellenberg am Beispiel der Polizei in Mügeln aufgezeigt; vgl. Schellenberg: Mügeln, S. 7 u. S. 9.

128 Siehe Richter/Fiene/Engel: Diesmal deutlich weniger Demonstranten.

129 O.V.: Tausende gegen Pegida.

130 Richter: Bragida wird nur auf dem Schlossplatz stehen.

131 Siehe Richter/Fiene: Polizei schafft Pufferzone.

Retrospektive die Zuschreibungen der Polizei, es habe sich größtenteils um von außerhalb Zugereiste gehandelt,

»und das waren dann auch die mit der Deutschlandfahne und betrunken mit den Bierdosen. Übrigens auch, die schmissen dann diese Bierdosen auch in der Gegend rum, [...] für gute Deutsche gehört das ja auch nicht zum guten Ton [...] und dann hatte man in der Tat diese Braunschweiger, die dazukamen, die dann so ein bisschen am Rand stehen und sagen [...] wir wollen nicht in die rechte Ecke gestellt werden in die extreme, aber das sind hier die Einzigen, die überhaupt die Probleme beim Namen nennen und [...] das muss ja in diesem Lande gesagt werden dürfen.« (I16)

Auch der Journalist hat BRAGIDA über den PEGIDA-Deutungsrahmen interpretiert, »da es ja kein neues Phänomen war, wir wussten ja, was da auf uns zukommt«. In der Nachberichterstattung über den ersten Demo-Montag fand die Beschreibung BRAGIDAS in der *BZ* auffälligerweise jenseits des Haupttextes statt unter der sprechenden Überschrift »Vermummte und Wutbürger demonstrierten abgeschottet«, die eingesperrte BRAGIDA wurde den freien Bürgern gegenübergestellt:

»Auf der einen Seite stehen mehrere Tausend Gegendemonstranten – Wissenschaftler, Künstler, Gewerkschafter, Politiker, Migranten. Sie verteidigen Offenheit und Toleranz gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern als hohes Gut. Auf der anderen stehen rund 450 selbst ernannte Wutbürger, die vor ›Überfremdung‹ warnen, eingekesselt von Zäunen und Polizisten.«¹³²

Noch klarer in der Zuordnung war Andreas Speit in der *taz*¹³³, der BRAGIDA bereits vor der ersten Demonstration als »die rechten Wutbürger Braunschweigs« bezeichnete, deren »Vorbild Pegida«¹³⁴ sei. »Die Äußerungen dieses Schulterschlusses von rassistischen Wutbürgern, Neonazis und rechten Hooligans zeigten, dass hinter ihren geäußerten Ängsten und Sorgen rassistische Ressentiments stecken.«¹³⁵ Auch Speit bezog sich auf Einordnungen des BgR:

132 Teschner: Vermummte und Wutbürger demonstrierten abgeschottet.

133 Gerade anfangs ging es in der Berichterstattung jenseits der *BZ* eher um allgemeine Erwähnungen im Zuge PEGIDAS und darum, wo, wann, wie viele demonstriert hatten. Weitere Anlässe der überregionalen Medien, zu berichten, waren die Absage des Karnevalsumzuges, die Demonstrationen am 30. März in Kralenriede, der Besuch von Lutz Bachmann, grundsätzlich die Gewalt bei den Demonstrationen inklusive rechter Straftaten in Braunschweig, Reden von Politikern beim Gegenprotest sowie Verbindungen zu Eintracht-Fans und ins Rockermilieu. Berichtschwerpunkte waren außerdem die Einrichtung der SoKo Asyl und BRAGIDAS Umgang mit der Presse bezüglich der Unterstellung einer »Lügenpresse«.

134 Speit: Attacke auf offener Straße.

135 Speit, Andreas: Xenophobe Spaziergänge, in: *taz*, 08.01.2015.

»Die Kundgebung wurde aber nicht von rechten Wutbürgern geprägt. Rechtsextreme, Hooligans gegen Salafisten und Rocker bestimmten den Verlauf [...], und zwar äußert aggressiv. Wir sind das Volk, Antifa-Hurensöhne und Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen, skandierten sie.«¹³⁶

Im Februar kommentierte Speit, dass man bei BRAGIDA nach dem Ausscheiden der als gemäßigter geltenden Hamecher »auf der Suche nach dem rechten Kurs« sei, das BgR habe eine »weitere Radikalisierung« gefürchtet; Hamecher sei herausgedrängt worden, weil »sie sich von militanten Rechtsextremen und aggressivem Rassismus öffentlich distanzierte«, der neue Anmelder käme aus dem HoGeSa-Spektrum und hege auf Facebook Sympathien für Akteure aus dem rechtsradikalen Spektrum.¹³⁷ Die BZ gab Müller großen Raum, die Vorwürfe abzuweisen, es gebe für diese Gruppen »keinerlei Sympathien [...]«. Der Anmelder habe vielmehr Kontakt zu den Organisatoren der Hooligans gesucht, um persönlich noch einmal darauf hinzuweisen, »welche Regeln bei unserer Demo von Bragida gelten.«¹³⁸

Interessanterweise bezog sich die Presse in ihrer Etikettierung von BRAGIDA als »rechtsextrem« ab Februar 2015 nicht mehr vorrangig auf das BgR, sondern auf die Polizei. Es scheint, als habe man dieser eine größere Autorität in der Zuschreibung beigemessen. Anders als der Lokalpresse war den Trägern des Gegenprotestes von Beginn an klar, dass es sich bei BRAGIDA um Rechtsradikale handele, die nun wegen PEGIDA und der politischen Großwetterlage auch in Braunschweig eine neue Ausdrucksform fänden. Auch der Rechercheblog *Recherche 38* hatte BRAGIDA schon im November 2014 auf dem Radar, antizipierte sie als Abbild PEGIDAS und informierte über Hintergründe. Im Netz versammelte sich »die gleiche Mischung von Sympathisanten [...], wie sie bereits in Dresden auf der Straße bei den Aktivitäten von PEGIDA anzutreffen ist: rechtsorientierte Fußballfans [...] ›HoGeSa‹-Anhänger und Neonazis, Mitglieder eines Rockerclubs und dessen Supporter und rechte Hooligans [...]. Dazwischen ein paar eher unauffällige Bürgerinnen und Bürger, von denen viele allerdings gleichzeitig zu den Anhängern der Facebookseite der ›Bürgerinitiative für Sicherheit in Braunschweig‹ gehören, die seit einigen Wochen versucht in Kralenriede Stimmung gegen die Flüchtlinge aus der Landesaufnahmebehörde zu machen.«¹³⁹ In seinem ersten in der BZ abgedruckten Demonstrationsauftritt unterfütterte das BgR sein Bild von BRAGIDA und explizierte deren inhaltliche Stoßrichtung: »ein (kultur-)rassistisch motivierter Hass gegen den Islam, ein chauvinistischer Nationalismus und die Abwertung von Flüchtlingen und anderen

136 Speit: Gegen die Einschüchterung.

137 Speit, Andreas: Auf der Suche nach dem rechten Kurs, in: taz, 02.02.2015.

138 Zit. nach Thoenes, Bettina: Bündnis fürchtet Rechtsruck bei Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 31.01.2015.

139 Recherche38: Braunschweig: Drohen Montagsdemonstrationen von Neonazis, rechten Hooligans und »Wutbürgern« nach Dresdner Vorbild?

Menschen, die von ihnen als ›fremd‹ wahrgenommen werden«¹⁴⁰. Auf der Bühne des Gegenprotestes bezeichnete ein Sprecher des BgR die Rechtsradikalen und Hooligans unter den BRAGIDA-Anhängern dann als »Haufen von Gesindel«¹⁴¹. Ein im BgR Aktiver beurteilte BRAGIDA zwar etwas vorsichtiger, meinte aber auch: »Es sind eben nicht nur die Wutbürger. Wenn es nur die Wutbürger gewesen wären oder diejenigen, die unzufrieden sind mit dem politischen Establishment, dann hätten wir nicht so einen Aufriss gemacht« (I18).

Diese Äußerungen zeigen erste Umriss eines Normmeridians: Wutbürger sind noch akzeptabel in Braunschweig, als »Nazis« Etikettierte hingegen nicht. Diese Einordnung beinhaltete eine gewisse Entschuldung, da sie dem Phänomen zumindest eine Teilakzeptanz entgegenbrachte. Das zeigt sich auch an der Prognose: Man werde so lange weiter gegen BRAGIDA demonstrieren, wie da »Nazis hingehen«; »wenn Frau Müller mit Bragida ohne Nazis auftritt, dann gehen wir da auch nicht mehr hin« (I18). Müller und BRAGIDA per se wurden also nicht als »Nazis« eingeordnet.

Reinhard Koch, der damalige Leiter der »Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt« (ARUG), mahnte: »Wer jetzt zum zweiten Mal in Braunschweig auf die Straße geht, der weiß, dass er an einer Rechtsextremen-Demo teilnimmt«¹⁴² – ein Statement, das der Deutung BRAGIDAS als harmlose Bürger entgegentrat und zeigte, dass er den »Wutbürgern« vielleicht ein erstes neugieriges Gucken verzieh, ein zweites, nunmehr informiertes, aber nicht. Anders als der Sprecher des BgR zeigte sich Koch überrascht, dass sich Anhänger des Neonazi-Spektrums und aus Hooligan-Kreisen an der ersten Veranstaltung beteiligt hätten. Distanzierungen BRAGIDAS von dieser Klientel hielt Koch indes für ein leeres Pflichtritual. »Es ist unglaublich von der Bragida, sich formal von dieser Gruppe loszusagen, ihnen aber zugleich mit den eigenen politischen Forderungen inhaltlich als Adapter zu dienen«.

Koch stellte BRAGIDA auch explizit in den Deutungsrahmen PEGIDA: Er erwarte, dass sich die PEGIDA-Bewegung totlaufe und die organisierte rechtsradikale Szene an ausgesuchten Orten in diese Lücke springe: »Braunschweig könnte ein solcher Punkt sein, weil es hier Akteure gibt.« Einige Monate später erläuterte Koch in einem weiteren Einordnungsversuch, es gebe seit Jahren eine »aktionistische

140 Bündnis gegen rechts, URL: <http://buendnisgegenrechts.net/aufuf2015/> [eingesehen am 20.03.2019].

141 Zit. nach o.V.: Demoticker: Zum Nachlesen: Pegida- und Gegendemo in Braunschweig, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

142 Hier und im Folgenden zit.nach Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: »Rechtsextreme agieren wie der Wolf im Schafspelz«, in: Braunschweiger Zeitung, 23.01.2015.

Szene«¹⁴³, gut vernetzte Neonazis aus ganz Niedersachsen, denen er die Initiative hinter BRAGIDA zusprach. Von ihnen sei die Mobilisierung ausgegangen, nicht andersherum, im Sinne eines Aufsattels auf »bürgerlichen« Protest. Diese Logik behauptete Koch allerdings auch für Dresden und Leipzig, wo man sich bemüht habe, »frustrierte Bürger aus der Mitte der Gesellschaft« zu erreichen, was in seinen Augen aber gescheitert sei. Statt »frustrierter älterer Herrschaften«, so habe sich die Polizei gewundert, seien »überwiegend polizeibekannte junge Leute« bei BRAGIDA aufgetaucht. »Diese Tendenz verstärkte sich, der Anteil der »Wutbürger« reduzierte sich zugunsten der Rechtsradikalen.« Die Gefahr sah Koch im Integrations- und Vernetzungspotenzial, »unter einem einzigen Label die verschiedenen Strömungen der Rechten unter einen Hut zu bringen«. Koch übertrug seine Erklärung, der Reiz der GIDAS liege im Eventcharakter, vorschnell von PEGIDA auf BRAGIDA, die im Mai 2015, als das Interview stattfand, gerade einmal fünfzig bis sechzig Teilnehmer mobilisierte und – im Unterschied zu PEGIDA – niemals Massenprotest gewesen war. Die abgeleitete Schlussfolgerung, es bestände die »Gefahr [...], dass so eine neue Generation von Rechtsradikalen herangezüchtet wird«, erscheint dramatisierend.

Koch stand mit seiner Deutung jedoch nicht allein: Denn bei BRAGIDA spielte sich zeitverzögert ab, was von PEGIDA ausgehe, wie das »Antifaschistische Plenum« analysierte, eine antifaschistische Gruppierung aus Braunschweig. Noch im November 2015 griff es die (auch von der Polizei und teilweise von der Presse kolportierte) These des Protestes und der »Mobilisierungen fernab vom klassischen Nazispektrum«¹⁴⁴ auf und erläuterte, »wieso man kein Nazi sein muss, um ein rassistisches Arschloch zu sein«. Trotz der Distanzierungsbemühungen von PEGIDA gegenüber dem klassischen Neonazi-Spektrum laufe es faktisch auf eine friedliche Koexistenz hinaus. Diese Entwicklung sah das Antifaschistische Plenum anders als Koch oder die Polizei, jedoch weder als neu noch als überraschend an, sondern ordnete sie vielmehr in rassistische Gewalttaten seit den 1990er Jahren ein. Erschienen andere sehr bemüht, BRAGIDA klar als Neonazis zu benennen, möchte das Plenum vielmehr verdeutlichen, dass Fremdenfeindlichkeit bis in die Mitte der Gesellschaft reiche. Sein Fazit: »Pegida ist also nicht Erfinder, sondern Ergebnis einer Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet.« Trotzdem bleibt das Statement widersprüchlich, da im Folgenden dann doch betont wurde, dass die GIDAS in Westdeutschland vorrangig von »bekannten Personen aus dem Spektrum der faschistischen Kameradschaften, Parteien und Gruppen organisiert«¹⁴⁵ worden seien.

143 Alle Zitate im Folgenden aus: o.V.: »Neue Generation von Rechtsradikalen«, in: Unser Braunschweig. Die Zeitung der Bürgerinitiativen BIBS, Nr. 13, Jg. 7, Mai 2015, URL: www.braunschweig-online.com/images/banners/ub13.pdf [eingesehen am 20.02.2019].

144 Antifaschistisches Plenum: No Pegida! No Bragida!, S. 2.

145 Ebd., S. 5.

Neben dem BgR verfügte auch die Polizei über eine recht große Deutungshoheit in der BZ.¹⁴⁶ Die Einschätzung des BgR integrierte die Polizei allerdings nicht in ihr Statement im Vorfeld der ersten Demonstration, sondern äußerte in der Zeitung: Die Anmelder seien »polizeilich und versammlungsrechtlich unbekannt«, man schätze die Lage – irrtümlicherweise, wie sich herausstellen sollte – als »entspannt« ein.¹⁴⁷ Der Polizeisprecher wurde in einem fett unterlegten Absatz zitiert, dass sich »beide Lager« »grundsätzlich gesprächsbereit und gewaltfrei« zeigten.¹⁴⁸ Hier offenbart sich die Deutung, dass potenziell von beiden Lagern das gleiche Gefährdungspotenzial ausgehe, zudem hätten »beide Lager [...] ihren Ursprung in der bürgerlichen Mitte«¹⁴⁹. Die Polizei betrete mit diesem Demonstrationsformat zwar Neuland,¹⁵⁰ allerdings: »Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass BRAGIDA augenblicklich keinen Rückhalt in der Braunschweiger Bevölkerung findet«, doch habe die erste HAGIDA-Demonstration gezeigt, dass »das Thema auch in Niedersachsen in der Öffentlichkeit präsent ist und wir damit rechnen können, dass auch die zweite Veranstaltung dieser Art in Braunschweig große Resonanz in der Bevölkerung hervorruft«.¹⁵¹

Rückhalt und Resonanz erscheinen nicht als Synonyme. Interessant ist, dass die Polizei dem Protest eine gewisse Legitimität einräumte, da die Themen in Niedersachsen virulent seien, und BRAGIDA in ihrer Deutung somit zur sichtbaren Speerspitze eines berechtigten Anliegens wurde. Die polizeiliche Einordnung als aus der »bürgerlichen Mitte« stammend, verschaffte BRAGIDA eine öffentlich legitime Sprecherinnenposition, indem das nach außen getragene Selbstverständnis des neuen politischen Phänomens von staatlicher Seite gewissermaßen anerkannt wurde. Nach der ersten Demonstration war die Polizei jedoch eines Besseren belehrt worden und bestätigte, dass die Teilnehmer zu etwa einem Drittel polizeibekannte Rechtsradikale gewesen seien. Viele stammten nicht aus Braunschweig, sondern seien aus dem Umland angereist.¹⁵² Auch wenn die Polizei in ihrer Einordnung umschwenkte, ersetzte sie in ihrer Erklärung eine Abgrenzungsfolie (Bürgerliche statt Rechtsradikale) durch eine andere: Denn nun wurden die bei BRAGIDA aufmarschierenden Rechtsradikalen von der Braunschweiger Gesellschaft getrennt, da sie von *außerhalb* zugereist seien – ein Muster, das uns in verschiedenen Formen mehrmals begegnet ist.

146 Dass Polizei und Lokalpolitik als »definitionsmächtige Sprecher« in den Lokalmedien auftreten, darauf haben bereits hingewiesen Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten S. 41.

147 Zit. nach Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

148 Richter: Zweiter Anlauf der Pegida.

149 Ebd.

150 Siehe Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

151 Richter: Zweiter Anlauf der Pegida.

152 Siehe Noske/Richter: In Braunschweig ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit.

Das Ringen um Zuschreibungen hielt an: Nach der zweiten Veranstaltung griff die BZ das von der Polizei geprägte »Mitte-Label« kritisch auf: »Vor der Bibliothek formierte sich derweil unter der Fahne der ›Bragida‹ die vermeintliche ›Bürgerliche Mitte‹, die jedoch überwiegend aus jungen Männer um die 20 bestand, auffällig einheitlich und auffällig dunkel gekleidet.«¹⁵³ Doch trotz der anfänglichen Fehleinschätzung der Polizei bezog sich die BZ im Laufe ihrer Februarberichterstattung dennoch meistens auf deren Zuschreibungen, die nun stets benannten, wie viele Demonstranten als rechtsradikal bekannt und von wo diese angereist seien¹⁵⁴ – »man kennt seine Pappenheimer«¹⁵⁵. Freimütig räumte die Polizei ein, dass sie anfangs die Zahl der Rechtsradikalen unterschätzt habe, BRAGIDA im Gegensatz zu anderen GIDAs »von einer geringeren Beteiligung aus dem bürgerlichen Spektrum«¹⁵⁶ geprägt gewesen sei. Und noch ein weiteres Mal geriet die Polizei mit einem Irrtum in die Schlagzeilen: Polizisten hatten behauptet, Christina Müller mit einschlägig bekannten Rechtsradikalen gesehen zu haben,¹⁵⁷ mussten diese Behauptung aber später öffentlich korrigieren und sich bei Müller entschuldigen.¹⁵⁸ Die Glaubwürdigkeit der Polizei hat dies jedoch nicht erkennbar geschmälert.

PEGIDA als Deutungsschablone anzulegen, ist vor allem für Politiker naheliegend, von denen rasche Einordnungen und größere Kontextualisierungen erwartet werden. Diese Sprache sprach auch eine vom Niedersächsischen Landtag in Reaktion auf den Anschlag auf Charlie Hebdo im Januar 2015 verabschiedete Resolution, deren Proklamation des Eintretens für Toleranz und Meinungsfreiheit BRAGIDA direkt in den Kontext von PEGIDA stellte.¹⁵⁹ Erstaunlich früh legte sich Ministerpräsident Stephan Weil in seiner dazugehörigen Regierungserklärung auf eine Einordnung fest, indem er die niedersächsischen GIDAs als klar von rechtsradikalen Akteuren durchsetzt bezeichnete.¹⁶⁰ Braunschweigs SPD-Oberbürgermeister Markurth, der sich anfangs mit einer Stellungnahme sehr bedeckt gehalten hatte,

153 Richter/Fiene/Engel: Diesmal deutlich weniger Demonstranten.

154 Dartsch, Katja/Stachura, Jörn: »Bragida« macht keine Pause, in: Braunschweiger Zeitung, 04.02.2015.

155 Zit. nach Stachura, Jörn: »Meine Frau hat immer Angst um mich«, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

156 Zit. nach Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: Polizeipräsident räumt ein: Es waren 8000 Demonstranten, in: Braunschweiger Zeitung, 22.01.2015.

157 Siehe Fiene, Jörg: Rechtsstreit zur Demo droht, in: Braunschweiger Zeitung, 27.02.2015.

158 Siehe Polizei Braunschweig: Polizei korrigiert Darstellung – Sprecherin der Bragida war nicht am Bahnhof, 02.03.2015, URL: <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/11554/2962372> [eingesehen am 13.03.2019].

159 Siehe Niedersächsischer Landtag: Stenografischer Bericht, 54. Sitzung, Hannover, den 20. Januar 2015 – Drs. 17/2765, darin: »Nous sommes Charlie« – Gegen den Hass – Ein Zeichen für Meinungsfreiheit und Toleranz. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion des SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP – Drs. 17/2765, hier S. 5063-5064.

160 Siehe ebd., hier S. 5044.

äußerte in ähnlicher Stoßrichtung im Februar, BRAGIDA biete nur noch eine Hülle für Rechtsradikale aus ganz Norddeutschland.¹⁶¹ Verständnis für Sorgen »um die Errungenschaft unserer säkularen Gesellschaft«, die durch islamistische Anschläge geschürt wurden, äußerte die SPD-Landtagsabgeordnete Johanne Modder. Man müsse genau beobachten, wie sich PEGIDA entwickle, jedoch:

»Über Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und gesellschaftliche Ausgrenzung anderer gibt es keine Debatte. [...] Wer die Pegida-Demonstrationen beobachtet, sieht, dass sich diese Ideologie dort ausbreitet, dass Rechtsextremisten diese Veranstaltungen für sich nutzen, dass Hass formuliert und skandiert wird. [...]. Damit kein Missverständnis entsteht: Meine Fraktion und ich sind weit davon entfernt, jeden Teilnehmer, jede Teilnehmerin in die rechtsextremistische Ecke zu stellen. Viele Menschen artikulieren auf diesem Weg ihre Sorgen und Nöte, Unmut über die politischen Institutionen, Parteien, Politiker und politischen Prozesse«,

diese Sorgen müsse man »ernst nehmen und sie wirklich als Warnsignale verstehen.«¹⁶²

Zwischen den Parteien konkurrierten unterschiedliche Auffassungen, wie mit politischen Phänomenen wie BRAGIDA umzugehen sei. Björn Thümler, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Niedersächsischen Landtag, machte deutlich, dass man zwar nicht bei PEGIDA, »oder wie auch immer sie heißen«, mitlaufen solle; man könne aber auch »die Probleme und Sorgen einiger, vielleicht auch vieler Leute, die bei PEGIDA und Co. mitmarschieren, nicht einfach ignorieren oder sie pauschal als islamfeindlich oder rechtsradikal stigmatisieren«.¹⁶³ In der Wahrnehmung von Christian Dürr (FDP) stehe PEGIDA zwar nicht für ein »weltoffenes und tolerantes Land«; doch die Botschaft derer, »die für Weltoffenheit und Toleranz eintreten, ist doch viel stärker, wenn wir auch für die Meinungsfreiheit derjenigen eintreten, deren Meinung wir ausdrücklich nicht teilen«.¹⁶⁴ Für die Grünen-Abgeordnete Anja Piel gehe es bei BRAGIDA um »Abgrenzung und Abschottung«, um die »Angst vor dem scheinbar Fremden«, »die Ablehnung von Vielfalt und Freiheit überhaupt«.¹⁶⁵ Ihre Partei hatte sich im Landtag ohnehin verstärkt BRAGIDA angenommen und Anfragen zur Verandelung mit AfD und NPD gestellt,¹⁶⁶ allerdings mit geringem

161 Siehe Richter, Ann Claire: Kommt ein Demo-Verbot für Bragida?, in: Braunschweiger Zeitung, 25.02.2015.

162 Niedersächsischer Landtag: Stenografischer Bericht, 54. Sitzung, Hannover, den 20. Januar 2015, darin: Replik von Johanne Modder, S. 5054-5057, hier S. 5057.

163 Ebd., Replik von Björn Thümler, S. 5048-5054, hier S. 5051.

164 Ebd., Replik von Christian Dürr, S. 5057-5060, hier S. 5059.

165 Ebd., Replik von Anja Piel, S. 5060-5063, hier S. 5061.

166 Niedersächsischer Landtag: Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages, Hannover, den 04.11.2015, darin: Verbindungen von Nazis und AfD in Niedersachsen? Kleine Anfrage der Abgeordneten Helge Limburg, Filiz Polat, Meta Janssen-Kucz und Julia Willie Hamburg (Grüne), Drs. 17/4530, S. 4.

Erfolg. BRAGIDA sei weder »Beobachtungsobjekt oder Verdachtsfall der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde. Die Aktivitäten werden lediglich im Hinblick auf eine mögliche steuernde Einflussnahme von Rechtsextremisten auf diese Aktionsformen betrachtet.«¹⁶⁷

Abgeordnete der Braunschweiger Grünen nahmen mehrfach an Gegenprotesten teil und verwendeten die Bezeichnung »Bragida« und »Pegida« fast konsequent synonym. Allerdings entstand der Eindruck, dass dies Ende 2015 auch dem Zweck diene, den Gegenprotest durch eine Aufwertung der Größenordnung des Phänomens am Leben zu halten.¹⁶⁸ Auch wenn die Grünen fanden, es sei Aufgabe der Politik, Menschen zuzuhören,¹⁶⁹ sprachen ihre Aktionen doch eine andere Sprache: Beim Gegenprotest wurden in einer medikamentenähnlichen Verpackung Gummibärchen verteilt – »die Wirkstoffe: Multikultin und Toleranzol« in »Pegidatox akut«, ein rezeptfreies Breitbandpräparat gegen Fremdenangst, auch »wirksam bei der lokalen Virenmutation Bragida«.¹⁷⁰ Auch die kommunalpolitisch aktive Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) trennte nicht zwischen BRAGIDA und PEGIDA. Es sei »nachgewiesen, dass die Bragida, die sich sehr gerne unter dem Deckmäntelchen der »besorgten Bürger« präsentiert, stark durch rechtsextreme Elemente geprägt ist. Es ist auch klar, dass Pegida/Bragida durch die Art ihrer Diktion den Boden für fremdenfeindliche Gewalttaten vor allem gegen Flüchtlinge in Deutschland bereitet.«¹⁷¹ Ein Stadtratsmitglied der LINKEN betonte im März 2015 kurz und bündig: »Die Bragida ist nicht das Volk, war es nie und wird es in Braunschweig auch nie.«¹⁷²

Gebündelt zeigt sich: Einzelne Akteure gelangten in Bezug auf BRAGIDA rasch zu einer Einordnung, die zwar wenig Raum für Differenzierung ließ, die eigene Gruppe jedoch zusammenschloss. Durch die konkurrierenden Etikettierungen

167 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Beantwortung der Mündlichen Anfrage der Grünen zu Verbindungen von Rechtsradikalen und AfD in Niedersachsen, 13.11.2015, URL: https://www.mi.niedersachsen.de/aktuelles/presse_informationen/beantwortung-der-muendl-anfrage-der-gruenen-zu-verbindungen-von-rechtsradikalen-und-afd-in-niedersachsen--138656.html [eingesehen am 13.03.2019].

168 Siehe Grüne Braunschweig: 9. November – Erinnern, Gedenken, Handeln!, 11.11.2015, URL: <http://gruene-braunschweig.de/9-november-zurueckblicken-und-wachsam-in-der-gegenwart/> [eingesehen am 13.03.2019].

169 Siehe Grüne Braunschweig: Rede von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić zu »Bragida« in Braunschweig, 04.02.2015, URL: <http://gruene-braunschweig.de/zum-nachlesen-rede-von-gabriele-heinen-kljajic/> [eingesehen am 13.03.2019].

170 Zit. nach Richter, Ann Claire: Rezeptfrei, in: Braunschweiger Zeitung, 04.03.2015.

171 Zit. nach Braumann, Robert: Hetze und Gewalttaten steigen – was sagen die Fraktionen?, in: regionalBraunschweig.de, 01.12.2015, URL: <https://regionalbraunschweig.de/hetze-und-gewalttaten-steigen-was-sagen-die-fraktionen/> [eingesehen am 13.03.2019].

172 Zit. nach Stachura, Jörn: Am Hauptbahnhof blieb alles ruhig, in: Braunschweiger Zeitung, 03.03.2015.

kam es zu einem Deutungsstreit, der die mediale Präsenz des Themas verstärkte und in dem um öffentliche Sprecherpositionen gerungen wurde. Für mögliche Veränderungen in der Wahrnehmung BRAGIDAS im Zeitverlauf war wenig Raum, die Meinungen standen fest, die Notwendigkeit, BRAGIDA weiter über das rahmende daueraktuelle Phänomen PEGIDA zu deuten, verstärkte sich zunehmend – wertete es den eigenen Gegenprotest doch stetig auf. Eingespielte Muster, mediale Konjunkturen und die politische Nachfrage nach klaren Zuschreibungen waren letztlich ausschlaggebend und deutlich wirksamer als spezifische, lokalkulturelle Deutungsversuche, die über regionale Besonderheiten versucht hätten, sich dem Phänomen anzunähern.

Die Gleichsetzung von BRAGIDA mit PEGIDA nicht nur in der anfänglichen Phase der Deutungsunsicherheit, sondern auch später zeigt also, dass der Deutungsraum, in welchem die regionalen Besonderheiten BRAGIDAS hätten wahrgenommen werden können, schmal war und unausgefüllt blieb. Die Akteure mit der größten Deutungshoheit, vor allem die (lokale) Presse, die dort sehr präsenten Organisatoren des Gegenprotestes, aber auch in vielleicht überraschender Eklatanz die Polizei, hatten an einer lokalen Perspektive anscheinend kein Interesse. Die wechselseitige Bezugnahme innerhalb eines solchen Angebot-Nachfrage-Zyklus gehört im politischen Betrieb zwar zum Alltag, strukturiert die Wahrnehmung politischer Phänomene und war damit keine Braunschweiger Besonderheit. Allerdings präformiert ebenjenes Wechselverhältnis auch die jeweiligen Umfangsformen der Akteure entscheidend mit.

5.4 Der Umgang mit BRAGIDA

Zwischen Abgrenzung und Restriktion

Der Umgang, den die Akteure mit BRAGIDA fanden, erstreckte sich über eine große Bandbreite von klar abgrenzend-bekämpfend bis zur Akzeptanz bzw. möglicherweise (impliziten) Ermutigung BRAGIDAS.¹⁷³ Das sichtbarste Zeichen der Abgrenzung¹⁷⁴ im öffentlichen Raum wurde durch den Gegenprotest gesetzt. Dieser trug

173 Wie Krappidel in ihrer Dissertation deutlich macht, erscheint eine Einteilung in bipolare Verhaltenspaare nicht sinnvoll, da Verhalten auch ambivalent sein kann oder Gegensatzpaare überhaupt nicht in Erscheinung treten; vgl. Krappidel: Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker, S. 82.

174 Warum PEGIDA nicht durch Abgrenzung bekämpft werden könne, dazu vgl. Heim, Tino: Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen, in: Ders. (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017, S. 341-444, hier S. 341ff.

durchaus kompetitive Züge, nicht nur im gegenseitigen Übertrumpfen der Teilnehmerzahlen: Teilweise entstand der Eindruck, man befände sich in einem Wettstreit mit anderen Städten, wer das stärkste Zeichen setze.

Für das eigene Selbstverständnis war der bereits erwähnte Protest von 2011 ein wichtiger Bezugspunkt: Dieser Mythos stabilisierte nach innen und schuf ein sinngebendes Referenzsystem, was zum gemeinsamen Kampf ermutigte. Der Umgang mit BRAGIDA war für die Protestorganisatoren also ein aus historischen Erfahrungen gelernter; der Rekurs auf vergangene selbsterklärte Erfolge verlieh der Bewegung Schlagkraft und den Glauben an die eigene Wirksamkeit. Die *Erzählung* ist hier von funktioneller Bedeutung, nicht das eigentliche, vergangene Protestgeschehen. Gemäß diesem Selbstverständnis war Protest für einen Aktiven aus dem BgR nicht nur ein geeignetes Mittel, um die Stadt »nazifrei« zu halten, sondern er schätzte die eigenen Einflussmöglichkeiten ganz konkret (in Bezug auf den Erfolg des Protestes gegen rechts) und auch abstrakt (in Bezug auf das Potenzial, gesellschaftspolitische Veränderungen herbeizuführen) optimistisch ein. Für ihn sei es – dieser Typus wurde in der NoPegida-Forschung bereits identifiziert¹⁷⁵ – eine Bürgerpflicht, sich in die Gesellschaft einzubringen, und das erwartete er auch von anderen. »Und wenn das ein Schrebergarten ist oder bei der freiwilligen Feuerwehr, das gehört mit dazu, dass man sich am Leben beteiligt« (I18). Die Grünen des Kreisverbandes Braunschweig schlossen sich dem Narrativ artikulationsstark an, dass der Protest der engagierten Zivilgesellschaft verhindert habe, dass »rechtsextreme Bewegungen in unserer Stadt Fuß fassen konnten. Das gilt auch für den kümmerlichen Haufen versprengter Anhänger/innen von »Pegida«/»Bragida!«¹⁷⁶ Sie sahen PEGIDA als konkreten Anlass, eine »Gegenöffentlichkeit«¹⁷⁷ organisieren zu müssen. Länger als andere Parteien – mindestens bis zum August 2015 – unterstützte die SPD in Braunschweig den Gegenprotest aktiv, vor allem die Jusos, die »zivilen Protest für das beste Mittel [halten] sich Bragida in den Weg zu stellen«, damit diese nicht zu einer »legitimierten politischen Gruppe« und »Rassismus »normal« im Braunschweiger Straßenbild« werden würde.¹⁷⁸

Um zu erfahren, wie sich Akteure eines Lokalraums einem rechtsradikalen Phänomen gegenüber positionieren, ist im vorliegenden Fall zunächst ihr Blick auf die Beurteilung der die BRAGIDA offenkundig bekämpfenden Akteure aufschlussreich – lässt eine sympathisierende oder skeptische Haltung zum Gegenprotest

175 Siehe Marg, Stine u.a.: NoPegida. Die helle Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2016, S. 142ff.

176 Grüne Braunschweig: Gegen rechte Hetze und Gewalt!, 27.11.2015, URL: <http://gruene-braunschweig.de/9740-2/> [eingesehen am 25.03.2019].

177 Grüne Braunschweig: Rede von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić zu »Bragida« in Braunschweig.

178 SPD Braunschweig: #nobragida – Wehret den Anfängen!, 03.08.2015, URL: <https://www.spd-braunschweig.de/2015/08/03/nobragida-wehret-den-anfaengen/> [eingesehen am 25.03.2019].

doch schon erste Rückschlüsse auf die Positionierung gegenüber BRAGIDA zu. Gemäß den benannten Ressourcen (starke und frühzeitige Mobilisierung, Aktualisierung des mythischen Bezugspunkts, Schulterschluss mit konservativeren Kräften) war die Wahrnehmung der eigenen Wirksamkeit des Gegenprotestes entsprechend selbstbewusst und wurde von der BZ multipliziert, die den ersten Demonstrationstag als vollen Erfolg feierte: »Pegida-Protest – Eine Stadt macht klar, was ihr wichtig ist«¹⁷⁹. Die eindeutigen Größenverhältnisse hätten gezeigt: »Pegida hat hier keine Chance.« Die Gegendemonstration mit 10.000 Teilnehmern wurde als »sensationell« eingestuft, die Rede von Markurth als »engagiert« und »kämpferisch«; ubiquitär wurden zahlreiche emotionalisierende Adjektive verwendet. Die Stimmung sei eine »lebhaft, friedliche, fast aufgekratzt« gewesen. Die Kulturschaffenden hätten einen »eindrucksvolle[n] Beweis« geliefert, »dass Vielfalt in unserer Gesellschaft längst zu Hause ist«.¹⁸⁰ Mit einem kräftigen Schuss Pathos wurde der Gottesdienst im Dom als Zeichen der Geschlossenheit der Stadtgesellschaft für Frieden und Toleranz gewertet. Der Auftritt des Präsidenten der Technischen Universität Braunschweig, der sich als Wissenschaftler für die »Vielfalt der Perspektiven«¹⁸¹ aussprach, wurde von der BZ ebenfalls sehr honoriert; denn wenn der »allseits geachtete« Präsident der Menge zurief, dass die »Weltoffenheit dieser Region für unser aller Wohlergehen« wichtig sei, dann werde aus der Gegendemonstration eine »Artikulation der Zukunftsfähigkeit. Und das ist noch wertvoller als die unterschiedene Widerrede zu einer vergleichsweise kleinen Gruppe, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit gleich nebenan genoss.«¹⁸²

Der zumindest anfänglich große Zuspruch mag die Eigenwahrnehmung der Protestorganisatoren als Gralhüter demokratischer Werte unterfüttert haben. Gleichzeitig muss betont werden, dass der Protest – anders als in anderen Städten – gewissermaßen unter »Erfolgsdruck« stand, war er doch anfangs mit enormen Ressourcen ausgestattet, die eine Erwartungshaltung weckten. Auch, um sich diesem Druck etwas zu entziehen, kündigte das BgR vor dem zweiten Demonstrationstag an, man werde nun »alles sicher eine Nummer kleiner als am vorigen Montag«¹⁸³ gestalten; die BZ versuchte indes, BRAGIDA im Gespräch zu halten: Im Fragebogenformat gab sie Antworten auf die aus ihrer Sicht wichtigsten Fragen, die auf einen gewissen »Passiert-wieder-was-Schlimmes-Voyeurismus« schließen lassen. Zentral ist dabei die Frage: Wird es friedlich bleiben? Ja, wenn die Polizei

179 Hier und im Folgenden Noske, Henning/Richter, Ann Claire: Pegida-Protest – Eine Stadt macht klar, was ihr wichtig ist, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

180 O.V.: »Wir sind gegen Bragida« – Kultur aus aller Welt bei der Gegendemonstration, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

181 O.V.: »Muslime werden zu Sündenböcken«, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

182 Maus, Armin: Der Kampf um jeden Einzelnen, in: Braunschweiger Zeitung, 23.01.2015.

183 Hier und folgend o.V.: Was man vor dem zweiten Protest-Montag wissen muss, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

ihre Lektion gelernt habe und »die auswärtigen Krawallmacher« unter Kontrolle halten könne. Letztlich komme es aber auf »extreme Ausleger« beider Seiten an.

Die bereits hier auftauchende Frage: »Wie lange noch das Ganze?«, blieb unbeantwortet. Obwohl der Protest auch bei der zweiten Demonstration ressourcenstark auftrat, fiel die Nachberichterstattung schon schmaler als in der Vorwoche aus – bereits die Überschrift enthielt die wichtigsten Informationen: Es seien deutlich weniger Gegendemonstranten gewesen und alles sei friedlich geblieben. Dennoch wurde (nach wie vor) der Gegenprotest als Erfolgsgeschichte der gesamten Stadt weitergesponnen, denn: »Braunschweig trotzte dem Nieselregen und der Kälte und stand am Montagabend ein zweites Mal gegen die islamkritische Pegida auf.«¹⁸⁴ Das Engagement fand die Anerkennung des Ministerpräsidenten Weil, der in seiner Regierungserklärung den »mich tief beeindruckenden« Gegenprotest in Niedersachsen lobte, dessen Zahlen er – wohl um den Schulterschluss gegen Fremdenfeindlichkeit zu betonen – maßlos übertrieb.

»Ich bin sehr froh darüber, dass diese Haltung auf den großen Demonstrationen der vergangenen Tage in so eindrucksvoller Weise zum Ausdruck gekommen ist. Wir haben uns bei diesen Bürgerinnen und Bürgern dafür zu bedanken, mit welcher Entschiedenheit sie für ihren Staat auf die Straße gehen.«

Auch Weil überhöhte den Gegenprotest, der »buchstäblich ein Querschnitt der Bevölkerung«¹⁸⁵ sei. Ebenso fand Anja Piel (Grüne), dass die »breite gesellschaftliche Basis« des Gegenprotestes Mut mache.¹⁸⁶ Johanne Modder (SPD), die selbst am Gegenprotest in Hannover teilgenommen hatte, urteilte differenzierter:

»Die sogenannten Pegida-Demonstrationen beschäftigen uns seit Wochen. Zuerst hat man diese nicht wirklich wahrgenommen. Dann war man über den Zulauf und die Dynamik irritiert, vielleicht auch etwas erschreckt. Vielleicht hat es deshalb bis zum Anfang des Jahres gedauert, eine Antwort der Zivilgesellschaft zu geben. Ich freue mich, dass in den letzten Tagen [...] auch in unserem Land, über 100 000 Menschen für eine offene und tolerante Gesellschaft demonstriert haben.«¹⁸⁷

Der Gegenprotest erhielt allerdings keine uneingeschränkt positive Resonanz, vor allem nicht im Zeitverlauf: Nach fast zweijähriger Präsenz von BRAGIDA äußerte ein Polizeieinsatzleiter, »was einige Außenstehende vielleicht auch denken: ›Wenn eine der beiden Seiten nicht da wäre, würde vermutlich die Versammlung nicht

184 Richter/Fiene/Engel: Diesmal deutlich weniger Demonstranten.

185 Niedersächsischer Landtag: Stenografischer Bericht, 54. Sitzung, Hannover, den 20. Januar 2015, S. 5043.

186 Ebd.: Replik von Anja Piel, S. 5061.

187 Ebd.: Replik von Johanne Modder, S. 5054.

mehr stattfinden, würde auch die andere Versammlung nicht mehr stattfinden.«¹⁸⁸ Und natürlich: Der Gegenprotest brauchte für seine Selbstdefinition den äußeren Feind, der sich eindeutig markieren ließ. Gerade weil den Initiatoren des Protestes klar war, dass man ihn nicht mit gleichbleibendem Aufwand stetig aufrecht würde erhalten können, organisierte man – als auch BRAGIDA zahlenmäßig kleiner wurde – ab Sommer 2015 keine regelmäßigen Kundgebungen mehr.

Interessanterweise wurde der Protest gegen BRAGIDA zu einer ähnlichen Erfolgsgeschichte und zu einem Bezugspunkt verdichtet wie der Protest von 2011, der noch den Widerstand gegen BRAGIDA als Erzählung beflügelte hatte. Im August 2018, kurz nach den rechtsradikalen Demonstrationen in Chemnitz, ließen sich in Braunschweig »in nur zwei Tagen« etwa 1.500 Menschen »zum Protest gegen Rassismus, Nazis und rechte Hetze« mobilisieren. Ein ver.di-Sprecher erinnerte daran,

»wie die Braunschweiger erfolgreich die rechtsextreme Möchtegern-Bewegung BRAGIDA weg demonstriert hat [sic!]: ›Was in Braunschweig geklappt hat, muss auch in Chemnitz und Dresden der Normalfall werden.« [...] Heute habe die Zivilgesellschaft gezeigt, dass sie da ist, dass sie wachsam ist und dass sie sich zu wehren versteht.«¹⁸⁹

Erneut wurde Braunschweig zum Vorbild stilisiert, dessen Normalität stets »nazi-frei« gehalten werde – unter Beteiligung der gesamten Zivilgesellschaft. Man war sich sicher: Der Gegenprotest habe »sehr viel bewegt in Braunschweig. Auch im Bürgertum. [...] viele Staatstheaterbesucher, die wissen gar nicht, dass es Nazis gibt in Braunschweig. Und jetzt wissen sie es« (I18).

Hieran wird deutlich: Wer in Braunschweig mobilisieren will, muss den Staatstheaterbesucher erreichen, auf dass dieser sich am Gegenprotest beteiligt – allerdings meistens nur an der ersten Großkundgebung, in der sich die einmalige Aktivierbarkeit durchaus breiterer gesellschaftlicher Schichten verdichtet in einem für Straßenproteste typischen Moment, in dem ein »Zeichen gesetzt« wird und der einem kontinuierlichen Protest Vorschub leistet, Legitimation verleiht und ihn natürlich auch mit Ressourcen ausstattet. Für das Gros der Demonstrierenden am ersten Demo-Montag galt: Sie trieb mehr das Bedürfnis an, »Flagge zu zeigen«, als ein gefestigtes Selbstverständnis als Stadt ohne »Nazis«; etliche seien nicht unbedingt politisch interessiert, wie ein Journalist im Gespräch meinte, »sondern man merkte, das ist auch ein bisschen schick da mitzumischen«. Dennoch hätten die

188 Zit. nach Gorille, Claudia: Bragida-Bewegung – Die Wutbürger von Braunschweig, in: Deutschlandfunk Kultur, 24.10.2016.

189 Zit. nach o.V.: Nach Chemnitz: Anti-Rechts-Demo in Braunschweig, in: regionalBraunschweig.de, 31.08.2018, URL: <https://regionalbraunschweig.de/nach-chemnitz-demo-in-braunschweig/> [eingesehen am 13.03.2019].

»tragenden Säulen dieser Stadtgesellschaft [...] gesagt: Mit uns nicht. Das fand ich, das war ja eine ganz klare Aussage.« Anfangs habe es sogar Listen gegeben, die Einzelpersonen die Möglichkeit gegeben hätten, zu zeigen: »Ich bin dagegen«, die Menschen »haben gerne da auch Haltung bewiesen« (I16).

Die wirksamsten Zeichen werden stets symbolisch gesetzt: Die Stadt, die – wie noch gezeigt wird – bemüht war, sich tendenziell, aber nicht prinzipiell neutral zu verhalten, schaltete am ersten Demo-Montag die Scheinwerfer, die normalerweise Schlossfassade und Reiterstandbild anstrahlen, aus – eine Geste, die auch das Staatstheater übernahm¹⁹⁰. Auch noch im Februar 2015, als die meisten BRAGIDA bereits als »nervig«, als »Affentheater«, empfanden, setzte das Theater ein Zeichen, indem es das Stück »Frau Müller muss weg« »eisern« auf dem Spielplan stehenließ – »ein echtes Statement«¹⁹¹ der Selbstvergewisserung der liberalen Bürgerschaft und der Kulturschaffenden, die in Bezug auf Bragida oftmals als hochkulturelle, »bürgerliche Seite« des Protestes ausgestellt wurden.¹⁹² Vor allem Singen erschien als probates Mittel: Bei den Demonstrationen ertönte mehrfach das beliebte Protestlied »We shall overcome« oder auch »Shalom aleichem«. In Braunschweig hatten (ebenso wie in Mainz) außerdem Ensemblemitglieder »Ode an die Freude« samt der Zeile »Alle Menschen werden Brüder« so laut gesungen, dass Kundgebungen der BRAGIDA bzw. AfD gestört wurden.¹⁹³ Diese Unterstützung beurteilte das BgR als »wirklich etwas Neues, dass sich so viele Bereiche von sich aus gemeldet haben und sich engagieren wollten. Das hat auch den Charakter der Proteste verändert« (I17).

Jenseits des Protestes und der symbolischen Positionierung gegen BRAGIDA hatte es in Braunschweig auch schon zuvor Initiativen gegen Rechtsradikalismus gegeben. Eine Durchsicht der Rats- und Ausschussprotokolle der Stadt Braunschweig zeigt bei einer systematischen Suche nach »Rechtsextremismus« zwischen 2008 und 2010 allerdings lediglich drei Treffer¹⁹⁴, sodass man nicht von einer gro-

190 Siehe Noske/Richter: Pegida-Protest.

191 Haberstrumpf, Sibylle: Lieber ins Theater als zu Bragida!, in: Braunschweiger Zeitung, 12.03.2015.

192 Siehe Haberstrumpf, Sibylle: Demokratie leben!, in: Braunschweiger Zeitung, 23.03.2015. Auch über die ersten Gegendemonstrationen hinaus blieb BRAGIDA in der Kulturszene Thema. Allerdings nicht nur über die offensive, eigene Position des Gegenprotestes, sondern auch indem man anmahnte, BRAGIDA gelinge es, Themen zu setzen und ein Klima der Intoleranz zu schaffen; vgl. bspw. das Programmheft des CSD Braunschweigs 2015, URL: https://csd-bs.de/downloads/solo15_programmheft.pdf [eingesehen am 25.03.2019].

193 Siehe Dartsch, Katja/Richter, Ann Claire: Sitzblockade stoppt Aufmarsch, in: Braunschweiger Zeitung, 20.04.2015. Vom Staatstheater-Balkon wird gesungen »Alle Menschen werden Brüder«, vgl. dazu auch Böhm, Roland: Kann denn Singen Sünde sein?, in: Frankfurter Neue Presse, 11.12.2015.

194 Die Angabe der Suchergebnisse bezieht sich auf die online einsehbaren Protokolle bzw. die Aspekte, die jeweils im öffentlichen Teil der Sitzungen verhandelt wurden.

ßen Präsenz des Themas in den städtischen Gremien ausgehen kann. Man sprach aber im Rahmen der Demokratieförderung insbesondere über den Lokalen Aktionsplan (LAP), wenige Monate, bevor BRAGIDA erstmals auf den Braunschweiger Straßen auftauchte; solche Aktionspläne gab es auch in anderen Städten, um – so konstatiert zumindest der Politikwissenschaftler Dierk Borstel – die Aktionsräume der Rechten zu begrenzen.¹⁹⁵

Der Braunschweiger LAP entstand nicht im luftleeren Raum: Bereits im Rahmen des von 2007 bis 2010 geförderten Bundesprogramms »Vielfalt tut gut« waren mehr als siebzig Projekte durchgeführt worden; der LAP wurde dann im Nachfolgeprogramm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« als »Partnerschaft für Demokratie« fortgesetzt – ein »öffentliches Zeichen« der Stadt für ihr Engagement.¹⁹⁶ Diese Form des städtischen Engagements wurde allerdings 2016 auf den Prüfstand gestellt, da nun die neu in den Stadtrat gewählte AfD Teil der Stadtpolitik war. Sie fragte nach, »inwieweit die Förderung [der »Demokratie-leben«-Projekte, Anm. d. V.] mittels dauerhaften Zuschusses wirtschaftlich vertretbar ist«, und bat um Auskunft, »welche Projekte gefördert werden, von welchen Trägern«, und ob auch Parteien gefördert würden, die »sich gegen demokratiegefährdende Entwicklungen stellen und Demokratie stärken«.¹⁹⁷ Im Mai 2017 wurde den skeptischen Anfragen zum Trotz die lokale »Partnerschaft für Demokratie« als Vorhaben bezeichnet, »das von Bedeutung ist, um demokratiegefährdenden Entwicklungen in Braunschweig entgegenzuwirken. Angesichts zunehmender rechtsextremistischer Umtriebe, diskriminierenden Äußerungen und menschenverachtenden Einstellungen ist das Programm ein wichtiges Signal.«¹⁹⁸ Kurzum: Über »Demokratie leben!« (laut Markurth »ein Wahnsinns-glücksfall!«¹⁹⁹) wurde in den Ausschüssen kontinuierlich berichtet, auch eine kommunale Integrationsplanung der Stadt Braunschweig wurde 2018 umgesetzt, die Bezug auf Rechtsextremismus nahm.²⁰⁰

195 Siehe Borstel/Luzar/Sundemeyer: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund, S. 6.

196 Rat der Stadt Braunschweig, Ratssitzung vom 24.06.2015. Bundesprogramm Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit – Sachstand Juni 2015.

197 Rat der Stadt Braunschweig, Ratssitzung vom 13.02.2017, Anlage zur Beschlussvorlage 17-03767. Beantwortung der Anfrage zum Haushalt 2017 Nr. 16-03352 der AfD 1.31.3517.20 Förderung der Integration vom 1.12.2016.

198 Ausschuss für Integrationsfragen, 10.05.2017: Bundesprogramm Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit – Sachstand April 2017.

199 Zit. nach Haberstrumpf: Demokratie leben!.

200 Siehe Ausschuss für Soziales und Gesundheit, 02.08.2018: Status Quo Bericht zum Stand der Umsetzung der kommunalen Integrationsplanung der Stadt Braunschweig, S. 86ff.

Eine Besonderheit im Engagement gegen BRAGIDA war der Betriebsrat des VW-Konzerns, der offensiv für den Zusammenschluss mit dem BgR geworben hatte.²⁰¹ Aufgrund dieser klaren Positionierung – die in Dresden oder anderswo ausblieb – prangerte BRAGIDA eine vermeintliche »Gesinnungsdiktatur« an, da der Konzern Mitarbeiter unter Druck setze, wenn diese sich PEGIDA anschließen.²⁰² Auch Eintracht Braunschweig war nicht nur ein Faktor für die »Patriotischen Europäer«, sondern auch innerhalb des Gegenprotestes. Selbst der Vizepräsident sprach dort, weil es ihm »ein Bedürfnis« gewesen sei, »auch als Vertreter des Sports unseren Beitrag zu leisten«²⁰³, doch »auch als Bürger [sei es] ein ganz persönliches Anliegen heute Rassismus und Fremdenfeindlichkeit die Rote Karte zu zeigen«.²⁰⁴ Er sprach jedoch relativierend von einer »kleinen Gruppe« innerhalb der Fanszene, »die anfällig sei für »ausländerfeindliche Denk- und Handlungsmuster« – und die bei BRAGIDA mitlaufe. Zu erreichen, dass diese »zumindest gesprächsbereit und ausländerfreundlich« würde, sei das erklärte Ziel.²⁰⁵ Ähnliche Werte stellte VW öffentlichkeitswirksam in den Vordergrund: Man stehe in der Pflicht, bereits in den Betrieben »Respekt und Toleranz« zu vermitteln; so müssten die Auszubildenden verpflichtend an einem Courage-Workshop teilnehmen. VWs abgrenzender Umgang mit BRAGIDA wurde von einer selbstkritischen Komponente flankiert: Der

201 Vor allem am 19. April 2015 nutzten die Redner von VW die Bühne, um die Weltoffenheit und Toleranz ihres Unternehmens zu verkünden und für den Sally-Perel-Preis zu werben, der an junge Engagierte vergeben wurde. VW betonte, man brauche alle Nationen, damit das »Exportland Deutschland« weiter erfolgreich sei. Etliche VWler traten auf unterschiedlichen Veranstaltungen als Redner auf, z.B. Auke Tiekstra, Vertrauenskörperleiter bei Volkswagen Salzgitter, Heinrich Betz, Geschäftsführer des Betriebsrats des Werks Braunschweig VW AG, Uwe Fritsch, Vorsitzender des Betriebsrats Werk Braunschweig der Volkswagen AG, und eine Auszubildende aus dem Volkswagenwerk Braunschweig sowie Thorsten Jablonski (Werkleiter Volkswagen Braunschweig) und Mathias Möreke, Stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Werk Braunschweig der Volkswagen AG.

202 Siehe Richter, Ann Claire: Pegida wirft Volkswagen Gesinnungsdiktatur vor, in: Braunschweiger Zeitung, 20.04.2015.

203 Zit. nach Fiene, Jörg: Eintracht-Vize Ottinger spricht bei Gegendemo, in: Braunschweiger Zeitung, 25.01.2015.

204 Zit. nach o.V.: Demoticker, 26.01.2015.

205 Zit. nach Richter/Fiene/Engel: Diesmal deutlich weniger Demonstranten, 27.01.2015; vgl. zur rechten Fanszene in Braunschweig u.a. FanRat Braunschweig e.V.: Richtigstellung: »Daltons Braunschweig« waren nicht an Bragida-Marsch beteiligt, URL: <https://www.fanrat-braunschweig.de/richtigstellung-daltons-braunschweig-waren-nicht-an-bragida-marsch-beteiligt/> [eingesehen am 13.03.2019], NoHogesaMD: #md0904: Über Böcke und Gärtner, 21.02.2016, URL: <https://nohogesamd.wordpress.com/tag/gsd/> [eingesehen am 13.03.2019], Fritsch: In Braunschweig gilt das Faustrecht, 24.10.2013, Posting der Facebook-Seite »FanRat Braunschweig e.V.« vom 31.03.2018, URL: <https://www.facebook.com/fanrat.braunschweig/posts/1375407769272287> [eingesehen am 13.03.2019].

VW-Betriebsrat gestaltete im April 2015 anlässlich Bachmanns Besuch bei BRAGIDA nicht nur das Programm der Gegendemonstration, sondern betonte auch die besondere Verantwortung, die Braunschweig aufgrund der »Einbürgerung Hitlers« trage. Dieser Rekurs auf Braunschweigs historische Verantwortung ist in der Auseinandersetzung mit BRAGIDA nahezu singulär. Ferner wies der Geschäftsführer des VW-Betriebsrates darauf hin, dass »die Nazis [...] seit vielen Jahren [versuchen,] in Braunschweig Fuß zu fassen, beispielsweise Jugendfeuerwehren und Sportvereine zu unterwandern. Da ihnen das aber nicht gelingt, versuchen sie es nun über die Bragida«. Deswegen forderte er die Zivilgesellschaft auf, sich entschieden gegen BRAGIDA zu stellen. Seinerseits offerierte der Konzern, sich in problematischen Stadtbezirken wie Kralenriede zu engagieren, um »den Rechtsextremen die Grundlage zu entziehen«²⁰⁶. All dies täuschte jedoch nicht darüber hinweg, dass auch Arbeiter aus dem Braunschweiger Werk bei BRAGIDA mitliefen. Bekannt wurde sogar der Fall, dass ein offenkundiger Neonazi, der auf *Facebook* für den ersten BRAGIDA-Spaziergang geworben habe, bei VW nicht entlassen werden durfte.²⁰⁷ VW warf ihm aufgrund seiner Überzeugungen vor, das Unternehmen habe durch ihn nicht nur einen »beträchtlichen Image-Schaden erlitten. Außerdem sei ein Neonazi als Mitarbeiter – wegen der Rolle des Konzerns im Dritten Reich – nicht hinnehmbar.«²⁰⁸

Partiell zeigte auch die Stadt Braunschweig ein restriktives Vorgehen gegen BRAGIDA, das sie aber einerseits nicht kontinuierlich beibehielt und das andererseits Akteuren des Gegenprotestes sowie einiger Ratsfraktionen (vor allem von der LINKEN, den Grünen und der BIBS) nicht weit genug ging, da es auf einer formalistischen Ebene verharre und den Rahmen des Möglichen nicht ausschöpfe, vielmehr Symbolpolitik sei. Virulent wurde dies Ende Februar 2015, als die »Erkenntnisse der Polizei eindeutig belegten, dass sich dort überwiegend polizeibekannte, gewaltbereite Rechtsextreme aus ganz Norddeutschland versammelten«²⁰⁹. Erst nachdem sich die Polizei dieser bereits zuvor von linken Akteuren geäußerten Einschätzung angeschlossen hatte und bei Demonstrationen Hitlergrüße gezeigt worden waren, kündigte Markurth an, dass »die Stadt gewillt sei, sämtliche Mittel des

206 Zit. nach Richter, Ann Claire: VW-Betriebsrat bietet Bragida die Stirn, in: Braunschweiger Zeitung, 18.04.2015.

207 Siehe Recherche38: »Volkswagen darf mutmaßlichen Neonazi nicht entlassen«, URL: <http://recherche38.info/2018/03/16/bz-volkswagen-darf-mutmasslichen-neonazi-nicht-entlassen/> [eingesehen am 13.03.2019].

208 Zit. nach Rasehorn, Hendrik: Volkswagen darf mutmaßlichen Neonazi nicht entlassen, in: Braunschweiger Zeitung, 16.03.2018. Der Kläger ließ sich vom Düsseldorfer Rechtsanwalt Björn Clemens vertreten, der in der rechtsextremen Szene als Redner und Publizist bekannt sei.

209 Hier und im Folgenden zit. nach Richter, Ann Claire: Stadt prüft Verbot von Bragida-Demos, in: Braunschweiger Zeitung, 25.02.2015.

Rechtsstaats auszuschöpfen, damit Braunschweig nicht allwöchentlich Aufmarschzone für diese Extremen sei. Das Bürgertum der Stadt habe auch ein Recht, sich frei zu bewegen, sagte er im Hinblick auf Straßensperrungen und Verkehrsbehinderungen.« Hier wurden also die Bedürfnisse des Bürgertums ins Feld geführt, keine normative Haltung.

Es zeigt sich bereits die Ambivalenz der Begründung: Es ging darum, »Extremen« allgemein keinen öffentlichen Raum zuzugestehen, damit die Bewegungsfreiheit der »normalen Bürger« nicht beeinträchtigt werde. Nichtsdestotrotz musste BRAGIDA, begründet durch die Sicherheitslage, zunächst am Bahnhof stationäre Kundgebungen abhalten. Markurths Einsatz wurde von der BZ als »emotionale und unmissverständliche Rede« gelobt, auch die Polizei begrüße den Vorstoß; ihr war allerdings am wichtigsten, dass der Veranstalter durchsetze, dass keine verfassungsfeindlichen Symbole gezeigt würden, die das »NS-System verharmlosen oder verherrlichen«.²¹⁰ Dennoch ging sie nicht davon aus, dass sich die Demonstrationen grundsätzlich würden verbieten lassen, obwohl »die überwiegende Zahl der BRAGIDA-Teilnehmer nur nach Braunschweig komme, um rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten«, da keine »konkrete Gefahrenprognose« bestehe, solange sich die BRAGIDA-Organisatoren an die Auflagen hielten. BRAGIDAS rechtliche Schritte unter Zuhilfenahme eines Dresdner PEGIDA-Anwaltes²¹¹ waren indes nicht von Erfolg gekrönt; die Organisatoren beklagten, es handele sich um ein »abgekartetes Spiel«, die Polizei »diffamiere« die Teilnehmer durch falsche Tatsachenbehauptungen; obwohl man Kooperationsbereitschaft gezeigt habe, seien Gründe für eine Verlegung »an den Haaren herbeigezogen«.²¹²

Dass die Stadt langfristig bestrebt war, den zunehmend als lästig empfundenen Protest loszuwerden, zeigen weitere Vorstöße im März und Juli 2015. »Aggressives Verhalten« der BRAGIDA-Teilnehmer, das »in Verbindung mit Gegendemonstrationen nicht zu beherrschen ist, ohne dass die Sicherheit der Teilnehmer und der Polizei gefährdet wird«, gebe erneut Anlass, ein Verbot zu diskutieren, zumal BRAGIDA – und das ist bemerkenswert – kaum einen Ortsbezug aufweise.²¹³ Das restriktive Vorgehen der Stadt wurde vom Verwaltungsgericht gestützt, das mit Blick auf die Verhältnismäßigkeit urteilte, es könne nicht angehen, dass eine kleine Gruppe Woche für Woche den Verkehr lahmlege, sodass 20.000 Braunschweiger darunter zu leiden hätten.²¹⁴ Als im Juli das Gerücht kursierte – durch einen anonymen

210 Hier und im Folgenden zit. nach Richter, Ann Claire: Polizei begrüßt die Haltung Markurths zu Bragida-Demos, in: Braunschweiger Zeitung, 26.02.2015

211 Siehe o.V.: Gegendemo am Montag am Bahnhof, in: Braunschweiger Zeitung, 28.02.2015.

212 Fiene: Rechtsstreit zur Demo droht, 27.02.2015.

213 Siehe Richter, Ann Claire: Verfügung gegen die Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 13.03.2015.

214 Vgl. Stachura, Jörn: Klänge aus dem Orient gegen die Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 17.03.2015.

Brief an die *BZ* lanciert –, die Polizei werde von der Stadt und dem Landesinnenministerium unter Druck gesetzt, die BRAGIDA-Veranstaltungen ganz zu beenden, wurden die Unterstellungen empört zurückgewiesen; immerhin – so wurde nun argumentiert – sei Versammlungsfreiheit ein Grundrecht, auch für BRAGIDA.²¹⁵

Der Brief fiel in eine Zeit, in der sich Beschwerden von Anwohnern und Gewerbetreibenden wegen Einschränkung ihrer Freiheitsrechte häuften. Und sogleich wurde auch die Kritik aus den Reihen des BgR lauter: Der Aufwand sei einerseits nicht gerechtfertigt »für gerade mal noch 29 unverbesserliche rechte ›Wutbürger«; andererseits fürchte man, dass »Bragida eine Art Platzhalter für künftige Neonazi-Demonstrationen in Braunschweig ist«.²¹⁶ Es zeigt sich: Gab es bei BRAGIDA handfeste Vorfälle, wie das Zeigen des Hitlergrußes oder Druck von außen, ging die Stadt restriktiv vor, um kurz darauf die Auflagen meistens doch wieder zu lockern – vor allem an symbolträchtigen Kalenderdaten, die im Folgenden noch beispielhaft analysiert werden.

Ein restriktives, dabei indes auch vollkommen unpolitisches Verhalten zeigte das Stadtmarketing im Mai 2015, als es den Betreibern der BRAGIDA-Facebook-Seite untersagte, dort den Wappenlöwen zu zeigen. Das Corporate Design der Stadt sollte geschützt und öffentlich verdeutlicht werden, dass BRAGIDA nicht zum Image der Löwenstadt passe. Allerdings: »Bereits in der Vergangenheit mussten wir anderen Facebook-Seiten die Verwendung untersagen, das Vorgehen ist hier stets einheitlich.«²¹⁷ Dass man sich das städtische Symbol nicht nehmen lassen wollte, sollte also nicht als politisches Statement erscheinen, sondern als eine Erwägung des Urheberrechts bzw. Markenschutzes. Möglicherweise erwähnte die Stadt das standardisierte Verfahren auch bloß, um sich keinen Zensurvorwürfen aussetzen zu müssen.

Zwischen Aufklärung, Dialog und Moderation

Eine Alternative zum restriktiven Vorgehen war der Versuch, über Bragida aufzuklären und so einerseits die Stadtgesellschaft zu sensibilisieren, andererseits aber auch diejenigen bei Bragida, die man für empfänglich für Argumente hielt, zu erreichen. Diese Umgangsweise war getragen vom unerschütterlichen Glauben an die Kraft der politischen Bildung als Immunisierungsrezept gegen »rechts«, der vor allem von der Kirche und der IG Metall gepredigt wurde. Die Gewerkschaft

215 Siehe Steiner, Cornelia: Bragida – Polizei unter Druck?, in: Braunschweiger Zeitung, 18.07.2015.

216 Steiner, Cornelia: »Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht – auch für Bragida«, in: Braunschweiger Zeitung, 18.07.2015.

217 Zit. nach Braumann, Robert: Bragida darf Wappen der Stadt nicht mehr nutzen, in: regionalWolfenbüttel.de, 05.05.2015, URL: <https://regionalwolfenbuettel.de/bragida-darf-wappen-der-stadt-nicht-mehr-nutzen/> [eingesehen am 13.03.2019].

hatte bereits früh mehr Aufklärung gefordert. »Die Menschen müssen darüber informiert werden, welche Konsequenzen es hat, wenn sich die Rechten durchsetzen.«²¹⁸ Etwas blumiger drückte der Moderator, der durch das Programm des Gegenprotestes führte, am 26. Januar seinen Anspruch an Aufklärung aus: Man müsse nicht nur »Kraft tanken für den Diskurs«, sondern auch »denjenigen, die sich zur Pegida aus Fantasielosigkeit verlaufen haben, die Möglichkeit [...] geben, ihren Horizont zu erweitern«, indem man »Fakten« und »Medienkompetenz« vermittele.²¹⁹

Doch ließ sich Bragida überhaupt erreichen? Ein Aktivist des BgR, mit dem wir sprachen, unterteilte die Klientel in zwei Gruppen: einerseits die wirklichen Neonazis, die unbelehrbar seien, und andererseits die »Leute, die lassen wir ja auch dann durch und beschimpfen die auch nicht, die da hingehen wollen. Das sind Papa, Mama, meistens Pärchen. Ich weiß es nicht, ob es Hartz IV-Empfänger sind, [...] eher aus dem ärmeren Milieu, würde ich jetzt vermuten« (I18). Deren Position, unzufrieden mit der Politik zu sein und deshalb bei Bragida mitzulaufen, wurde also als legitim empfunden – gerade auch, weil sie aus den eigenen Reihen stammten: »Wir wissen auch, dass unter Gewerkschaftsmitgliedern Bragida-Anhänger sind [...]. Und das ist dann unsere Aufgabe in den Betrieben, dass wir zu den Leuten Kontakte suchen und wir versuchen, von einer besseren und einer anderen Meinung zu überzeugen« (I18).

Im Umgang mit BRAGIDA zeigte sich also der Versuch einer Überzeugungsarbeit, etwa durch Veranstaltungen der politischen Bildung. »Allerdings muss man sagen, dass da die BRAGIDA-Leute nicht aufgetaucht sind. Ist ja auch kein Wunder, wer geht schon ins Gewerkschaftshaus von BRAGIDA? Weil die gehören ja mit dazu«, wie der BgR-Aktivist weiter berichtete. Diese Passage illustriert die Schizophrenie des Angebotes. Man wusste, dass BRAGIDA an solchen Formaten nicht teilnahm, dennoch setzte man politische Bildung als Mittel ein.²²⁰

Die stadtpolitischen Bemühungen fielen hingegen noch reflexhafter aus: Oberbürgermeister Markurth verwies auf das Programm »Demokratie leben«, das er als Förderung von »Projekten, die aufklären«²²¹, begreife. Die Grünen indes stellten auf ihrer Website nicht nur Informationsmaterial zu PEGIDA zur Verfügung, sondern bemühten sich auch auf Landesebene, mit Anfragen die Sensibilität und

218 Zit. nach Schweiger, Andreas: IG Metall: Wir verteidigen die Demokratie, in: Braunschweiger Zeitung, 16.12.2014, vgl. auch Memmert, Stephanie: Ein Ort für Gespräche über Toleranz, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

219 Zit. nach Richter, Ann Claire: Kraft tanken für den Diskurs, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

220 Zu den gescheiterten Dialogformaten im Kontext von PEGIDA vgl. den Bericht zum Dresdner Stadtteil Klotzsche in Schenke u.a.: PEGIDA-Effekte?, S. 323ff.

221 Zit. nach Haberstrumpf: Demokratie leben!.

den Kenntnisstand im politischen Raum zu erweitern.²²² Entsprechende Anfragen lagen vereinzelt auch von der FDP vor.²²³

Der Aufklärungsimpuls der Presse geschah in erster Linie in eigener Sache, um sich gegen den von BRAGIDA erhobenen Vorwurf der »Lügenpresse« zu verteidigen. Nicht nur im Zuge der Berichterstattung der BZ über Müllers vermeintliche Kontakte zu Rechtsradikalen habe »Bragida dieses Lügenpressephänomen sauber forciert« (I16). Infolgedessen habe man die eigene Arbeitsweise reflektiert, aus den Vorwürfen auch langfristig gelernt und eine Anmeldepflicht für diejenigen eingeführt, die online Kommentare hinterlassen wollten, die Diskussionsmöglichkeiten also reguliert.

Bereits hier deutete sich an: Ebenso wie in Dresden wurde auch in Braunschweig innerhalb der Stadtgesellschaft irgendwann auf Dialogformate eingeschwenkt – allerdings nicht direkt mit BRAGIDA, sondern eher an lokalen Brennpunkten wie etwa in Kralenriede. Nach der Auseinandersetzung über eine BRAGIDA-Demonstration in unmittelbarer Nähe zur Landeserstaufnahmebehörde (LAB), auf die im Folgenden noch ausführlicher eingegangen wird, hatten verschiedene Gruppen zu einem Informations- und Diskussionsabend eingeladen.²²⁴ Ein Journalist erzählte retrospektiv, man habe sogar einen Anlaufpunkt für »besorgte Bürger« eingerichtet (immer montags, zeitgleich zu BRAGIDA), um ihnen die Möglichkeit zu geben, gehört zu werden. Auch seine Zeitung habe ein Leserforum vor Ort abgehalten, »und wir haben versucht, so viele Informationen auszutauschen, Sorgen aufzugreifen, Nöte aufzugreifen« (I16).

222 Siehe Niedersächsischer Landtag: Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages, Hannover, den 04.11.2015, darin: Verbindungen von Nazis und AfD in Niedersachsen? Kleine Anfrage der Abgeordneten Helge Limburg, Filiz Polat, Meta Janssen-Kucz und Julia Willie Hamburg (Grüne), Drs. 17/4530. Siehe außerdem Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag der Abgeordneten Julia Willie Hamburg, Meta Janssen-Kucz, Filiz Polat und Belit Onay (Grüne), Drs. 17/0000: Rechte Straftaten in Niedersachsen im dritten Quartal 2016; Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag der Abgeordneten Julia Willie Hamburg und Belit Onay (Grüne), Drs. 18/1934: Rechte Straftaten im dritten Quartal 2018; Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage der Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag Julia Willie Hamburg, Christian Meyer, Dragos Pancescu und Belit Onay (Grüne), Drs. 18/2609: Rechte Straftaten im vierten Quartal 2018.

223 Siehe Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag des Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen (FDP), Drs. 17/5354: »Gemeinsam stark Deutschland«: Spur nach Niedersachsen; Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung vom 08.04.2016. Teilweise auch: Niedersächsischer Landtag: Kleine Anfrage im Niedersächsischen Landtag der Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen und Christian Grascha (FDP), Drs. 17/3416: Extremismus im niedersächsischen Fußball: Offene Fragen; Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 13.07.2015.

224 Vgl. o.V.: CDU-Ortsverbände diskutieren über Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 23.04.2015.

Während die CDU bestrebt war, eine Stigmatisierung BRAGIDAS zu vermeiden und auch die »besorgten Bürger« nicht zu belehren, äußerten andere Parteien, dass es, um Ressentiments abzubauen, eines längerfristigen Engagements in dem Stadtteil bedürfe, in welchem sich jedoch, wie sie hervorhoben, ein überwiegender Teil der Bürger von Rechtsradikalen distanzieren. Es zeigt sich: Die Dialogbemühungen waren darauf ausgerichtet, durch Moderation ein gewisses Harmoniebedürfnis zu befriedigen und einer Konsensorientierung zu ihrem Recht zu verhelfen.²²⁵ Eine Moderation wurde vor allem vom Oberbürgermeister erwartet, der als eine Art Schiedsrichter auftreten sollte. Dieser hatte bei seiner Rede beim Gegenprotest zwar dem »demokratischen Braunschweig«²²⁶ gedankt, das ein Signal für gutes Miteinander und Toleranz setze; er selbst könne aber in seiner Funktion als Oberbürgermeister, der zugleich für die Versammlungsbehörde zuständig sei, nur vermitteln, spreche gerne dezidiert als Bürgermeister *aller* Braunschweiger und ermögliche so, dass »ein positives Signal aus der ganzen Breite der Gesellschaft möglich wurde«²²⁷. Markurths Selbstinszenierung als Sprecher *aller* beruhte auf einer Übertreibung seiner eigentlichen Position, aber auch Funktion: Weder war er als Oberbürgermeister unbedingt von einer Mehrheit der Braunschweiger Bürger gewählt worden, noch war sein Amt zwangsläufig als das einer quasi überparteilichen Instanz auszulegen.

Den politischen Fraktionen in Braunschweig fiel schwer, bezüglich BRAGIDA mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Das zeigte eine Aktion der LINKEN, die am 9. Februar 2015 ein Banner mit der Aufschrift »Bunt statt Braun« am Rathaus befestigt hatte, das sogleich entfernt wurde, was zu dem Vorwurf führte, Markurth wolle Meinungsäußerungen von Ratsmitgliedern unterbinden. Dieser wiederum monierte, dass auf diese Weise ein »breites Bündnis« sicherlich nicht funktionieren werde. Vielmehr ginge es ihm darum, wie man ein Statement gegen Fremdenfeindlichkeit »dauerhaft in der Stadt« verankern könne, »jenseits von Demonstrationen«.²²⁸ Markurth teilte also die Linie, dass der nervige Protest nicht das richtige Mittel sei; die BZ machte aus der Aktion eine Angelegenheit aller Braunschweiger und fragte: »Ist die Rathaus-Fassade ein geeigneter Ort für politische Botschaften?« Letztlich wurden als Kompromiss anlässlich der nächsten Demonstration drei Flaggen vor dem Rathaus gehisst mit der Aufschrift »Selbstbewusst«, »Toleranz«, »Offen«.²²⁹

225 Zur Auswirkung eines Harmonieideals in einer lokalen politischen Kultur am Beispiel von Saalfeld vgl. auch Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, S. 42.

226 Zit. nach Richter/Fiene: Polizei schafft Pufferzone.

227 Zit. nach Maus: Der Kampf um jeden Einzelnen.

228 Zit. nach Dartsch, Katja: Streit um ein Banner am Rathaus-Balkon, in: Braunschweiger Zeitung, 13.02.2015.

229 Siehe Fiene, Jörg: Vor dem Protest-Sonntag: Einheit im Rat, Aufregung um Janzen, in: Braunschweiger Zeitung, 20.02.2015. Zu unterschiedlichen Umgangsformen demokratischer Politi-

Zwischen Einordnung und Differenzierung

Die *BZ* begriff sich als Chronistin der Ereignisse, welche die Dinge multiperspektivisch einordne, was die Frage aufwirft, ob sie mit dieser Gangart einer gewissen Relativierung das Wort redete. Natürlich habe man sich intern die Frage gestellt, wie viel Raum man BRAGIDA einräumen solle – die »Gretchenfrage des Journalismus« (I16). Doch sei man zu dem Schluss gekommen, wenn die Stadt etwas bewege, »dann würdigen wir das, dann gehen wir hin und wenn viele Menschen da draußen sind, dann müssen wir natürlich hingucken [und] wenn wir eine Meinung dazu haben, kommentieren wir«. So solle der Leser befähigt werden, sich selbst ein Bild zu machen. Dennoch hatten, wie bereits angemerkt, manche Akteure eine große Präsenz in der *BZ*, was die Urteilsbildung der Leser natürlich beeinflusste. Man könnte auch sagen: Durch die Gewichtung, wen sie sprechen ließ, nahm die Zeitung eine implizite Wertung vor.

Insgesamt blieb die *BZ* jedoch bei ihrer Linie, den Kontext anderer GIDAS stets einzubeziehen und dem Gegenprotest deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken als den »Patrioten«. Auch die Braunschweiger wurden in dem Format »Reden Sie mit« immer wieder aufgefordert, ihre Meinung kundzutun, etwa: »Für welches Thema würden Sie in Braunschweig auf die Straße gehen?«; »Was erwarten Sie vom Oberbürgermeister vor dem Protest-Montag?«; »Was halten Sie davon, dass ›die Bragida‹ sich nicht der Diskussion stellt?«

Gerahmt wurden die Berichte von Meinungskommentaren, so erstmals am 16. Januar 2015. Unter der Überschrift »In die Falle gestolpert«²³⁰ positionierte sich die Journalistin gegen BRAGIDA in einem klar abwertenden Unterton: »Abtauchen, Argumente vorschieben und Schuldzuweisungen wie ›Lügenpresse‹ ins Feld führen – die ›Bragida‹ macht es einem leicht, sie nicht ernst zu nehmen als Gestalter einer lebenswerten Gesellschaft.« Der die eigene Rolle lobende Verweis, dass »die Braunschweiger Zeitung der Öffentlichkeit doch längst vor Augen geführt habe, für was der Verein stehe«, ist bemerkenswert, da sich bis zu diesem Zeitpunkt eben keine inhaltliche Auseinandersetzung mit BRAGIDA in der *BZ* fand.²³¹ Ungeachtet dessen war die Berichterstattung über den ersten Demonstrationstag äußerst umfangreich. Sie enthielt einen Live-Blog, Fotogalerien, Reportagen, O-Töne, sodass auch BRAGIDA erstmals in der *BZ* eine – wenn auch leise – Stimme erhielt. Bemerkenswerterweise berichtete die Lokalzeitung zunächst jedoch nicht prominent

ker mit Rechtsextremismus vgl. genauer Krappidel: Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker, S. 92ff.

230 Hier und im Folgenden: Richter, Ann Claire: In die Falle gestolpert, in: Braunschweiger Zeitung, 16.01.2015.

231 Lediglich die Thesen PEGIDAS waren einmal thematisiert worden; vgl. dazu: Löbbers, Heinrich Maria: Pegida auf Papier – plötzlich eher maßvoll, in: Braunschweiger Zeitung, 16.12.2014.

darüber, dass der BRAGIDA-Zug nicht laufen konnte, weil er vom Gegenprotest eingekreist war und die Polizei die Situation als gefährlich einschätzte.

Liest man die zahlreichen Artikel, entsteht vielmehr der Eindruck, Braunschweig habe überwiegend ein friedliches, buntes Fest gefeiert. Erst im Laufe der folgenden Tage stellte sich heraus, dass die Zahlen der Gegendemonstranten von der Polizei nach oben, insgesamt aber deutlich nach unten korrigiert werden mussten und dass es eben doch nicht so friedlich war wie zunächst kolportiert. Die Berichterstattung vor der zweiten Demonstration wurde flankiert von einer Reportage über einen Polizisten im BRAGIDA-Einsatz²³² und die Sperrung bestimmter Straßen²³³, eine Reportage, die Stimmen von Geschäften und Pendlern einfing²³⁴, ein Interview mit dem Moderator des Gegenprotestes²³⁵, einen Bericht über die Andacht im Dom²³⁶ sowie mehrere Artikel über Demonstrationen von PEGIDA, Ablegern und Gegenprotesten.²³⁷ Die Lokalzeitung bemühte sich sichtlich, viele verschiedene Perspektiven über BRAGIDA und die Reaktionen in der Braunschweiger Stadtgesellschaft einzufangen. Doch schon in der Vorberichterstattung über die dritte Veranstaltung zeigte sich dann bereits eine gewisse Routine: »Nach dem Protest-Montag ist vor dem Protest-Montag«²³⁸.

Bewegung kam noch einmal in die Berichterstattung, als es auch in Braunschweig zu Konflikten in der Führungsspitze von BRAGIDA kam²³⁹ und Hamecher eine eigene Initiative gründete.²⁴⁰ Alsdann rückte die Gewaltfrage, wie noch gesondert thematisiert werden wird, in den Fokus, bevor das Interesse der BZ mit Ausnahme einiger Ausschläge zu besonderen Anlässen kontinuierlich abnahm, ebenso wie das der Politik. Ab Mai 2015 ging die Berichterstattung signifikant zurück, im Sommer kam sie fast zum Erliegen. Kurzmeldungen über Teilnehmerzahlen und darüber, ob die Veranstaltungen friedlich blieben, füllten nur noch wenige Zeilen. 2016 gab es insgesamt noch ein gutes Dutzend Artikel, die sich mit BRAGIDA beschäftigten – so viele wie noch zu Beginn der Berichterstattung in einer einzigen Woche.

232 Siehe Stachura: »Meine Frau hat immer Angst um mich«.

233 Siehe Stachura, Jörn: Bohlweg war für Straßenbahnen fünf Stunden gesperrt, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015; o.V.: Kein Durchkommen auf dem Bohlweg, in: Braunschweiger Zeitung, 24.01.2015.

234 Siehe Dartsch, Katja: Viele Pendler verspäten sich, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

235 Siehe Richter: Kraft tanken für den Diskurs.

236 Siehe o.V.: »Gläubige wollen mit Respekt beieinander wohnen«, in: Braunschweiger Zeitung, 26.01.2015.

237 Siehe Ahlers: »Hagida« kommt zu Wort.

238 Richter, Ann Claire/Fiene, Jörg: Braunschweigs 3. Demo-Montag wird vorbereitet, in: Braunschweiger Zeitung, 27.01.2015.

239 Vgl. Thoenes, Bettina/Richter, Ann Claire: Braunschweiger Pegida zersplittert, in: Braunschweiger Zeitung, 31.01.2015.

240 Siehe Thoenes: Bündnis fürchtet Rechtsruck bei Bragida.

In einer retrospektiven Bilanz meinte der Journalist, mit dem wir sprachen, der selbst gestellte Anspruch, »offen« über Phänomene zu berichten, die in der Stadt wichtig seien, sei bei BRAGIDA eingelöst worden. Man habe »sauber kommuniziert«, sodass »die Bürger« keinen Anlass gehabt hätten, »zu zweifeln, dass da nicht die Wahrheit gesagt wird« (I16). Allerdings war er der Meinung, es habe in Braunschweig Wichtigeres gegeben als BRAGIDA – was natürlich auch eine nachträgliche Relativierung sein kann. Für ihn war BRAGIDA eng mit der Flüchtlingssituation im Jahr 2015 verknüpft, die man medial adäquat begleitet habe – auch in dem Versuch, BRAGIDA den Wind aus den Segeln zu nehmen: »Wir haben gesagt, man kann auf solche Tendenzen wie Bragida ... denen kann man im Grunde auch entgegenwirken, indem man wirklich keine... wir haben versucht, keine Tabus aufzubauen.« Indem man schonungslos berichte, entkräfte man den Vorwurf einer »Lügenpresse«, die Dinge verschweige und einer unkritischen Willkommenskultur das Wort rede.

Zusammengefasst: Eine Besonderheit der Berichterstattung in Braunschweig war der Umstand, dass BRAGIDA selbst in den Zeitungen zu Wort kam; in anderen Städten blieb dies undenkbar. Indem die *BZ* ihre Leser durch unterschiedliche Formate beteiligte, erweckte auch sie – vergleichbar mit Markurth, der den Anspruch formulierte, der Bürgermeister *aller* Braunschweiger zu sein – den Eindruck, eine Zeitung wenne nicht *aller*, so doch zumindest einer großen bürgerlichen Mehrheit zu sein.

Zwischen Singularisierung, Pathologisierung und Externalisierung

Die Tendenz, BRAGIDA als Phänomen zu pathologisieren,²⁴¹ kaprizierte sich vor allem auf Tina Müller und ihre vermeintliche Geltungssucht: Ein BgR-Aktivist verglich sie mit einem Braunschweiger Prediger, der in der Fußgängerzone stehe und sich »gebauchpinselt« (I18) fühle, wenn Leute für ihn klatschten. Damit personalisierte und singularisierte er das Phänomen in gewisser Weise – eine ähnliche Haltung wie die Externalisierung, die betonte, die eigentlichen Träger des Protests kämen »von außerhalb«, BRAGIDA habe »mit Braunschweig nichts zu tun, dafür stehen wir Braunschweiger nicht«.²⁴²

Daraus, dass man BRAGIDA größtenteils nicht als Problem *innerhalb* Braunschweigs anerkannte, resultierte auch die eher zögerliche Haltung der Stadtpolitik. Zum Entstehungszeitpunkt von BRAGIDA war Markurth (SPD) seit gut einem halben Jahr Oberbürgermeister eines Rates, in dem die CDU zwar stärkste Fraktion war, aber eine linke Mehrheit existierte. Markurth wurde 2016 im Amt bestätigt,

241 Vgl. auch Marg u.a.: NoPegida, S. 86ff.

242 Richter, Ann Claire/Noske, Henning: Künftig jeden Montag Demos in der Stadt?, in: Braunschweiger Zeitung, 21.01.2015.

die Zusammensetzung des Rates veränderte sich allerdings stark. Nach deutlichen Verlusten der CDU und der Grünen war nunmehr die SPD stärkste Fraktion, die AfD erreichte auf Anhieb fünf Sitze. Direkt mit BRAGIDA konfrontiert war allerdings in erster Linie der Stadtbezirksrat 131 Innenstadt, wo schwerpunktmäßig die Demonstrationen stattfanden. Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin (Grüne) berichtete regelmäßig von ihrer Teilnahme am Gegenprotest;²⁴³ allerdings repräsentierte sie dort nicht erkennbar den gesamten Bezirksrat. Das war nicht überall so: In Dortmund beispielsweise nahm der Rat 2018 nahezu geschlossen an einer Demonstration gegen die Partei »Die Rechte« teil und unterbrach dafür sogar eine Ratssitzung.²⁴⁴

Querelen, wer wann wo laufen durfte, gab es mehrfach, jedoch wurde weniger politisch als vielmehr formalistisch argumentiert; vor allem die Stadt verwies darauf, dass stets unter Abwägung der öffentlichen Sicherheit entschieden werde.²⁴⁵ Sie war bemüht, diese Praxis auch den Bürgern zu erklären,²⁴⁶ um Transparenz zu schaffen. Dass sie allerdings Demonstrationen nicht einfach verbieten könne, wurde vom BgR und auch von städtischen Politikern als eine BRAGIDA tolerierende Haltung kritisiert:

»Warum lässt die Stadt Braunschweig zu, dass die islamfeindliche BRAGIDA immer wieder aufmarschieren darf [...]? Warum verbietet sie nicht, dass Rechtsextreme die Innenstadt lahmlegen und der Polizei etliche (teure) Überstunden aufbürden? Warum duldet sie die Provokation in unmittelbarer Nähe der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge [...]«²⁴⁷

Auch ver.di artikuliert »eine klare Erwartungshaltung an die Stadt Braunschweig«²⁴⁸. Eine BRAGIDA-Veranstaltung »sollte verboten werden oder zumindest

243 Vgl. Protokoll der Sitzung des Stadtbezirksrats 131 Innenstadt, 03.03.2015: Monika Georgi nahm auch in der Folgezeit sehr regelmäßig am Gegenprotest teil.

244 Vgl. o.V.: Dortmunder Ratsmitglieder demonstrieren gegen Rechts, in: WDR, 28.09.2018, URL: <https://www.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/dortmunder-rat-demonstriert-gegen-rechts-100.html> [eingesehen am 13.03.2019].

245 Vgl. beispielhaft Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht: Bragida-Versammlung am 23. März 2015 darf nicht auf dem Schlossplatz in Braunschweig stattfinden, 23.03.2015, URL: <https://www.oberverwaltungsgericht.niedersachsen.de/aktuelles/presseinformationen/bragida-versammlung-am-23-maerz-2015-darf-nicht-auf-dem-schlossplatz-in-braunschweig-stattfinden-132442.html> [eingesehen am 13.03.2019].

246 Gibt man »Bragida« als Suchbegriff auf der Website der Stadt Braunschweig ein, landet man bei einem Hinweis auf das Versammlungsrecht, URL: www.braunschweig.de/vv/produkte/II/32/32_1/ag5/versammlung.php [eingesehen am 13.03.2019].

247 Zit. nach Richter, Ann Claire: Bürgermeisterin der Schunterau: Wir wollen Bragida nicht, in: Braunschweiger Zeitung, 25.03.2015.

248 Ebd.

so weit an den Stadtrand verlegt werden, dass sie nicht erneut eine Gefährdung von Bürgern durch *anreisende* [Anm.: Herv. d. V.] Nazis und Hooligans bedeutet«²⁴⁹.

Auch in dieser Forderung zeigt sich das Muster einer tendenziellen Externalisierung. Die Verschiebung des politischen Phänomens auf einen nicht zu Braunschweig gehörenden Rand geriet zur indirekten Aufforderung an die Stadt, die Randständigen dürften – symbolisch gesprochen – kein Forum in der »Stadtmitte« bekommen. Die Externalisierung des Phänomens wurde zugleich aber auch zu einer Personalisierung, da die »Anreisenden« mit einem Gefahrenpotenzial gleichgesetzt wurden, was wiederum zum Argument für die städtischen Restriktionen im Namen der öffentlichen Sicherheit erweitert wurde. Die BZ erklärte in moderierendem (und auch simplifizierendem) Tonfall, dass die Sachlage komplizierter sei: »Einfach mit Verboten kann die Stadt selbst dem Unliebsamsten nicht kommen.« Der Ordnungsdezernent erörterte: »Bei der Versammlungsfreiheit handelt es sich um ein Grundrecht«, der Veranstalter könne selbst entscheiden, »wo die Veranstaltung stattfinden soll, wenn es sich dabei um öffentliche Flächen handelt.«²⁵⁰ Die Versammlungsbehörde dürfe Veranstaltungen nur dann einschränken, wenn unmittelbare Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu erwarten seien – und diese wurden bei BRAGIDA nur selten erkannt.

Von Marginalisierung bis Desinteresse

Die öffentliche Diskussion um den Ort BRAGIDAS – außerhalb der Stadtgesellschaft, lediglich am äußersten Rand oder doch irgendwo in der »Mitte« – fand ihre Entsprechung auch in den städtischen Gremien. Diese befassten sich zwar kaum mit BRAGIDA direkt, thematisierten aber vereinzelt Strategien rechtsradikaler Raumanneignung. So stellte die SPD im Mai 2016 eine Anfrage²⁵¹ im Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet zu rechtsradikalen Schmierereien. Als Anlage wurden Bilder und eine Stellungnahme des BgR eingereicht, das von einer »gezielten Provokation« aus dem Spektrum der JN sprach. Wiederholt seien »dutzende Hakenkreuze und Schriftzüge, wie ›NS‹, ›NSU‹, ›NPD‹, ›Nazi Zone‹ oder ›Nazi Kiez‹ angebracht [worden]. Gleichzeitig wurden dort zahlreiche Aufkleber der NPD und der JN verklebt.«²⁵² Die »Zunahme rechter Aktivitäten und Gewalttaten in Braun-

249 Zit. nach Richter, Ann Claire: Stadt kann Aufmärsche von Bragida nicht einfach verbieten, in: Braunschweiger Zeitung, 17.04.2015.

250 Ebd.

251 Hier und folgend zit. nach: Protokoll der Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 120 am 11.05.2016. Anfrage der SPD, Drs. 16-02152: Schmierereien im Östlichen Ringgebiet – Rechte Symbole/Parolen.

252 Eine fortlaufende Bilddokumentation der rechten Schmierereien ist einsehbar unter URL: <https://www.flickr.com/photos/dokurechts/albums/72157666840434492> [eingesehen am 13.03.2019]; das Zitat entstammt der Anfrage.

schweig« gebe Anlass zur Sorge, das BgR kritisierte, dass »Politik, Stadt und Behörden dieses Problem nicht ernst genug nehmen«. Und obwohl BRAGIDA seiner Meinung nach in Braunschweig »kaum Fuß fassen« konnte und auch »die Versuche von Neonazis und anderer rechter Kreise ›Bürgerproteste‹ und ›Bürgerwehren‹ gegen Flüchtlinge ins Leben zu rufen«, bisher »weitgehend gescheitert« seien – auch wegen des Engagements der Zivilgesellschaft und der Stadt –, sollte man sich nicht der »Illusion« hingeben, dass »es in Braunschweig kein Problem mit einem Erstarren von extrem rechten Positionen und rassistischen Einstellungen auch in der Mitte der Gesellschaft gibt«. ²⁵³ Die Antwort betonte, die Stadt habe Schmierereien mit volksverhetzendem Charakter immer »besonders ernst« genommen. Auch hier ist die Wortwahl interessant: »In jedem Falle gilt die Vorgabe, extremistische Schmierereien im öffentlichen Raum vorrangig zu beseitigen.« ²⁵⁴

Im Mai 2017 nahm die Verwaltung erneut, diesmal zu einer Anfrage der BIBS, Stellung zum Thema »Neonazis, ihr Umfeld und ihr Treiben in der Weststadt« ²⁵⁵ – denn im Donauviertel sei »eine massive Zunahme von Aufklebern der NPD und ihrer Jugendorganisation JN« zu beobachten gewesen. Um »inhaltlich aussagekräftige Antworten« wurde gebeten; diese verwiesen auf »Demokratie leben« ²⁵⁶ sowie auf die präventive Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem würden die »städtischen Partner für die öffentliche Infrastruktur [...] ihre jeweiligen Anlagen sauber [halten] und [...] rassistische, sexistische, verfassungsfeindliche und ähnliche Schmierereien und Aufkleber vorrangig« beseitigen, vor allem das Projekt »Unser sauberes Braunschweig«. ²⁵⁷ Die Projektbezeichnung war anscheinend symbolisch zu verstehen, da es sich um einen Zusammenschluss der Abfallsparte handelte. Die Parolen

253 Die Rauman eignung durch Aufkleber und Schmierereien haben Borstel/Luzar/Sundemeyer: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund, S. 24, für den Fall Dortmund ausführlich beschrieben. In Braunschweig zeichnete im Jahr 2018 v.a. Adrenalin Braunschweig für solche Aktionen verantwortlich, welche Parolen ausgegeben hatte wie »Braunschweig bleibt stabil« oder »Unsere Stadt – Unsere Regeln«. Sie verbreiteten agitatorischen Aktionismus und posierten maskiert in Kampfmontur oder vor Gebäuden der linken Szene. Solche Nadelstiche gelten als Versuche, die Stadtgesellschaft zu zermürben (vgl. ebd., S. 28).

254 Rat der Stadt Braunschweig: Stellungnahme 16-02152-01 vom 12.05.2016, URL: https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/___tmp/tmp/450810361042450619/1042450619/01031484/84.pdf [eingesehen am 25.03.2019].

255 BIBS-Fraktion Stadtbezirksrat Braunschweig 221: Anfrage 17-04583 der BIBS-Fraktion im Stadtbezirksrat vom 11.05.2017, URL: https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/___tmp/tmp/450810361042450619/1042450619/01142136/36.pdf [eingesehen am 25.03.2019].

256 BIBS-Fraktion Stadtbezirksrat Braunschweig: Vorlage – 17-04583-01: Neonazis, ihr Umfeld und ihr Treiben in der Weststadt; Bedrohungslagen und polizeiliche, ggf. geheimdienstliche, Erkenntnisse, in der Sitzung des Stadtbezirksrates im Bezirk 221 am 30.08.2017, URL: https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/___tmp/tmp/450810361042450619/1042450619/01162155/55.pdf [eingesehen am 25.03.2019].

257 Projekt »Unser sauberes Braunschweig«, URL: https://www.braunschweig.de/leben/wohnen_energie_abfall/usbs/index.html [eingesehen am 25.03.2019].

wurden also in einen Kontext mit verschmutzten Parks und Kaugummis auf dem Gehsteig gestellt.

Die Tendenz der Marginalisierung nach einer gewissen Spanne der Aufmerksamkeit kennzeichnet jedoch nicht nur den Umgang der Stadtpolitik mit BRAGIDA, sondern auch medial wurde das Phänomen bereits seit Anfang Februar 2015 tendenziell wegdiskutiert: »Alles deutet darauf hin, dass sich die ›Bragida‹ in Braunschweig nicht zu einer Massenbewegung entwickeln wird.«²⁵⁸ Mit einem ähnlichen Statement dominierte das BgR dann im April die Schlagzeile der *BZ*: »Bragida ist am Ende. Am Sonntag ist deutlich geworden, dass sie hier keinen Fuß auf die Erde kriegen«²⁵⁹, »von einer Bürgerbewegung kann man nicht mehr sprechen«²⁶⁰.

Derlei Aussagen waren nicht nur dazu geeignet, das Phänomen verbal kleinzuhalten, sondern auch, um eine Relativierung im Sinne eines Ins-Verhältnis-Setzens zu begründen. Schon nach einigen Wochen stellte sich ein Gewöhnungseffekt ein, die Aufmerksamkeit schwand, die Nervenprobe begann. Diese Genervtheit sei ein gesamtstädtisches Phänomen gewesen, »also die Braunschweiger hat es dann irgendwann auch nicht mehr interessiert, sondern nur noch auch genervt. Man hat festgestellt, es kostet, es kostet viel Geld für die Polizei. [...] Die Braunschweiger haben sich positioniert und ja, und dann war's das auch« (I16).

Verharmlosung, Verständnis, Akzeptanz?

Neben dem BgR besaßen, wie bereits dargestellt, vor allem die Sicherheitsbehörden eine große Deutungshoheit über BRAGIDA, die sie zu unterschiedlichen Zeitpunkten als »bürgerlich«²⁶¹ etikettierten und damit einen Deutungsrahmen setzten, der eine gewisse Pfadabhängigkeit nach sich zog, was zumindest anfangs zu einer Verharmlosung BRAGIDAS führte. In der Wahrnehmung des Staatsschutzes im Jahr 2016 sei BRAGIDA anfangs bürgerlich gewesen, dann von Rechtsextremen gekapert und dann wieder »zu 99,9 Prozent bürgerlich« geworden. »Am Anfang hat uns der Zulauf aus der rechten Szene schon Kopfzerbrechen gemacht«²⁶², dann aber habe BRAGIDA sich von den Rechtsradikalen distanziert, letztmals im November 2015. Mittlerweile, im Jahr 2016, könne es sein, dass »sich der ein oder andere mit rechtem Gedankengut dort einfindet, aber aus der Sicht von politischen Straf-

258 Dartsch/Stachura: »Bragida« macht keine Pause.

259 Schönberg, Shirin: Bündnis zieht Fazit: Bragida ist am Ende, in: Braunschweiger Zeitung, 21.04.2015.

260 O.V.: 1.000 Braunschweiger gegen Pegida, in: taz, 20.04.2015.

261 Erstmals vgl. Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

262 Hier und im Folgenden: Braumann: Bragida ist zu 99,9 Prozent ›Bürgerlich‹.

taten ist BRAGIDA mittlerweile völlig harmlos«, die Thematik habe sich »zu sehr abgenutzt und werde zum Beispiel durch die AfD genutzt«. ²⁶³

Frappierenderweise kehrten staatliche Sicherheitsbehörden letztlich also wieder zu ihrer Anfangsdeutung von BRAGIDA als »bürgerlichem« Protest zurück. Auch in der Kontextualisierung mit der AfD zeigte sich erneut das Bemühen, BRAGIDA in einen größeren Rahmen einzuordnen: Für zivilgesellschaftliche Akteure des Gegenprotestes bildeten diesen Rahmen PEGIDA und die »Flüchtlingskrise« – für den Staatsschutz die AfD, die aber offensichtlich, so lässt sich aus der Erklärung schlussfolgern, als »bürgerlich« wahrgenommen wurde. Der Darstellung der Sicherheitsbehörden widersprachen die Organisatoren des Gegenprotestes vehement, indem sie den Versuch BRAGIDAS, »sich ein bürgerliches Deckmäntelchen zu geben« ²⁶⁴, betonten. Offenbar wurde die Ambivalenz der binären Dichotomie extremismustheoretischer Einordnungen: entweder »extremistisch« am äußersten Rand oder »bürgerlich« in der »Mitte« – mit den entsprechenden Folgen für die weitere Deutung, die durch die jeweilige Einordnung präformiert wurde.

Wie gezeigt, sah sich auch die Stadtpolitik dem Vorwurf ausgesetzt, BRAGIDA mindestens zu unterschätzen, zu verständnisvoll zu agieren, damit zur Verharmlosung beizutragen und sogar einen gewissen Akzeptanzraum zu schaffen. Die BIBS formulierte im April 2015: »Die bisherigen Erfahrungen der Stadt mit fremdenfeindlichen Aufmärschen seit Anfang des Jahres geben zu denken.« ²⁶⁵ Das Verhalten der Stadt, vor allem am 30. März (Demonstration an der LAB) und am 19. April (Besuch von Lutz Bachmann), werfe »die Frage auf, ob der Umgang mit Neo-Nazis und Hooligans der so genannten ›Patrioten zur Rettung des christlichen Abendlandes‹ neben dem Versammlungsrecht auch den Geboten von Respekt und Toleranz und Völkerverständigung Rechnung trägt«. Politik und Verwaltung als Teile der Zivilgesellschaft ständen gemeinsam in der Pflicht, weswegen der Rat den »bisher alleine zuständigen Versammlungsbehörden« eine beratende Arbeitsgruppe an die Seite stellen solle, in welchem u. a. die ARUG, Kirchen und das Staatstheater vertreten sein sollten. Eine solche goutierte der Rat jedoch nicht, gemäß Geschäftsgang sei er »nicht zuständig« ²⁶⁶. Die Antwort wurde allerdings noch ergänzt:

»Im Übrigen würde eine solche Arbeitsgruppe auch in der Sache nicht helfen: Die versammlungsrechtlichen Sachverhalte wie die Demonstrationsanzeigen der

263 Seit September 2016 war die AfD in Braunschweig mit fünf Sitzen im Rat vertreten; ihre direkte Bezugnahme auf BRAGIDA fiel zeitlich bedingt eher marginal aus. Doch gab es den bereits erwähnten direkten Zusammenhang über Sebastian Rinke, den Anmelder der ersten BRAGIDA-Veranstaltung.

264 Richter: Kraft tanken für den Diskurs.

265 Hier und im Folgenden: Rat der Stadt Braunschweig, Antrag der BIBS vom 22.04.2015. Vorlage – 3914/15: Gesicht zeigen für Respekt und Toleranz.

266 Hier und im Folgenden: Rat der Stadt Braunschweig, Stellungnahme der Verwaltung 11016/15 vom 23.04.2015.

Bragida sind ausschließlich nach juristischen Kriterien zu beurteilen und zu entscheiden. [...] Für ›moralische‹ oder ›politische‹, also nicht rechtliche Erwägungen lassen die einschlägigen Vorschriften und die bundesweite Rechtsprechung zu Demonstrationen keinen Raum.«

Was die Stadt als naheliegendes verhalten-formalistisches Vorgehen interpretierte, wurde von den Kritikern als technokratisch-apolitisch, wenn nicht gar als verständnisvoll ausgelegt. Anlässlich des Jahrestages der Novemberpogrome, an dem eine BRAGIDA-Kundgebung erlaubt worden war, monierte das BgR: »Statt Farbe zu bekennen und eindeutig Flagge zu zeigen, versteckt die Stadt sich hinter formaljuristischen Entscheidungen« und weise den »Rechtspopulisten, Wutbürgern und Neonazis« den zentralen Rathausplatz zu, wohingegen der Gegenprotest, der »an die Verbrechen des NS-Regimes erinnern und die Vertreter der Verfolgten zu Wort kommen lassen« wolle, verdrängt werde.²⁶⁷ Eine Wolfsburger Bundestagsabgeordnete hielt die Entscheidung für »geschichtsvergessen und ein fatales Signal«, sie sei »fassungsgelos«²⁶⁸. »Damit gibt die Stadt [...] BRAGIDA klar den Vorzug und stellt ihnen [...] eine große Bühne für ihre menschenverachtende Hetze zur Verfügung«; ihnen an diesem Tag überhaupt »den öffentlichen Raum zu überlassen«, sei »geschmacklos! Es ist eine Ohrfeige für all jene, die sich Woche für Woche dem braunen Mob in den Weg stellen. Bestärkt werden mit dieser Entscheidung rechte Demagogen und geistige Brandstifter.« Dass die Versammlungsbehörde denke, dass BRAGIDA »die Würde der NS-Opfer voraussichtlich nicht beeinträchtige«, zeuge »entweder von großer Unkenntnis und Naivität [...] oder – was ich wirklich nicht annehmen möchte – von politischem Kalkül«.

Die Haltung der Stadt veranlasste die LINKE dazu, einen Antrag mit dem provokant formulierten Titel »Grundrechte gelten auch in Braunschweig« einzureichen, der das städtische Selbstverständnis direkt angriff. Markurth habe erklärt,

»dass er stolz sei auf die Proteste gegen die rassistischen Bragida-Veranstaltungen und dass Bragida keinen Meter laufen dürfe. Die Realität sieht seit Monaten allerdings so aus, dass die Behörde des Oberbürgermeisters nicht nur alles bewilligt, was Bragida beantragt, sondern den Gegenveranstaltungen [...] eigene politische Positionen abspricht. [...] Begründet ist die problematische Genehmigungspraxis der Stadtverwaltung in der Lageeinschätzung der Braunschweiger Polizeileitung. Diese setzt mittlerweile alles daran, diejenigen zu kriminalisieren, die [...] friedlich für eine Willkommenskultur und gegen Rassismus auf die Straße gehen. [...]

267 Zit. nach Speit, Andreas: Wer zu kommt spät, in: taz, 07.11.2015.

268 Vgl. hier und folgend DIE LINKE: Verlegung der Gedenkkundgebung des Braunschweiger Bündnisses gegen Rechts ist geschichtsvergessen und ein fatales Signal, 04.11.2015, URL: <http://pia-zimmermann.de/verlegung-der-gedenkkundgebung-des-braunschweiger-buendnisses-gegen-rechts-ist-geschichtsvergessen-und-ein-fatales-signal/> [eingesehen am 25.03.2019].

Der § 8 des Grundgesetzes wird damit ausgehöhlt und lediglich für die Hassbürger von Bragida in Anwendung gebracht. Damit muss Schluss sein.«

Deshalb brachte die LINKE folgende Beschlussvorlage ein:

»1. Der Rat der Stadt Braunschweig verurteilt die seit über einem Jahr in Braunschweig stattfindenden Veranstaltungen von Rechtsextremisten, Hooligans und Hassbürgern (Bragida) auf das Schärfste. Er stellt sich an die Seite der Braunschweiger Migrantinnen und Migranten und spricht sich für eine Willkommenskultur aus.

2. Dass am Jahrestag der Reichspogromnacht eine Veranstaltung von Bragida auf dem Platz der deutschen Einheit von der Stadtverwaltung genehmigt und Proteste auf dem Platz untersagt wurden, empfindet der Rat als beschämend.

3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, mit Mitarbeitern der Ordnungsverwaltung und des ZOD, eigene Lageeinschätzungen der Bragida-Veranstaltungen vorzunehmen. Vorhandene Spielräume und die neuen Erkenntnisse sollen dazu genutzt werden, dass mögliche Rechtsverstöße durch Bragida-Teilnehmer auch geahndet und die Bragida-Veranstaltungen auf das rechtlich geringst mögliche Maß reduziert werden.«²⁶⁹

Obwohl die Formulierung später noch einmal geändert und der Wortlaut entschärft wurde, lehnte der Rat den Antrag bezeichnenderweise bei Fürstimmen und einer Enthaltung zunächst ab,²⁷⁰ das Ringen um eine gemeinsame Positionierung war somit nicht von Erfolg gekrönt. Eine wiederum gekürzte Version²⁷¹ von den Grünen wurde schließlich, ebenfalls nicht einstimmig, angenommen, was den mühsamen Kampf um Konsens illustriert.²⁷² Noch Anfang 2015 war es dem Niedersächsischen Landtag, anders als dem Braunschweiger Rat, leichter gefallen, eine fraktionsübergreifende normative Haltung in Bezug auf BRAGIDA zu finden, die sich in der einstimmig verabschiedeten Erklärung »Nous sommes Charlie« – Gegen den Hass – Ein Zeichen für Meinungsfreiheit und Toleranz« niederschlug.²⁷³

269 Rat der Stadt Braunschweig, Öff. Antrag der Fraktion die Linke: Grundrechte gelten auch in Braunschweig! (15-01066) vom 04.11.2015.

270 Siehe Rat der Stadt Braunschweig, Ratssitzung vom 17.11.2015, Beschluss bzgl. Vorlage 15-01066 URL: www.braunschweig.de/res/php/toproxy/too20.php?TOLFDNR=1004435 [eingesehen am 25.03.2019].

271 Vgl. Rat der Stadt Braunschweig, Änderungsantrag 15-01176 zu 15-01066, Grundrechte gelten auch in Braunschweig! Antrag der Fraktion Die Linke, URL: www.braunschweig.de/res/php/toproxy/too20.php?TOLFDNR=1004527 [eingesehen am 25.03.2019].

272 Andere Städte hatten ähnliche Erklärungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus verabschiedet; vgl. etwa Saalfeld, Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, S. 56f.

273 Siehe Niedersächsischer Landtag: »Nous sommes Charlie«, Drs. 17/2765, S. 5063-5064.

Der Vorwurf, die BRAGIDA begünstigende Haltung der Stadt gehe Hand in Hand mit dem Verhalten der Polizei, blieb jedoch unausgeräumt. Nachdem die Stadt Bußgeldbescheide gegen Teilnehmer des Gegenprotestes wegen angeblicher Verstöße gegen das Versammlungsgesetz verschickt hatte, monierte das BgR – gestärkt durch ein Gerichtsurteil²⁷⁴ – die repressive Rechtsauffassung der Polizei. Diese erscheint hier, wie schon an anderer Stelle in Bezug auf NoPegida-Proteste beschrieben, als Akteurin mit einer eigenen Agenda, die durch Sanktionen den öffentlichen Raum als Ort der demokratischen Meinungsäußerung einenge.²⁷⁵ Der Gegenprotest sah sich zunehmend inkriminiert und strafrechtlichen Repressionen ausgesetzt, nachdem das Verhältnis zur Polizei noch im Mai 2015 vom BgR als »relativ ok [...] bis auf wenige Ausnahmen« (I17) beurteilt worden war. Doch später habe das Verhalten der Polizei eine »neue Qualität« erreicht, sie sei »offen aggressiv« gegen den Gegenprotest vorgegangen, habe BRAGIDA in Schutz genommen – eine Argumentation, die vielfach bei NoPegida-Protesten artikuliert wurde: Solange der Staat den Gegenprotest schütze, sei die Kritik an der Polizei gering. Setzte er hingegen die Rechte von BRAGIDA durch oder ging gegen Gegendemonstranten vor, sah man die Polizei als Akteurin an, die Partei ergreife. Als der Gegenprotest noch vom Bürgertum mitgetragen worden sei, habe sich die Polizei anders verhalten, »da war die Polizei – hatte sie auch gar keine andere Chance gehabt – eindeutig auf unserer Seite«, vermutlich, weil sie »überrascht« gewesen sei, dass »so viele Demokraten« (I18) auf die Straße gingen.

Ein letztes Beispiel mag verdeutlichen, inwieweit man sich nicht nur an die Präsenz von BRAGIDA gewöhnte, sondern politisches Handeln sogar eine gewisse Akzeptanz dieser Präsenz ausdrückte, indem Komponenten der Flüchtlingspolitik direkt mit der Existenz BRAGIDAS begründet wurden. Denn in Braunschweig wurde unter dem Kriminaldirektor Ulf Küch die bundesweit erste SoKo Asyl eingerichtet. Küch erreichte eine hohe mediale Präsenz mit einem Buch über (Flüchtlings-)Kriminalität, auch in Kralenriede.²⁷⁶ In der stadtgesellschaftlichen Debatte sei die Thematik der SoKo deutlich stärker wahrgenommen worden als BRAGIDA, wie ein Journalist berichtete. Küch habe das Thema neu besetzt, indem er zwischen Geflüchteten, die »wirklich Hilfe suchen«, und solchen, »die sich druntergemogelt und die Situation ausgenutzt haben«, unterschieden habe (I16). Zwar sei ihm »völlig egal, aus welchem Land ein Straftäter kommt«, sagte Küch, »aber unsere Arbeit

274 Siehe Bündnis gegen Rechts Braunschweig: Freisprüche und Einstellungen: Polizei scheitert mit Kriminalisierungsversuchen, 19.03.2017, URL: <http://buendnisgegenrechts.net/2017/03/19/freisprueche-und-einstellungen-polizei-scheitert-mit-kriminalisierungsversuchen/> [eingesehen am 26.03.2019].

275 Zur Rolle der Polizei auf NoPegida-Kundgebungen vgl. Marg u.a.: NoPegida, S. 55ff.

276 Siehe Küch, Ulf: Soko Asyl. Eine Sonderkommission offenbart überraschende Wahrheiten über Flüchtlingskriminalität, München 2016.

ist es, Straftaten zu verhindern«. ²⁷⁷ Die BZ beurteilte die SoKo retrospektiv positiv, habe die Bevölkerung durch sie doch den Eindruck erhalten, »hier wird was getan«, es werde »Klartext« gesprochen und Braunschweig habe »genug Rückgrat, um die Wahrheit zu verkraften«. ²⁷⁸ Schließlich habe man BRAGIDA, die in Kombination mit der steigenden Kriminalität um die LAB zur Einrichtung der SoKo geführt habe, in der Tat die Stirn geboten.

In dieser Deutung wurde BRAGIDA ein öffentlicher und legitimer Stellenwert zugesprochen, weil die Demonstranten als Agendasetter fungierten und die Debatte aufgeheizt hätten. Die SoKo wiederum beanspruchte für sich, Braunschweig und die durch BRAGIDA ausgelöste Unruhe befriedet zu haben:

»Verändert habe sich auch die Stimmung in der Stadt. Der PEGIDA-Ableger ›Bragida‹ habe Anfang des Jahres Hunderte Anhänger gehabt. Die Demonstration findet immer noch jeden Montag statt, es kommen aber nur noch eine Handvoll Menschen. ›Wir haben ihnen den Wind aus den Segeln genommen‹, sagt Küch.« ²⁷⁹

In Küchs Wahrnehmung sei die SoKo nicht bloß eine Reaktion auf BRAGIDA gewesen, sondern habe die Bewegung in der Folgezeit gleichsam dezimiert und sich das »Vertrauen der Bürger erarbeitet« ²⁸⁰. Die Kritik, Küchs Äußerungen über kriminelle Geflüchtete seien »unnötiges Benzin in das Feuer von Bragida« ²⁸¹, verhalte indes relativ ungehört. Wohl aber wiesen antifaschistische Gruppen darauf hin, dass der Staat eine massive Mitschuld an der politischen Großwetterlage trage – Akteurinnen wie BRAGIDA fühlten sich durch restriktive Maßnahmen nur bestätigt. ²⁸² Der Vorwurf, durch Restriktionen gegen den Gegenprotest und durch ein Wegschauen der Stadtgesellschaft eine Mitschuld an BRAGIDA zu tragen, bildete den äußersten Standpunkt auf der Skala des Umgangs der Akteure mit BRAGIDA.

5.5 Deutungen BRAGIDAS und Konsequenzen für die »Braunschweiger Normalität«

Was lässt sich nun, in Kenntnis der Bandbreite der Reaktions- und Umfangsformen, über BRAGIDA in der Stadtgesellschaft aussagen? Welche Deutungen lassen

277 Zit. nach Meifert, Jens: Delikte von Migranten. In Braunschweig ermittelt eine eigene Soko – auch ein Modell für Köln?, in: Kölnische Rundschau, 13.01.2016.

278 Richter, Ann Claire: Soko Asyl hilft allen, in: Braunschweiger Zeitung, 18.08.2015.

279 Meifert: Delikte von Migranten.

280 Zit. nach Rose, Marco: Ein Kripo-Chef kämpft gegen Vorurteile, in: Aachener Nachrichten, 02.02.2016.

281 Kalla, Fabio: Soko Asyl eingerichtet, in: taz, 20.08.2015.

282 Siehe Antifaschistisches Plenum: No Pegida! No Bragida!, S. 9ff.

sich schlussendlich herausstellen und inwiefern treten sie in Beziehung zum geschilderten Selbstverständnis Braunschweigs – wurde dieses gar durch BRAGIDA unter Druck gesetzt? Was sagen die Deutungen über das stadtgesellschaftliche Normgefüge aus, lässt sich ein durchscheinendes Normenkorsett, eine Schnittmenge in der Braunschweiger Stadtgesellschaft, ausmachen, die durch die Debatte um BRAGIDA kurzfristig sichtbar wurde? Und welche Normalität wird wann von wem wie verteidigt?²⁸³ Welcher Grad an politischer Radikalität erscheint als legitim, wo beginnt der Affront?

Diese Fragen sind gerade deshalb von Relevanz, da an den Reaktions- und Umformsformen ersichtlich wurde, dass das jeweilige Interaktionsmuster – die Wechselwirkung von Reaktion und Umgangsform – zu ganz unterschiedlichen, teils konträren Konsequenzen führte, wie BRAGIDA prinzipiell gedeutet wurde. Deshalb soll im Folgenden eine Annäherung versucht werden, was der Verdichtungsraum Braunschweig in seiner Aushandlung BRAGIDAS als »Normalität« ansah und welche Grenzziehungen jeweils in Interaktion mit BRAGIDA stattfanden. Kurzum: Gibt es einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der sich – mit BRAGIDA als Skalpell – als Braunschweiger Normalität herauspräparieren lässt?

Normalität unter Druck

BRAGIDA hat in Braunschweig offenbart, dass die städtische Normalität – deren Schemen wir uns lediglich annähern können – unter Druck geriet. Doch was hat BRAGIDA, eingebettet in eine bundesdeutsche Entwicklung, in Braunschweig an die Oberfläche gespült?

»Unsere offene Gesellschaft steht von verschiedenen Seiten unter Druck«²⁸⁴ – so konstatierte Ministerpräsident Stephan Weil anlässlich des Anschlages auf Charlie Hebdo und angesichts der zeitgleich in Niedersachsen aufkommenden GIDAS. Der gemeinsame gesellschaftliche Ort werde nicht nur durch BRAGIDA, sondern auch durch Fluchtbewegungen, durch ein Abwenden von der Demokratie, gefährdet, die Gesellschaft erfahre eine spürbare Verunsicherung, welche die CDU, zu »mehr Gelassenheit« ratend, allerdings relativierte, denn: »Nie gab es in Deutschland und Niedersachsen ein solches Maß an Freiheit, Toleranz, Gleichberechtigung, Weltoffenheit und Neugier auf die Welt wie heute.«²⁸⁵ Natürlich müssten diese Normen verteidigt werden, möglicherweise drohe gar »ein neuer Kultur-

283 Zur mitschwingenden Problematik einer »guten Normalität« und »mittigen Bürgern« vgl. im Zusammenhang mit PEGIDA auch Barp, Francesca/Eitel, Hannah: Weil die Mitte in der Mitte liegt, in: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2017, S. 111–141, hier S. 111ff.

284 Zit. nach Niedersächsischer Landtag: »Nous sommes Charlie«, Drs. 17/2765, S. 5043.

285 Ebd., darin: Replik von Björn Thümler, hier S. 5049.

kampf« – doch sei er eben noch nicht da. In eine ähnliche Kerbe schlug bemerkenswerterweise ein Aktivist des BgR im Sommer 2015, der sowohl AfD als auch BRAGIDA damals für ein zeitlich begrenztes Phänomen hielt. »Und dann ziehen sich die Leute [...] alle wieder in ihre Schneckenhäuser aus Vorgärten und Schrebergärten zurück und ja, bei Stammtischen wird weiter gepöbelt, und also dass es eine breite Bewegung ist [...], das ist vorbei« (I18). Das Antifaschistische Plenum hingegen machte den eigentlichen Feind im »bürgerlichen Staat [...] mit einer demokratischen Lackierung, der auf Problemlagen nur mit Verboten, Gesetzesverschärfungen, Ausgrenzung und Kriminalisierung reagiert«²⁸⁶, aus. Die VVN sprach von einer »dramatisch[en] [...] Mobilmachung von rechts«²⁸⁷.

Unterschiedliche Akteure konstatierten also, dass eine vermeintliche »Normalität« herausgefordert werde, denn die Wahrnehmung der politischen Kräfteverhältnisse eines großen Teils der Gesellschaft war von der Manifestation rechtsradikaler Kräfte im Stadtbild gestört, wie sich an BRAGIDA zeigte: Die Bewegung wurde für einen Teil des Segments der Bevölkerung, das traditionsgemäß aufgrund seines bürgerschaftlichen Kerns eine große Deutungskraft besaß, zum Symptom eines Stimmungsumschwungs. Das Aufbegehren auf der rechten Seite des politischen Spektrums erzwang einen Bruch mit der vermeintlichen »Normalität«, die bislang die Kräfteverhältnisse zugunsten bürgerschaftlicher Akteure aus dem links-liberalen Spektrum stabilisiert hatte, die auch »Werte« innerhalb einer Stadtgesellschaft setzten. Doch ist das so konstituierte Normgefüge, das als »Normalität« angesehen wird, durch ein neues politisches Phänomen herausgefordert, wird damit die »Normalität« selbst infrage gestellt.

Was wurde gegen BRAGIDA verteidigt?

An drei Anlässen lässt sich veranschaulichen, welche Normen und Normalität die jeweiligen Akteure für verteidigungswürdig hielten und ob sich dies im Zeitverlauf änderte. Denn – so die Hypothese – sobald die eigene Normalität unter Druck gerät, eine Unsicherheit in der eigenen Deutung besteht, setzt ein Aushandlungsprozess darüber ein, was verteidigt werden soll, der auch die grundlegenden Normen aufblitzen lässt, die sich durch die Aushandlung wieder verfestigen. Dieser Prozess lässt sich symptomatisch anhand der BRAGIDA-Veranstaltungen am 30. März in der Nähe der LAB, des Besuches von Lutz Bachmann am 19. April und des Demonstrationsgeschehens am 9. November des Jahres 2015 exemplifizieren.

Am 30. März intensivierte sich die Berichterstattung über BRAGIDA nochmals – die Wahl des Demonstrationortes, direkt an der LAB, war als große Provokation

286 Antifaschistisches Plenum: No Pegida! No Bragida!, S. 4.

287 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Niedersachsen: »Demagogie bekämpfen! Asylrecht verteidigen! Geflüchtete unterstützen!«

empfunden worden, hatte es dort doch bereits zuvor Versuche der Raumanneignung gegeben, indem fremdenfeindliche Flyer verteilt und NPD-Sticker verklebt worden seien. Die BZ urteilte: »Bekannt ist, dass sich die NPD im Kielwasser von BRAGIDA in der Schunterau positionieren will.« Die Stadt erlaubte – sehr zur Empörung der lokalen Politiker, die eine »Eskalation« befürchteten (»im Stadtteil brodelte es«²⁸⁸) – eine Demonstration in unmittelbarer Nähe der LAB auf dem Tostmannplatz. Die Formulierung der bewussten »Provokation«²⁸⁹ griff die BZ in einem Kommentar auf, der sich – wie die meisten BZ-Meinungsstücke – als Stimme überwiegend des städtischen Bürgertums gerierte. Längst sei klar, dass BRAGIDA »keinerlei Bindungskraft für die normale Bevölkerung entfaltet«, sondern nur für »Krawallmacher von überall her«. Doch statt aufzugeben, setze BRAGIDA nun auf offene Provokation und »zündele« so lange, »bis wirklich etwas passiert [...]«. Das ist erbärmlich, gefährlich – und lässt jedes Maß an bürgerlicher Verantwortung für ein intaktes Gemeinwesen vermissen. [...] Es wird Zeit, dass die normalen Bürger Bragida zeigen, was davon zu halten ist: Wir wollen das nicht. Das hat unsere Stadt nicht nötig und das hat sie nicht verdient.« Ein Statement, das klar zeigt, welche Form von zugeschriebener – und normativ gewünschter – »Normalität« am Tostmannplatz verteidigt wurde. Auch im *European* illustrierte ein Anwohner anschaulich, welche Normalität durch BRAGIDA gestört wird: Der Tostmannplatz sei

»so etwas wie der Mittelpunkt unseres beschaulichen Vorstadt-Stadtteils ›Schuntersiedlung‹. Kleine Häuschen ohne viel Pomp, erbaut von den Nationalsozialisten für die zum Teil auch aus dem Rheinland importierten Arbeiter des damals neuen Volkswagen-Werkes, die auch den Karneval nach Braunschweig brachten, der – Ironie der Geschichte – dieses Jahr ausfiel wegen Warnung vor islamistischem Terror. Sie sehen schon, irgendwie gehört alles irgendwie zusammen.«²⁹⁰

Die Vorstellung einer Demonstration auf »unserem verschlafenen Tostmannplatz – ein Lottoladen, zwei Bänke, der Schaukasten der CDU und der SPD und ein Zahnarzt« – hielt der Autor für eine »gruselige Vorstellung«, freilich vor allem aus Perspektive des Schutzsuchenden. Allerdings:

»Einen Vorfall wie in Rostock wird es hier nicht geben. Schon gar nicht in der Schuntersiedlung, einem traditionellen Arbeiterviertel, das heute von vielen Alternativen, von engagierten und – na klar – politisch links stehenden Menschen bewohnt wird, [die] wissen, wie gewinnbringend es sein kann, auf engem Raum gut miteinander auszukommen.«

288 Stachura, Jörn: Der Schuntersiedlung droht das Chaos, in: Braunschweiger Zeitung, 27.03.2015.

289 Hier und im Folgenden Noske, Henning: Provokation, in: Braunschweiger Zeitung, 27.03.2015.

290 Hier und im Folgenden Wallasch, Alexander: Nicht mit uns!, in: The European, 27.03.2015.

Denn man vertraue auf »nachbarschaftliche Obacht und, ja, auch das: auf den Rechtsstaat. Hier passt jeder noch ein bisschen mehr auf den anderen auf, als in der Innenstadt.« Es sei

»eine Bürgerpflichtaufgabe aufzustehen, beizustehen und den einmarschierenden überzeugten Abendländern klar und in aller Deutlichkeit zu sagen: ›Ja, es gibt Probleme! Das wollen wir nicht bestreiten. Aber wir lösen solche Probleme hier auf unsere Weise. Auf eine bessere Weise. Mit Anstand und Moral.«

Auch auf die Aufkleber der NPD ging der Anwohner ein:

»Da steht etwas von ›Identität‹. Die man zeigen soll. Also als ethnisch Deutscher. Das finde ich gut. Das werden wir hier am Montag gerne machen. Wir werden eine Identität vorstellen, die wir hier gemeinsam teilen. Und die ist selbstbewusst und hat etwas Unverrückbares in ihrem Wesenskern: funktionierende Alarmsensoren, wenn Menschlichkeit und Mitgefühl vakant zu werden drohen. Wir bleiben also achtsam [...], wie es sich für jeden guten Menschen gehört.«²⁹¹

Eine ähnliche Stoßrichtung hatten weitere Kommentierungen, die Hinweise auf die (zumindest von der Presse antizipierte) Positionierung der Braunschweiger Stadtgesellschaft gaben, deren Verhalten nur vereinzelt kritisiert wurde, wie etwa am 16. Januar 2015 anlässlich des Anschlags auf Charlie Hebdo. Dort hieß es:

»Es hätte Braunschweig schon am Dienstag gut zu Gesicht gestanden, auf die Straße zu gehen. Gemeinsam mit der Islamischen Gemeinschaft [...]. Aber wo waren all die Braunschweiger, die angekündigt haben, am Montag den Schulterchluss demonstrieren zu wollen? Sie haben ihre muslimischen Nachbarn im Regen stehen[ge]lassen.«²⁹²

Drei Tage später waren die Vorwürfe jedoch vergessen, da das Zeichensetzen gegen BRAGIDA gelungen war. Unter der Überschrift »Danke, Braunschweig« bedankte sich der Chefredakteur der *BZ* emotional bei seiner Stadt, die einen »Paukenschlag« gesetzt habe – »das hat richtig gut getan«.²⁹³ Es wirkte fast so, als habe er stille Zweifel gehegt, dass Braunschweig wirklich ein antirassistisches Gesicht zeigen würde. Der Text illustriert, wie sehr man auf das städtische Image bedacht war, »denn eine Kultur- und Forschungsstadt, eine Stadt erfolgreicher Unternehmen und selbstbewusster Bürger kann und will es nicht hinnehmen, dass mit Ängsten Stimmung gemacht wird«. Zwar wurde ein Konzessionsabsatz angefügt, dass man besorgte Bürger in einer Demokratie mitnehmen müsse; doch »die Wut-Bürger

²⁹¹ Ebd.

²⁹² Richter: In die Falle gestolpert.

²⁹³ Hier und im Folgenden Noske, Henning: Danke, Braunschweig, in: Braunschweiger Zeitung, 19.01.2015.

selbst müssen sich überlegen, ob es das ist, was sie meinen, wenn Neonazis und Ausländerfeinde ihre Demonstration benutzen und umfunktionieren. Solche PEGIDA-Demos braucht Braunschweig nicht.«

Der Kommentar vom 23. Januar 2015 triumphierte, wie viele Menschen sich zum Gegenprotest versammelt hätten, »um Gesicht zu zeigen [...]. Die Bürgergesellschaft zeigte ihre Vitalität« – ein »guter Tag für die Meinungsfreiheit«, »weil so viele Bürger für ihre Überzeugungen eintraten, weil die hiesige PEGIDA-Gruppierung trotz aller Einschränkungen demonstrieren konnte, und weil sich die ›Lügenpresse‹-Propaganda als Rohrkrepiierer erwies«. Außerdem freute man sich über die Gesprächsbereitschaft der BRAGIDA-Organisatorinnen, die sich »klar und deutlich« von Rechtsradikalen distanziert hätten; »das war gut, denn es schafft die Basis, auf der eine Diskussion zwischen Demokraten unterschiedlicher Auffassungen erst möglich wird.«²⁹⁴ Auch hier zeigt sich, welche Deutungen von BRAGIDA miteinander rangen und welche ambivalenten Sichtweisen miteinander konkurrierten. Denn die Organisatorinnen wurden als »Demokraten« etikettiert, die somit eine legitime Position innerhalb der »Normalität« beanspruchen könnten.

Andererseits wuchs der Unmut der Braunschweiger, dass das Alltagsleben durch die Demonstrationen behindert werde und zu viele Ressourcen fordere.²⁹⁵ Vor allem die Verkehrsstörungen sorgten für Unmut, die BZ fragte in der Rubrik »Reden Sie mit«: »Sind Sie auch genervt von den Demonstrationen in der Innenstadt?«²⁹⁶ Während Grüne und SPD um Verständnis warben und auf das Demonstrationsrecht verwiesen, stellte sich die CDU auf die Seite der klagenden Bürger und fand es »absolut nicht schön«²⁹⁷, wie das Braunschweiger Leben durch Demonstrationen lahmgelegt werde. Die BRAGIDA-Organisatorin Müller gerierte sich daraufhin aus taktischen Gründen als eine die Klage der Braunschweiger aufnehmende Akteurin und deutete an, die Demonstrationsorte zu verlegen, um »nicht den Unmut der Bürger zu wecken«²⁹⁸. Auch der Kommentar »Es nervt langsam, bitte einstellen!«²⁹⁹ verwies auf die empfundene Belastung. Der Tenor der vom Protestgeschehen Genervten³⁰⁰ wurde zunehmend lauter, zudem wurde

294 Maus: Der Kampf um jeden Einzelnen.

295 Siehe Dartsch, Katja: Kritik an Demos vor dem Schloss, in: Braunschweiger Zeitung, 02.02.2015.

296 Dartsch, Katja/Stachura, Jörn: »Bragida« zieht vor Rathaus, in: Braunschweiger Zeitung, 05.02.2015.

297 Zit. nach Dartsch: Kritik an Demos vor dem Schloss.

298 Zit. nach Dartsch/Stachura: »Bragida« macht keine Pause.

299 Noske, Henning: Es nervt langsam, bitte einstellen!, in: Braunschweiger Zeitung, 03.02.2015.

300 Diese Haltung lässt sich auch über schriftliche Äußerungen nachweisen, etwa bei Klingenberg, Axel: Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! Wie Deutschland verblödet, Meine 2015. Außerdem artikuliert sie sich in zahlreichen Leserbriefen in der BZ ebenso wie in O-Tönen des *Deutschlandfunk*: »Nervig manchmal, mittlerweile finde ich es nur noch nervig, denn es ist

eine klare Grenze dessen definiert, was in der Stadt als tolerabel galt – und was nicht. Unter der Überschrift »Unerträglich« schrieb die BZ:

»Es reicht. Es ist genug. Diese Stadt hat wahrlich andere Sorgen, als sich unablässig mit Entgleisungen und Verschwörungstheorien zu beschäftigen. [...] Es ist unerträglich, wie als bürgerlicher Protest in Sorge um die Demokratie angemeldete Demos sich regelmäßig überwiegend als Aufmarsch Rechtsradikaler entpuppen. Der Oberbürgermeister hat dazu im Rat das richtige Wort gesagt: Braunschweig will sie nicht!«³⁰¹

Im Fokus der Berichterstattung stand nun kontinuierlich der hohe Aufwand, den BRAGIDA (und der Gegenprotest) insbesondere für die Polizei und die nicht beteiligte Stadtgesellschaft bedeute. Am Rosenmontag verzichtete BRAGIDA auf eine Demonstration, da man der Polizei »keinen weiteren Großeinsatz zumuten«³⁰² wolle, woraufhin auch die Gegenveranstaltung abgesagt wurde, ebenso für den nächsten Montag, weil da ein Heimspiel der Eintracht stattfindet.³⁰³ Eintracht und Karneval reibungslos funktionieren zu lassen: eine Normalität, auf die sich BRAGIDA und der Gegenprotest einigen konnten.

Bereits drei Wochen nach der Demonstration in Kralenriede war die Stadtgesellschaft anlässlich des Besuches von Lutz Bachmann am 19. April 2015 erneut aufgefordert, Haltung zu zeigen. Das BgR versuchte noch einmal verstärkt, die Stadtgesellschaft zu einer Protestgeste zu motivieren, sollte die Stadtverwaltung den Aufmarsch nicht untersagen. »Wir meinen, dass diese Veranstaltung im Zentrum unserer Stadt nichts zu suchen hat. Sie ist nicht nur eine unglaubliche Zumutung, sie ist auch eine Gefahr für uns«; es sei »gut, dass wir nie aufgehört haben, uns gegen Bragida zu wehren«³⁰⁴ – eine Formulierung, die suggerierte, das Protestgeschehen ziehe sich bereits endlos hin. Man protestiere für eine »bunte, tolerante und vielfältige Stadt«, in der es »keinen Platz für antimuslimischen Rassismus und dumpfe Vorurteile gegen Flüchtlinge« geben und in der BRAGIDA »keinen Meter laufen« dürfe.³⁰⁵

jeden Montag.« »Das sieht sehr chaotisch aus, darum gehen wir weiter – genießen unseren Tag.« »Wir ärgern uns, dass hier jede Woche die Polizisten stehen müssen für diese Veranstaltung, das ist ein Unding, wie oft die hier schon stehen müssen, um die paar Männecken auseinanderzuhalten, es ist eine Frechheit.« »Das kostet den Steuerzahler!«, zit. nach: Gorille: Bragida-Bewegung.

301 Noske, Henning: Unerträglich, in: Braunschweiger Zeitung, 28.02.2015.

302 O.V.: Rosenmontag keine Demo der »Bragida«, in: Braunschweiger Zeitung, 13.02.2015.

303 Siehe Fiene, Jörg: Bohlweg wird komplett gesperrt, in: Braunschweiger Zeitung, 21.02.2015.

304 Bündnis gegen Rechts Braunschweig: Ver.di appelliert an die Stadt: »Bragida verbieten!«, 14.04.2015, URL: <http://buendnisgegenrechts.net/2015/04/14/ver-di-appelliert-an-die-stadt-bragida-verbieten/> [eingesehen am 26.03.2019].

305 Bündnis gegen Rechts Braunschweig: Pegida-Chef Bachmann kommt nach Braunschweig – Bündnis gegen Rechts kündigt lautstarke Proteste an, 14.04.2015, URL: <http://>

Auch hier zeigt sich in der Wortwahl, dass ein eigener, durch bestimmte Normen umrissener Raum gegen BRAGIDA verteidigt werden musste, und zwar Meter für Meter. Die kämpferische Haltung des BgR hatte sich durch einen Angriff dreier Rechtsradikaler, die aus dem BRAGIDA-Umfeld gestammt haben sollen, auf das alternative Brunsviga-Zentrum noch verstärkt – laut Angaben der Polizei eine »politisch motivierte Tat«³⁰⁶. Dennoch blieb der Mobilisierungserfolg gering,³⁰⁷ die Klage des BgR, in Hör- und Sichtweite zu protestieren, war abgewiesen worden, die Stadt erklärte erneut, weshalb sie Aufmärsche nicht einfach verbieten könne.³⁰⁸

Augenfällig war: Der teils kreative Gegenprotest, der den Protagonisten und das Datum thematisierte (»Die Partei« trug Schilder mit Slogans wie »Mutter, der Mann mit dem Koks ist da« oder »Der Führer wäre stolz auf euch«), zog kaum die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich. Dem Großteil der Braunschweiger blieb BRAGIDA gleichgültig, solange die Demonstration nicht die Infrastruktur und das Alltagsleben störte; denn parallel fand der »Auto-Mode-Frühling« statt, sodass die *BZ* titelte: »Heißer Sonntag mit Shopping und Bragida«, an dem das Stadtmarketing auf die »Expertise von Polizei und Stadt« vertraue, auf dass der störungsfreie »Ablauf des verkaufsoffenen Sonntags nicht gefährdet«³⁰⁹ sei. Der Manager der Schloss-Arkaden erklärte: »Das ist kein freundliches Verhalten der BRAGIDA, ihre politische Kundgebung ausgerechnet an einem Ort zu machen, wo Menschen der Region sich auf ein schönes Einkaufserlebnis freuen.«³¹⁰ Die Einkaufenden äußerten sich achselzuckend bis ablehnend, dass Demos am verkaufsoffenen Sonntag erlaubt würden.³¹¹ Der Kommentar der *BZ* formulierte: »[Wir] haben etwas dagegen, wenn Pegida und BRAGIDA Unfrieden nach Braunschweig bringen, wo er zum

buendnisgegenrechts.net/2015/04/14/pegida-chef-bachmann-kommt-nach-braunschweig-buendnis-gegen-rechts-kuendigt-lautstarke-proteste-an/#more-2139 [eingesehen am 26.03.2019].

306 Vgl. Richter, Ann Claire: Opfer gerieten wohl zwischen die Fronten, in: Braunschweiger Zeitung, 14.04.2015.

307 Siehe o.V.: Rund 700 Menschen demonstrieren gegen Pegida-Gründer, in: Die Welt, 19.04.2015. Bachmann sprach vor etwa 110 Anhängern; vgl. o.V.: Demo gegen Pegida-Gründer, in: Weser Kurier, 20.04.2015.

308 Siehe Richter, Ann Claire: Warum die Stadt Bragida-Aufmärsche nicht einfach verbieten kann, in: Braunschweiger Zeitung, 17.04.2015.

309 Zit. nach Richter, Ann Claire: Heißer Sonntag mit Shopping und Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 15.04.2015.

310 Zit. nach Richter, Ann Claire: »Bündnis gegen Rechts« fühlt sich an den Rand gedrängt, in: Braunschweiger Zeitung, 16.04.2015.

311 Siehe Dartsch, Katja: Mode und Autos locken die Besucher, in: Braunschweiger Zeitung, 20.04.2015. Diesen Eindruck stützt auch unsere Feldforschung: Als wir nach der Demonstration im Café saßen, unterhielten sich die Gäste über BRAGIDA. Sie hatten eine Teilnahme am Gegenprotest erwogen, aber dann sei das Wetter doch zu schön gewesen und so sehr habe es sie dann auch nicht interessiert.

Glück noch nicht ist.«³¹² Zwar dürfe BRAGIDA »selbstverständlich« auch eine unliebsame Meinung vertreten und es sei zu »respektieren«, wenn sie sich »sorgen«. Allerdings sei in Braunschweig kein Platz für »Dummheit« und »Hetze«, deswegen würden »Wir Patrioten« genau hinhören, wenn »einer wie Lutz Bachmann« in die Stadt komme.

Das letzte symbolische Gefecht mit Erregungspotenzial wurde um den 9. November 2015 geführt: Gerade an diesem Tag hätten »Neonazis, Rechtspopulisten, Rassisten und Hooligans am zentralen Platz der Stadt nichts zu suchen – sonst übrigens auch nicht«³¹³, gab etwa ver.di zu Protokoll. Die Stadt aber sah das anders: BRAGIDA durfte ausgerechnet auf dem Platz der Deutschen Einheit demonstrieren und verdrängte den Gegenprotest,³¹⁴ das BgR sprach von einem »Schlag ins Gesicht«³¹⁵, die Stadt wiederum argumentierte mit dem Erst-Anmelder-Prinzip und der Befürchtung, es seien gewalttätige Ausschreitungen zu erwarten.

Interessanterweise wurde argumentiert, dass beide Demonstrationen einen örtlichen Bezug aufwiesen, sodass eine Grundrechtsabwägung vorgenommen werden müsse: BRAGIDA wolle den Mauerfall thematisieren, während das Bündnis an die Pogrome von 1938 erinnern wolle. Bemerkenswerterweise sah sich das BgR in seiner Einschätzung des Verhaltens der Behörde als »fatales politisches Signal« in diesem Fall im Einvernehmen mit allen Ratsfraktionen – auch wenn manche die Rechtmäßigkeit der Entscheidung anerkannten. Die Braunschweiger SPD hielt eine BRAGIDA-Veranstaltung an diesem Datum grundsätzlich »für völlig unangemessen und das Thema Mauerfall für vorgeschoben. Der Stadt Braunschweig obliegt es aber nicht, nach politischen Kriterien Demonstrationen zuzulassen oder abzulehnen.« Deshalb könne man »die juristische Argumentation nachvollziehen«, auch wenn man sich »eine andere Entscheidung gewünscht hätte«. Die Praxis zeige jedoch »erfreulicherweise, dass BRAGIDA in Braunschweig nicht Fuß fassen kann«³¹⁶.

Auch Ministerpräsident Weil hatte Anfang des Jahres betont, dass man die Rechte auch unliebsamer Minderheiten nicht beschneiden, sie jedoch durch einen mehrheitlichen Normenkonsens in einer »wehrhaften Demokratie« delegitimieren dürfe. Expressis verbis:

»Wir haben etwas zu verteidigen in Deutschland und in Niedersachsen: eine Gesellschaft, die auf Vielfalt und Toleranz setzt. Wir haben etwas zu verteidigen gegen Hass und Gewalt, gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Wir haben ei-

312 Hier und folgend Noske, Henning: Was will Lutz Bachmann in Braunschweig?, in: Braunschweiger Zeitung, 16.04.2015.

313 Zit. nach Steiner, Cornelia: 9. November – Ärger um Kundgebungen, in: Braunschweiger Zeitung, 03.11.2015.

314 Siehe o.V.: Bragida darf vorm Rathaus demonstrieren, in: Braunschweiger Zeitung, 04.11.2015.

315 Zit. nach Steiner, Cornelia: Jahrestag der Pogromnacht – Bragida darf vor das Rathaus, in: Braunschweiger Zeitung, 04.11.2015.

316 Alle Zitate, ebd.

nen Staat zu verteidigen, der wie wenige andere auf der Welt eine freie und offene Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Erfolg zu verbinden versteht.«³¹⁷

Weil instrumentalisierte hier die Zivilgesellschaft als Akteur, »den Staat« zu verteidigen, den er zum Garanten der gemeinsamen Werteordnung erklärte.

Die Braunschweiger Grünen gestanden der Versammlungsbehörde zwar zu, sich »die Entscheidung nicht leicht gemacht« zu haben, allerdings sei sie »nur schwer erträglich«. Wie die SPD verwiesen auch sie darauf, dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für alle gelte, und zeigten sich überzeugt: »Unsere gefestigte demokratische Gesellschaft hält das aus«, man werde gemeinsam gegen »den braunen Ungeist demonstrieren«.³¹⁸ Die Grünen waren von Beginn an aktiv am Gegenprotest beteiligt gewesen und hatten auf ihrer Website bereits am ersten Protest-Montag ihre Position verdeutlicht: »Danke Braunschweig, gut gemacht!« Der Tag werde »in die Geschichte unserer Stadt eingehen! Als der Tag, an dem Tausende von Menschen für ein weltoffenes und tolerantes Braunschweig demonstrierten. Im Vergleich zu den paar Hundert Demonstranten von »Pegida«/»Bragida« (ca. 500 – mehrheitlich zugereiste Rechtsextremisten) waren sie in deutlicher Überzahl [...]. Sie kamen aus allen Richtungen, geographisch und politisch«.³¹⁹

Dieser Text zeigt, dass hier eine harmonisierende Stadtgesellschaft einem unliebsamen Störer seine Grenzen aufzeigen wollte. Die klare Botschaft lautete: Die Stadt gehört allen – nur nicht (so jedenfalls implizit) BRAGIDA und von außerhalb zugereisten Demonstranten; man müsse, wie die damalige Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Gabriele Heinen-Kljajić, am 2. Februar 2015 klarstellte, eine »Gegenöffentlichkeit«³²⁰ organisieren, wofür es eines »politischen Minimalkonsens« bedürfe: Demokratische Parteien dürften nicht der Versuchung erliegen, »durch Bedienen dieser Ressentiments auf Stimmenfang zu gehen«.³²¹ Die Ministerin appellierte an die Braunschweiger, sich als *eine* Gesellschaft zu begreifen und mit dem Gegenprotest ein Signal auszusenden, dass »wir uns in Braunschweig nicht auseinanderdividieren lassen [...] als wehrhafte Demokraten«³²². Am 9. November 2015 setzten sich die Grünen letztlich über die Vorgaben der Behörden hinweg und verlegten ihren Protest doch noch auf den Platz der Deutschen Einheit, »obwohl

317 Niedersächsischer Landtag: »Nous sommes Charlie«, Drs. 17/2765, S. 5048.

318 Alle Zitate nach Steiner: Jahrestag der Pogromnacht.

319 Grüne Braunschweig: »Danke Braunschweig, gut gemacht!«, 21.01.2015, URL: <http://gruene-braunschweig.de/danke-braunschweig-gut-gemacht/> [eingesehen am 26.03.2019].

320 Grüne Braunschweig: Rede von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić zu »Bragida« in Braunschweig.

321 Zit. nach o.V.: Wieder Bragida-Demo: Heinen-Kljajić fordert Willkommenskultur, in: Bild, 02.02.2015.

322 Grüne Braunschweig: Rede von Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić zu »Bragida« in Braunschweig.

dieser eigentlich nur dem (lächerlich kleinen) rechten Haufen zur Verfügung stehen sollte. Wir GegendemonstrantInnen waren aber der Meinung, dass vor dem Rathaus auch Platz für uns ist und sein muss! (Die Polizei nahm's gelassen und reagierte besonnen ...)»³²³. Die grünen Ratsmitglieder erkämpften sich also gegen die Anordnung der Stadt ihren Raum zum Demonstrieren.

Die stärkste Kritik anlässlich des 9. November 2015 übte indes die BIBS. BRAGIDA bereite »durch die Art ihrer Diktion den Boden für fremdenfeindliche Gewalttaten vor allem gegen Flüchtlinge«, weshalb die Entscheidung der Stadt »in keinsten Weise nachvollziehbar und geradezu unerträglich« sei; »eine BRAGIDA-Demonstration an diesem Tag an diesem Ort schädigt die Würde der Opfer. Wir erwarten mehr Rückgrat von unserem Oberbürgermeister und fordern ihn auf, sich Umtrieben mit fremdenfeindlichen- und rechtsradikalem Hintergrund in der Stadt entschiedener als bisher entgegen zu stellen und entsprechend zu handeln.«³²⁴ In ähnlicher Diktion bezeichnete die LINKE die Entscheidung als »beschämend« – und monierte, dass sich im Rahmen des Versammlungsgesetzes eine andere Lösung hätte finden lassen.³²⁵ Die Stadt selbst hielt eine Gedenkveranstaltung ab, in deren Rahmen u.a. Markurth an der ehemaligen Synagoge Kränze niederlegte³²⁶ – eine symbolische Geste, welche die Gemüter jedoch kaum besänftigen konnte. Interessanterweise hatte auch die CDU die Entscheidung kritisiert, die von einer »großen Mutlosigkeit« zeuge – »und das in einer Zeit, in der sich die PEGIDA-Verantwortlichen immer weiter radikalisieren und mit ihrer Hetze letztlich Auslöser von körperlicher Gewalt sind«; man hätte sich »gewünscht, dass die Verwaltung nicht so schnell einknickt«.³²⁷ Derart klare Worte hatte die Braunschweiger CDU zuvor selten gewählt, stattdessen eher versucht, sich als Anwältin von Recht und Ordnung im Verbund mit der Polizei zu profilieren.

Gemeinsamer Nenner? Normalität ohne Gewalt

Was in einer Stadtgesellschaft als »Normalität« angesehen wird, ist zwischen den lokal als legitim erachteten Akteuren umkämpft und unterliegt Konjunkturen sowie Aushandlungsprozessen. Innerhalb des Bereiches des Akzeptierten gibt es stets einen gewissen Spielraum; sein Resonanzrahmen lässt sich vor allem von außen bestimmen, indem aufgezeigt wird, was als »Normalität« überschreitende Grenze

323 Grüne Braunschweig: 9. November – Erinnern, Gedenken, Handeln!

324 Zit. nach Büchs, Wolfgang: BIBS-Stellungnahme zur Bragida-Demo, in: braunschweig-spiegel.de, 04.11.2015, URL: <https://archiv.braunschweig-spiegel.de/index.php/politik/politik-allgemein/6081-bibs-stellungnahme-zur-bragida-demo> [eingesehen am 13.03.2019].

325 Siehe Steiner: Jahrestag der Pogromnacht.

326 Vgl. o.V.: Bragida am 9. November. Die Rechten waren schneller, in: taz, 09.11.2015.

327 Zit. nach Steiner: Jahrestag der Pogromnacht.

empfundene wird. Im Falle BRAGIDAS bildete eine entscheidende Demarkationslinie die Kategorie »Gewalt«: Die Thematisierung physischer Gewalt erschien als Verdichtung eines gesellschaftlichen Aushandlungsmodus, welche Normalität in Braunschweig verteidigt, was toleriert und was als inakzeptabel empfunden wurde.

Gewalt im Zuge des Demonstrationsgeschehens rückte, beginnend bereits mit der ersten Berichterstattung, im Laufe der Zeit immer stärker in den Fokus. Die Medien identifizierten eine Gewaltspirale: Ab einem bestimmten Zeitpunkt sei es nur noch darum gegangen, »kriegen sie sich in die Haare oder nicht« (I16). Gemäß ihrer Funktion im staatlichen Gefüge betonte die Polizei stoisch, dass es ihre Aufgabe sei, Demonstrationsrecht und -abläufe zu sichern; die Stadt stützte diese Position grundsätzlich: »Dazu gehört auch, eine möglicherweise gewalttätige Konfrontation zwischen den verschiedenen Lagern zu verhindern. [...] Ziel ist die größtmögliche Wahrung der verschiedenen Interessen und für alle Beteiligten einen – sprichwörtlich – gangbaren Weg zu finden.«³²⁸

Noch beeindruckt vom großen Gegenprotest hatte die BZ nach dem ersten Protest-Montag berichtet, »große Auseinandersetzungen zwischen den Lagern und Zwischenfälle [seien] ausgeblieben, doch auf dem Weg zum Bahnhof kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen zwischen PEGIDA-Leuten und Antifa-Demonstranten. Die Polizei zog jedoch insgesamt ein zufriedenes Fazit. »Wir sind froh, dass unser Konzept aufgegangen ist. Es hat alles funktioniert.«³²⁹ Die Berichterstattung in den überregionalen Medien sprach allerdings eine andere Sprache; so berichtete etwa die *Welt* von Böllerwürfen einer »explosiven Stimmung«³³⁰. Erst im Nachgang wurden auch in Braunschweig Stimmen laut, die kritisierten, dass beide Lager nicht ausreichend getrennt worden seien³³¹ und dass der Demonstrationzug von BRAGIDA letztlich untersagt werden musste, weil er blockiert worden war. Am zweiten Demo-Montag berichtete die Polizei, ihr zuvor kritisiertes Einsatzkonzept sei diesmal aufgegangen, trotz Blockade habe man die Lager auf Distanz halten können. Anlässlich einer Blockade bei der dritten Demonstration sprach die BZ von 200 als linksautonom eingeschätzten, mitunter gewaltbereiten Personen.³³² Auch wurde von Blockaden, Flaschenwürfen³³³ und einem Handgemenge mit BRAGIDA-Anhängern berichtet.

328 Richter: Bragida – keine Demo, aber Versammlung auf dem Schlossplatz.

329 Noske/Richter: Pegida-Protest.

330 O.V.: Böller in Braunschweig – Bragida-Demo gestoppt, in: *Die Welt*, 19.01.2015.

331 Siehe Richter/Noske: Künftig jeden Montag Demos in der Stadt?.

332 Siehe o.V.: Warum kommt es zu Krawallen?, in: *Braunschweiger Zeitung*, 05.02.2015.

333 Siehe Stachura, Jörn: Demos sorgen wieder für Verkehrs-Chaos, in: *Braunschweiger Zeitung*, 10.02.2015.

Es zeigt sich: Die Blockadestrategie des Gegenprotestes hatte also mehrfach Erfolg.³³⁴ Anlässlich des Besuches von Bachmann wurde sogar auf der Bühne des Gegenprotestes zur Teilnahme an Blockaden aufgerufen, was angesichts der bürgerlich-akademischen Klientel überraschte, waren doch zuvor konkrete Widerstandsformen eher im linken Spektrum Gegenstand strategischer Diskussionen gewesen.³³⁵ Die Teilnahme an Blockaden blieb in Braunschweig sogar straffrei, sofern diese umgangen werden könnten, da sie dann nicht den Tatbestand einer Nötigung erfüllten³³⁶ – sehr zur Freude des BgR, das »immer deutlich gemacht [habe], dass es angesichts der Welle rassistischer Gewalt richtig sei, nicht nur laut zu protestieren, sondern sich auch mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den rechten Menschenfeinden in den Weg zu stellen«³³⁷. Die Polizei widersprach allerdings Aussagen des BgR, es habe keine Gewalt aus den Gegendemonstrationen heraus gegeben:

»Am vergangenen Montag waren mindestens 200 Antifa-Aktivisten dabei, die eindeutig gewaltbereit waren. [...] Nach Ende der Kundgebungen sollen im Magni-Viertel Linksextreme ältere unbeteiligte Passanten für BRIGIDA-Anhänger gehalten und diese geschlagen haben.«³³⁸

Polizeiliche Ermittlungen wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung wurden aufgenommen. Beim Abzug der Demoteilnehmer sei es zu »zu wechselseitigen Flaschenwürfen aus beiden Lagern und zu Würfeln von Böllern aus den Reihen der autonomen Szene gekommen. Eine aus dieser Gruppe geworfene Glasflasche verfehlte den Kopf eines Polizeibeamten nur knapp.«³³⁹

Und schon dominierte das Thema Gewalt die Berichterstattung in Braunschweig, präjudizierte gewissermaßen weiterführende Debatten:

»Sicherlich hat die Polizei bei der Erfüllung ihrer undankbaren Aufgabe Lehrgeld bezahlt. Die faktische Einkesselung der PEGIDA-Kundgebung war in ihrer Wirkung so besorgniserregend wie die Tatsache, dass sich extreme Linke und Rechte sehr nahe kamen. Wer die Polizeitaktik kritisiert, muss zugleich zur Kenntnis nehmen,

334 Vgl. Dartsch, Katja/Stachura, Jörn: Braunschweig zeigt weiter Flagge, in: Braunschweiger Zeitung, 03.02.2015, aber auch am 19.04. sowie am 26.04.

335 Siehe Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Niedersachsen: »Demagogie bekämpfen! Asylrecht verteidigen! Geflüchtete unterstützen!«

336 Vgl. Appen, Kai v.: Hindernis in fünf Metern Höhe, in: taz, 08.12.2015.

337 Appen, Kai v.: Bragida darf blockiert werden, in: taz, 02.12.2015.

338 Richter/Fiene: »Rechtsextreme agieren wie der Wolf im Schafspelz«, 23.01.2015.

339 O.V.: Polizei ermittelt nach Straftaten rund um »Bragida«-Demo, in: Braunschweiger Zeitung, 23.01.2015.

wie massiv die Militanz auf beiden Seiten war. Da standen sich nicht reife, friedfertige Bürger gegenüber, sondern Leute, die auf Krawall gebürstet sind.«³⁴⁰

Laut der Polizei, die bemüht war, die diskursive Oberhand zu behalten, habe die »sogenannte Problemerklientel«³⁴¹ jedoch zahlenmäßig den Erwartungen entsprochen – am Vortag hatte die Polizei von 300 »Gewaltbereiten aus dem rechtsextremen Lager« und 400 »Linksextremisten« gesprochen.

Nach der harschen Kritik an der Polizei brachte die BZ unter der Überschrift »Meine Frau hat immer Angst um mich«³⁴² das Porträt eines Polizisten, um Verständnis für die Beamten zu wecken. Der Polizist, der »eigentlich immer lächelt«, habe sich am Montag nicht beim Sport entspannen können, sondern »die heikelste Polizei-Aufgabe erfüllen« und BRAGIDA zum Bahnhof eskortieren müssen. Bei diesen Einsätzen sei »Fingerspitzengefühl« gefragt, agiere die Polizei doch als »menschlicher Puffer zwischen gewaltbereiten Demonstranten und Gegendemonstranten«. Obwohl er damit vertraut sei, sagte er: »Man weiß nie, ob man unverletzt nach Hause kommt. Meine Frau hat immer Angst um mich und ein ungutes Gefühl, wenn ich zu solchen Einsätzen fahre.«

Nachdem suggeriert worden war, die Gewalt sei mindestens ebenso stark vom Gegenprotest ausgegangen, forderte das BgR nach der ersten Demonstration seinerseits »deutlich härtere Auflagen und eine klare Ansage der Polizei an den Veranstalter der Bragida«³⁴³ sowie mehr Schutz für die Gegendemonstranten. Auch die BZ vollzog eine Wende, wenn sie fragte, wie viele gewaltbereite »Extremisten« von beiden Seiten am nächsten Montag demonstrieren würden: Einige Tage, nachdem sie nahezu ausschließlich den bunten Gegenprotest gerühmt hatte, schwenkte sie nun auf die Linie ein, aus der bunten, vermeintlichen »Normalität« ohne Gewalt, welche die Braunschweiger emphatisch verteidigten, eine durch »Extremisten beider Lager« gestörte Normalität entstehen zu lassen. Die Demonstrationen würden zunehmend zu einem Magneten für »rechtsradikale Gestalten«, die »hier keiner sehen will«.³⁴⁴ Man könne verlangen, dass »dumpe Volksverhetzer« kein Podium geboten werde; jedoch: Die Aggressionen der Antifa seien »auch nicht besser«. »Hier ist man auch nur auf Krawall aus. Die meisten Bürger sind dieses Schauspiels, das da vermeintlich in ihrem Namen veranstaltet wird, längst überdrüssig.« Auch die Polizei habe »Wichtigeres zu tun«. Der politische Protest und sein Anliegen erscheinen in dieser personalisierten Wahrnehmung auf Gewalttäter re-

340 Maus: Der Kampf um jeden Einzelnen.

341 Zit. nach Richter/Fiene: Polizeipräsident räumt ein: Es waren 8000 Demonstranten, 22.01.2015.

342 Hier und im Folgenden Stachura: »Meine Frau hat immer Angst um mich«.

343 Zit. nach Richter, Ann Claire/Noske, Henning: Die Strategie der Rechtsextremen in der Bragida, in: Braunschweiger Zeitung, 22.01.2015.

344 Hier und im Folgenden Noske: »Es nervt langsam, bitte einstellen!«.

duziert, was zu einer impliziten Gleichsetzung von Protest und Gegenprotest führte.

In der Folgezeit blieb es zunächst friedlich, obwohl »ein erheblicher Anteil der Kundgebungs-Teilnehmer dem rechtsextremen Lager zuzuordnen«³⁴⁵ sei. Dies galt auch für die erste Februar-Demonstration, bei der man mehr »gewaltbereite linke und rechte Demonstranten«³⁴⁶ erwartet hatte. Eine neue Eskalationsstufe schien Ende Februar 2015 erreicht, als Tatjana Festerling Braunschweig besuchte. Die *BZ* titelte: »Die Stimmung heizt sich auf. Ohne den massiven Polizeieinsatz würde die Situation eskalieren.«³⁴⁷ Nun wurde das Aggressionspotenzial zunächst BRAGIDA zugeschoben, von denen »die wenigsten« aus Braunschweig kämen, während Festerling vom »muslimischen Mob« und »linksfaschistischen Schlägertrupps« sprach. Gegenstände flogen, Böller wurden gezündet, die *BZ* meldete, »offene Aggression ist auf beiden Seiten zu spüren«. Im Nachgang der Demonstration wurden vier Strafanzeigen gegen BRAGIDA-Teilnehmer wegen Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole gestellt.³⁴⁸

Erst die Nachberichterstattung machte klar, dass an diesem Tag das Maß dessen, was in Braunschweig akzeptiert wurde, deutlich überschritten worden war. War zuvor Kritik am Gegenprotest laut geworden, hatte man nun, mit den eindeutigen der rechtsradikalen Szene zuzuordnenden Personen, eine Gruppe identifiziert, die man in Braunschweig nicht tolerierte. »Die Bragida-Demonstrationen drohen zu entgleiten und werden für viele zunehmend unerträglich. Und eine Provokation, die man nicht gewillt war zu akzeptieren.«³⁴⁹ Die Stimmung eskalierte, als »ein Pulk von knapp 100 in Schwarz gekleideten Rechtsradikalen [...] am frühen Sonntagabend grölend und fahnenschwenkend durch die Innenstadt [marschierte] – aus Sicherheitsgründen eskortiert von der Polizei«. Doch bei dieser eindeutigen Zuschreibung der Gewaltbereitschaft blieb es nicht: Circa dreißig BRAGIDA-Teilnehmer hätten in der Gruppe gewartet, dass sich die Lage normalisiere und sie »ohne Gefahr und unerkannt heimgehen« könnten. In dieser Deutung gehörten sie nicht zu den Krawallmachern von außerhalb, sondern kamen aus Braunschweig, von ihnen ging folglich keine Gefahr aus, sondern sie wurden hier zur Zielscheibe von Aggressionen des Gegenprotestes – eine interessante Beobachtung, welche die »besorgten Bürger« vor dem Hintergrund der Gewaltfrage im Prinzip als akzeptabler darstellt als die Linksautonomen.

345 O.V.: Braunschweiger Pegida-Demo bleibt friedlich, in: Braunschweiger Zeitung, 27.01.2015.

346 Dartsch/Stachura: Braunschweig zeigt weiter Flagge.

347 Hier und im Folgenden Richter, Ann Claire: Die Stimmung heizt sich auf, in: Braunschweiger Zeitung, 23.02.2015.

348 Vgl. Jonscher, Norbert: Polizei zählte 230 extrem Rechte, in: Braunschweiger Zeitung, 23.02.2015.

349 Hier und im Folgenden Jonscher, Norbert: Ein Tummelplatz für Rechtsradikale, in: Braunschweiger Zeitung, 24.02.2015.

Dass die Polizei überhaupt in der Lage sei, Recht und Ordnung zu verteidigen, darum sorgte sich Ende des ersten BRAGIDA-Jahres die CDU in einer Kleinen Anfrage zur Polizei in Braunschweig, die vor allem auf neue Anforderungen durch die »Flüchtlingssituation und damit verbundene häufige Einsätze im Bereich der Landesaufnahmebehörde (LAB)« abstellte. Allerdings schien sich das bürgerliche Lager vor allem um die Freizeitgestaltung zu sorgen, insbesondere um die Durchführbarkeit der Eintracht-Spiele. Denn die Polizeieinsätze aus besonderem Anlass, zu denen auch Demonstrationen, Fußballereinsätze etc. gehörten, seien von sieben Demonstrationen im Jahr 2013 auf 42 im Jahr 2015 beträchtlich gestiegen. Diese deutliche Steigerung resultiere »fast ausschließlich aus den polizeilichen Einsätzen anlässlich der ›BRAGIDA‹-Versammlungen«. ³⁵⁰

Der Wunsch nach einer gewaltfreien Normalität als Ausfluss bürgerlicher Normvorstellungen wurde zwischenzeitlich nicht mehr in Bezug auf BRAGIDA, sondern stärker noch anlässlich terroristischer Bedrohungssituationen artikuliert, insbesondere nach dem Anschlag auf Charlie Hebdo und als im Februar 2015 der geplante Karnevalsumzug in Braunschweig wegen einer diffus angespannten Sicherheitslage abgesagt werden musste ³⁵¹, was BRAGIDA weidlich ausschaltete. Die Ratspolitiker arbeiteten unter Federführung der Grünen an einer gemeinsamen Erklärung bezüglich der Absage des »Schoduvel«, was jedoch misslang. Allerdings bereitete Oberbürgermeister Markurth eine Rede zur Lage der Stadt vor. Der Rat habe sich zu diesem Thema ein »Debattierverbot« auferlegt, um die Rede nicht »aus Versehen zu zerreden«. ³⁵² Es wurde also nicht mit *gemeinsamer*, aber doch mit *einer* (nicht zur Disposition stehenden) Stimme gesprochen, ohne allerdings einen gemeinsamen Nenner zu finden. Zur »Schadensvermeidung« habe man auf den weiteren Disput verzichtet und dem Bürgermeister »den Stift in die Hand gedrückt«. Man erhoffe sich vom »ersten Bürger der Stadt als überparteilicher Institution«, die Bürger am besten zu erreichen. Die Polizei hoffte

350 Siehe Niedersächsischer Landtag: Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidemarie Mundlos und Thomas Adasch (CDU), Drs. 17/4920: Wie ist die Personalentwicklung der Polizei in der Stadt Braunschweig?.

351 Die Absage wurde überregional medial aufgegriffen; vgl. bspw. Janzen, David: »Warum knallt die nicht endlich jemand ab?« – Nach der Absage des Karnevalsumzuges tobt der virtuelle Mob, in: Zeit Online, 18.02.2015, URL: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2015/02/18/warum-knallt-die-nicht-endlich-jemand-ab-nach-der-absage-des-karnevalsumzuges-in-braunschweig-tobt-virtuelle-mob_18605 [eingesehen am 13.03.2019]; Tempusculum: Braunschweig – eine Stadt – eine Szene – und der Wunsch nach Transparenz, in: Klar-text, 26.02.2015, URL: <https://tempusculum.wordpress.com/tag/bragida/> [eingesehen am 26.03.2019]. Bereits im Januar 2015 war wegen einer Terrordrohung gegen Lutz Bachmann in Dresden ein generelles Demonstrationsverbot ausgesprochen worden.

352 Hier und im Folgenden Fiene: Vor dem Protest-Sonntag.

in der Folgezeit zwar »auf keine zusätzlichen Sympathisanten«³⁵³ für BRAGIDA, stellte sich aber dennoch wieder auf mehr Demonstranten ein.³⁵⁴

Nach dieser Aufregung kehrte die Berichterstattung über BRAGIDA wieder in den unaufgeregten Modus des Ankündigens, Zählens, also Berichtens, zurück. Größere Meldungen gab es erst wieder über einen »Sieg-Heil«-Ruf auf einer BRAGIDA-Demonstration, allerdings – wie von BZ und Polizei betont wurde – nicht von Braunschweigern, sondern von Zugereisten aus dem »Ostharz«.³⁵⁵ Auffällig ist, dass sich die folgenden Berichte immer wieder auf diese Rufe bezogen – fast, als sei man erleichtert, nun über etwas Handfestes zu verfügen, um BRAGIDA als Rechtsradikale betiteln und das Problem externalisieren zu können. Die Störung der Normalität wurde in dieser Phase klar BRAGIDA zugeordnet. Dennoch erhob der Gegenprotest den Vorwurf, die Polizei sehe ihre Aufgabe darin, »einem winzigen Haufen von Rechtsextremisten ein möglichst großes Aufmarschgebiet in Braunschweig vorzuhalten«³⁵⁶. Und der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei gestand zu, dass der »öffentliche Raum« zuletzt zwar durch »fragwürdige« BRAGIDA-Veranstaltungen, doch auch durch eine »Vielzahl meist friedlicher Gegendemonstrationen« »enorm beansprucht« worden sei.³⁵⁷

Im März 2016 erreichten die Straßenproteste nach einem Angriff des JNlers Pierre Bauer auf einen Braunschweiger Schüler eine weitere Eskalationsstufe. Hatte sich, wie erwähnt, die Problemwahrnehmung zuvor stark auf BRAGIDA konzentriert, kam es nun zu einer erneuten Akzentverschiebung: Am 12. März wurde über den Gegenprotest berichtet, er habe »ein Zeichen setzen« wollen, »weil es in den vergangenen Wochen in Braunschweig vermehrt Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund gegeben hat – zuletzt einen Angriff auf Schüler der Neuen Oberschule«.³⁵⁸ Bei einer Blockade sei es dann zu Gewalt gegen die Polizei gekommen: »Die Beamten wurden bedrängt, geschlagen, getreten, beleidigt«, das BgR und die LINKE wiederum kritisierten das aggressive Vorgehen der Polizei: »Seit über einem Jahr erfüllt die Polizeiführung BRAGIDA und anderen Rechtsextremisten jeden Wunsch, während friedliche Gegendemonstranten wegen des Besitzes von Trillerpfeifen und Taschenlampen verhaftet werden«. Die Polizei parierte bezeichnenderweise und in zuvor nicht geäußelter Klarheit: »Die Übergriffe bei den

353 Zit. nach Brosowsky, Bettina Maria: Ein Pappkarton und ein anderes Utensil, in: taz, 17.02.2015.

354 Vgl. Fiene, Jörg: Angespannte Lage vor dem Protest-Sonntag, in: Braunschweiger Zeitung, 17.02.2015.

355 Siehe Richter, Ann Claire/Stachura, Jörn: »Sieg Heil« im Posttunnel, in: Braunschweiger Zeitung, 10.03.2015.

356 Richter, Ann Claire: Bragida-Teilnehmer greifen Polizei an, in: Braunschweiger Zeitung, 11.03.2015.

357 Zit. nach Schilff, Dietmar: Vereine müssen ihre echten Fanclubs stärken, in: Braunschweiger Zeitung, 09.02.2015.

358 Hier und im Folgenden Steiner, Cornelia: Polizisten bei Kundgebung attackiert und verletzt, in: Braunschweiger Zeitung, 02.03.2016.

Kundgebungen der vergangenen Monate seien fast ausschließlich von Gegende-monstranten verübt worden.« Das bis dato relativ gute Verhältnis zwischen Polizei und BgR wurde deutlich angespannter; ein BgR-Aktivist räumte zwar Gewaltpotenzial auf beiden Seiten ein, berief sich allerdings auf »leidvolle Erfahrungen« (I18) von 2005 – eine Erzählung, die das Verhältnis zur Polizei noch immer prägte. »Hier gab es mal einen Kessel, wo Leute – auch ganz normale Passanten – eingekesselt wurden, damit die NPD marschieren kann, wo Schülerinnen, die sich auf die Straße gesetzt haben, mit Pferden angegriffen wurden, mit Polizeipferden. Das war alles nicht so schön« (I18). Dieses fast schon als traumatisch erinnerte Erlebnis wurde zum Bezugspunkt der Selbstvergewisserung stilisiert.³⁵⁹

Vor allem die LINKE und die Grünen stellten zur Problematik rechtsradikaler Gewalt – diesbezüglich nehme Braunschweig einen unrühmlichen »Spitzenplatz ein – Anfragen im Stadtrat, bereits 2015 erstmals in direkter Verknüpfung mit BRAGIDA. Gefragt wurde, ob es Zusammenhänge gebe zwischen »der unkritischen Genehmigungspraxis und dem mangelnden Problembewusstsein gerade auch bei der Polizei bei den ›Bragida-Aufmärschen‹ und den rechten Straftaten und wenn ja, welche«³⁶⁰. Die Antwort war gepfeffert: Nach Auskunft der Polizei sei Braunschweig kein Brennpunkt rechtsradikaler Straftaten. »Vielmehr würden rechte Straftaten konsequent aufgedeckt und verfolgt, so dass deren Anzahl«³⁶¹, so die Interpretation der Statistik, »im Vergleich zu anderen Städten relativ hoch sei.« Überhaupt wurde die Integrität der staatlichen und städtischen Instanzen verteidigt: »Es gibt weder eine unkritische Genehmigungspraxis [...] noch ein mangelndes Problembewusstsein.« Man entscheide »ausschließlich nach Recht und Gesetz«. Der Zusammenhang zwischen rechten Straftaten und BRAGIDA sei indes tatsächlich nicht von der Hand zu weisen. Allerdings sei die »Aufklärung und Verfolgung krimineller Handlungen [...] ausschließlich Aufgabe der Polizei«, diese gehe dabei »nach ihren Angaben objektiv und unparteiisch vor«, auch der Staatsschutz beobachte die Szene im Rahmen seiner Möglichkeiten. Mit »Demokratie leben!« sei man »außerhalb des Strafrechts im gesellschaftlichen Kontext gegen Rechtsextremismus aktiv«. Die Formulierung einer politischen Haltung oder ein normatives Bekenntnis wurden vermieden, obwohl sich – glaubt man dem BgR – das Klima in der Stadt durch BRAGIDA verschärft habe: »Wir haben immer wieder gesehen, dass BRAGIDA-Anhänger mit Wut, Hass und Aggressionen auf den bunten und gesellschaftlich breiten Protest reagieren, der ihnen hier in der Stadt entgegentritt«;

359 Siehe o.V.: »Braunschweiger Kessel« war rechtswidrig, 16.06.2006, URL: <https://de.indymedia.org/2006/06/150130.shtml> [eingesehen am 26.03.2019].

360 DIE LINKE-Fraktion Rat der Stadt Braunschweig: Anfrage der LINKEN Rechte Straftaten in Braunschweig – Was unternimmt die Verwaltung? Vorlage – 15-00434 in der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig, vom 08.07.2015.

361 Hier und im Folgenden Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig, 21.07.2015, Stellungnahme 15-00434-01. Die Beantwortung erfolgte durch Stadtrat Ruppert (CDU).

politisch rechts orientierte Menschen sähen sich durch BRAGIDA darin bestärkt, »ihre Ressentiments und ihren Hass offener auszuleben«.³⁶²

Bereits 2006 war im Stadtrat die Präsenz Rechtsradikaler im öffentlichen Raum – allerdings nur als sporadisch auftauchendes Thema – diskutiert worden. Die LINKE fragte damals, inwieweit die Stadt gedenke, eine Veranstaltung der NPD in städtischen Räumlichkeiten zu verhindern.³⁶³ Aus der Antwort geht hervor, dass die Verwaltung keine Kenntnis von den Bestrebungen der NPD habe und folglich auch nicht agiere. Diese Antwort überrascht insofern, als ein Jahr später die BIBS von einer »gravierenden Entwicklung der rechtsextremen Szene in den Umlandgemeinden« sprach, die eine aktive Präventionsarbeit »unabdingbar« mache.³⁶⁴ Dennoch dauerte es acht weitere Jahre, bis die BIBS im September 2015 die Verwaltung fragte, »was diese unternimmt um Rassismus und dessen Zurschaustellung im Stadtbezirk [Nordstadt] einzudämmen und neonazistische bzw. rassistische Umtriebe zu unterbinden«³⁶⁵. Allerdings, so die Polizei, gebe es in der Nordstadt »keine die Sicherheitslage betreffenden besonderen Auffälligkeiten«³⁶⁶. Die BIBS gab sich damit nicht zufrieden und reichte drei Monate später eine erneute Vorlage ein bezüglich »Landfriedensbruch durch rechtsradikale Schlägertruppe in der Nordstadt«.³⁶⁷ Es ging um einen Infotisch der JN, der – so interpretierte Speit³⁶⁸ – bloß ein Vorwand gewesen sei, die gegen ihn protestierende Antifa anzugreifen, weswegen die BIBS nun fragte, inwiefern »rechtsradikale, ergo rassistische und gewaltbereite, Schlägerbanden rund um das Umfeld der ›JN‹ [...] und der Partei ›Die Rechte‹« den Behörden bekannt seien und was man unternehme, »um dieses Dunkelfeld von gewaltbereiten Banden, womöglich Intensivtätern, zu erleuchten«, und ob ihre Hoffnung berechtigt sei, dass »den Umtrieben dieser potenziell schwerkriminellen Banden auch seitens unserer Stadtverwaltung Einhalt geboten wird«, damit sich jedermann »angstfrei im öffentlichen Raum bewegen« könne.

362 Zit. nach Speit, Andreas: Gepöbel und Hakenkreuze. Wieso es in Braunschweig mehr rechte Straftaten gibt, in: taz, 20.08.2015.

363 Siehe DIE LINKE-Fraktion Rat der Stadt Braunschweig: Anfrage 436/06, in der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig, vom 19.12.2006.

364 BIBS-Fraktion Rat der Stadt Braunschweig: Anfrage der BIBS 582/07 Koordinierungsstelle gegen Recht Stellungnahme, in der Sitzung Rat der Stadt Braunschweig, 17.07.2007.

365 Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt, 24.09.2015. Stellungnahme 15-00760-01.

366 Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt: Stellungnahme bzgl. VO 15-00760, URL: www.braunschweig.de/res/php/toproxy/voo2o.php?VOLFDNR=1000953 [eingesehen am 26.03.2019].

367 Soweit nicht anders gekennzeichnet im Folgenden Stadtbezirksrat 331 Nordstadt: Landfriedensbruch durch rechtsradikale Schlägertruppe in der Nordstadt, Bedrohungslagen und polizeiliche, ggf. geheimdienstliche, Erkenntnisse zum Jahreswechsel (Vorlage 15-01376), URL: www.braunschweig.de/res/php/toproxy/voo2o.php?VOLFDNR=1001719 [eingesehen am 26.03.2019].

368 Siehe Speit, Andreas: Hinterhalt am Nibelungenplatz, in: taz, 09.12.2015.

Die Polizei ließ mitteilen, dass es in »Braunschweig keine sog. rechten Schlägerbanden, die durch die Stadt ziehen«, gebe, die Auseinandersetzung am Nibelungenplatz sei »durch gegenseitige Provokation heraufbeschworen [worden] und mündete in wechselseitige Körperverletzungen«. ³⁶⁹ Die Nordstadt habe kein Problem mit »Extremismus«, »das Straftatenaufkommen ›rechts/links‹ in der Nordstadt liegt nach polizeilichen Erkenntnissen prozentual noch unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt«. Ein Aktivist des BgR, der selbst vor Ort war, geriet zusätzlich in die Kritik, weil er die Auseinandersetzung gefilmt, aber nicht eingegriffen haben soll, da er nach eigener Aussage privat als nebenberuflicher Fachjournalist vor Ort gewesen sei. Die BZ meinte: »Dass [er] es womöglich mit seiner Identität hält wie andere mit einer Wendeweste, heizt nun vor allem in bürgerlichen Kreisen erneut die Debatte um das Selbstverständnis des Bündnisses und seine Haltung zum Gewaltverzicht an.« ³⁷⁰

Auch im Folgejahr wurde die Anfrage zu rechtsradikaler Gewalt, dieses Mal von den Grünen, im März 2016 direkt mit der Präsenz von BRAGIDA und deren Verbindung zur JN, ebenso wie mit dem »Schulhofschläger«, verknüpft. Die Grünen appellierten an die Wachsamkeit einer ohnehin schon alarmierten Zivilgesellschaft:

»Auch wenn die Braunschweiger Zivilgesellschaft sich engagiert gegen die braunen Umtriebe von ›Bragida‹, JN & Co. zur Wehr setzt, sind wir doch sehr besorgt über die zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Spektrum. Insbesondere der jüngste Vorfall im besonders geschützten Raum ›Schule‹ muss unser besonderes Augenmerk besitzen.« ³⁷¹

Dieser kurze Abriss zeigt: Eine erhöhte Sensibilität für das Thema Rechtsradikalismus im Nachgang BRAGIDAS war in den städtischen Gremien nicht erkennbar. Aufmerksamkeit erregten Phänomene wie BRAGIDA immer dann, wenn sie medial thematisiert wurden, und vor allem, sobald sie sich in einen größeren Rahmen sowie ein Bedrohungsszenario wie PEGIDA einordnen ließen. Sobald eine Personalisierung vorgenommen wurde, wie das Kaprizieren auf Gewalttäter, konnten diese exkludiert werden, ohne dass zwangsläufig eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem als »Rechtsradikalität« benannten Problem folgen musste. Dennoch konfrontierte die Zivilgesellschaft die Stadtpolitik mit diesem Anspruch; Akteure von rechts wiederum versuchten, in die Lücke vorzustoßen, die BRAGIDA geöffnet hatte.

369 Hier und folgend zit. nach Stadtbezirksrat 331 Nordstadt, Stellungnahme 15-01376-01, URL: www.braunschweig.de/res/php/toproxy/voo2o.php?VOLFDNR=1001719 [eingesehen am 26.03.2019].

370 Fiene: Vor dem Protest-Sonntag, 20.02.2015.

371 Die Grünen-Fraktion Rat der Stadt Braunschweig: Öffentliche Anfrage der Grünen 16-01749: Rechte Gewalt in Braunschweig, in der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig, vom 15.03.2016.

Normalität ohne »Extremismus« und die Suche nach Konsens

Ein wesentliches Analyseergebnis der Deutung von BRAGIDA und dessen, was in Braunschweig als Normgerüst herausgeschält werden konnte, ist die Beobachtung, dass ein gesellschaftlicher Zustand verteidigt werden sollte, dem gewisse »Werte« und »Normen« im Selbstverständnis zugeschrieben wurden. Und innerhalb dieses durch das Normkorsett gerahmten Zustands wurde nicht nur eine Normalität ohne Gewalt verteidigt, sondern er stand auch kategorisch gegen einen als solchen bezeichneten »Extremismus«. ³⁷² Der nahezu reflexhafte Verweis vieler Braunschweiger Akteure auch auf einen »linken Extremismus« – im Zusammenhang mit BRAGIDA-Veranstaltungen sei die Zahl »linksmotivierter Straftaten besonders« (I16) gestiegen ³⁷³ – scheint zumindest einer gemeinsamen Problemwahrnehmung mit BRAGIDA entgegenzukommen.

Die Anknüpfungspunkte für die AfD sind evident: Denn die »extremistische Ideologie« abzuwehren, hatte auch sie sich – unter anderen Vorzeichen – auf die Fahnen geschrieben. Im August 2017 brachte sie im Stadtrat den Antrag »Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen!« ein: »Die Zunahme von politisch motivierter Gewalt und das Erstarken von links- und rechtsextremistischer [sic!] Strukturen sind eine für die demokratische Gesellschaft beunruhigende Entwicklung, die nicht unwidersprochen hingenommen werden kann und darf«, hieß es in dem Antrag. Deshalb forderte die AfD, der Rat solle Gewalt »als Mittel der politischen Auseinandersetzung« ablehnen und konstatieren, dass »jeder, der politisch motivierte Gewalt von links und rechts fördert, begünstigt oder verharmlost, den demokratischen Grundkonsens unseres Staates

372 Diese Haltung innerhalb der Stadtgesellschaft offenbart insbesondere eine kursorische Durchsicht von Leserbriefen und Online-Kommentaren der Braunschweiger Zeitung, für die hier exemplarisch zwei Auszüge zitiert werden, in deren Duktus und Impetus jedoch etliche vorliegen: Leserbrief von Ekkehard Senf am 20.01.2015: Er übt Kritik am Namen »Bündnis gegen Rechts«, das alle »aufrechten Demokraten« beleidige. »Ich fühle mich diffamiert«, er lasse sich als CDU-Wähler »nicht in die rechtsextreme Ecke drängen«, stehe mit seiner Meinung auf dem Boden des Grundgesetzes, das BgR sei schlimmer als PEGIDA selbst, weil es nicht zwischen rechts und rechtsextrem differenzieren könne. Wie »meine Kanzlerin Frau Dr. Merkel, lehne ich Extremismus ab, egal ob von links oder rechts«. Ähnlich Holger Pleitner unter dem Titel »Keine Macht den Extremisten« am 22.01.2015: »Extreme Linke und Rechte sind lächerlich.« Dass autonome Linke bei der Gegendemonstration ihre »Gewaltlust« ausleben würden und Steine und Flaschen auf Unbeteiligte geworfen hätten, könne er »nicht gutheißen«. »Beide Seiten«, gemeint sind Linke und Rechte, »agieren sinnfrei und lächerlich. Das eigentliche Problem ist ihnen egal.«

373 Zur Gleichsetzung von links und rechts im Kontext von Gewalt am Beispiel Saalfeld vgl. Quent/Schulz: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, S. 43 u. S. 58.

verlässt«. ³⁷⁴ Die SPD brachte daraufhin einen Änderungsantrag ein, auf dessen Grundlage der Rat dann überraschenderweise *einstimmig* folgenden Entschluss fasste:

»Der Rat der Stadt Braunschweig verurteilt Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und lehnt darüber hinaus auch jegliche Form von Hass, Hetze und Diskriminierung gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder politischen Einstellung ab. Hass, Hetze und Diskriminierung sind zunehmend der Nährboden für politisch motivierte Straftaten. Diese sind eine Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und machen es erforderlich, dass alle demokratischen Kräfte zusammenstehen und die Werte unseres Grundgesetzes verteidigen. Wir erklären, dass jeder, der zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung aufruft, oder diese durch hass-erfüllte und hetzerische Darstellungen begünstigt, den demokratischen Grundkonsens unseres Staates verlässt.« ³⁷⁵

Die Ablehnung von »Extremismus« ging Hand in Hand mit der Suche (und Sehnsucht) nach einem Konsens, vor allem hinsichtlich einer »spürbare[n] Verunsicherung unserer Gesellschaft« im Rahmen der Demonstrationen von PEGIDA und BRAGIDA – wie auch schon Weil in seiner Regierungserklärung betont hatte. ³⁷⁶

Doch ist die Normalität durch BRAGIDA nun letztlich gefährdet bzw. verändert worden? Ein Aktivist vom BgR urteilte im Sommer 2015: Auch wenn BRAGIDA als »sichtbare Bewegung auf der Straße« (I17) gescheitert sei, habe sie doch ihr nahestehenden Menschen ein anderes Selbstbewusstsein gegeben. Damit sprach er BRAGIDA einen stillen, begrenzten diskursiven Erfolg zu, der vor allem der AfD und JN weitere Räume geöffnet habe. Im März 2016 konstatierte ein BgR-Aktivist:

»Früher fehlte Rechtsradikalen ein Versammlungsort in Braunschweig, um sich zu organisieren. Das hat sich mit den BRAGIDA-Demonstrationen geändert. Es scheint mir offensichtlich, dass die Demonstrationen von Rechtsradikalen genutzt werden, um Anhänger zu rekrutieren.« ³⁷⁷

374 AfD-Fraktion Rat der Stadt Braunschweig: Antrag der AfD im Rat der Stadt Braunschweig: 17-05078: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen, vom 08.08.2017.

375 Rat der Stadt Braunschweig, Ratssitzung vom 22.08.2017. Änderungsantrag 17-05207 der SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt »Resolution: Demokratische Grundwerte bewahren – politisch motivierte Gewalt verurteilen!« URL: <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/voo21.asp> [eingesehen am 26.03.2019].

376 Niedersächsischer Landtag: »Nous sommes Charlie«, Drs. 17/2765, S. 5042.

377 Zit. nach Stachura, Jörn: Friedliche Demo gegen rechte Gewalt, in: Braunschweiger Zeitung, 21.03.2016.

Folgt man den von Borstel u.a. angestellten Überlegungen zu rechten Raumgewinnen, erscheint das zumindest möglich, da langsame Raumeroberungsgewinne anfangs nicht bemerkt würden, weil eher unterschwellig eine schleichende Präsenz im Stadtbild erobert werde. Obwohl sich auch in Braunschweig Gewalt und Einschüchterungen durch Rechtsradikale ereignet hatten, stellte sich bei der Mehrheit der Stadtgesellschaft kein Bewusstsein für Raumgewinne durch BRAGIDA ein. Ein Journalist sprach anlässlich der ersten BRAGIDA-Veranstaltung davon, die

»Braunschweiger Stadtbevölkerung [ist] mit einer ganz großen Eintracht, weiß der Geier, wie man das nennen will, [...] auf die Straße gegangen dagegen [...] und die Stadtbevölkerung hat sich positioniert gegen BRAGIDA. Eindeutig. Das war ein Phänomen, was ich sehr außergewöhnlich fand, weil das in anderen Städten so eindeutig teilweise nicht passiert ist.« (I16)

Entsprechend dieser Deutung habe BRAGIDA auch keine weitere Wirkung entfalten können, irgendwann sei sie nicht mehr da gewesen, ein Agendasetting sei ihr nicht gelungen. Wenn überhaupt, sei parallel zu BRAGIDA im positiven Sinne eine Diskussionskultur befördert worden. »Das heißt, also all die Ängste und Nöte, Sorgen, die die BRAGIDA glaubt allein in sich aufzunehmen, die wurden bei uns ganz offen diskutiert.« Der Befragte zeichnete Braunschweig als »vorbildliche« (I16) Stadt der Ausverhandlung, die erfolgreich verlaufe, weil sie Themen befrieden könne unter Einbindung vieler.

Allerdings: Tatsächlich verlief diese Ausverhandlung nicht unter Einbindung aller Bürger; denn bestimmte gesellschaftliche Gruppen, die zwar eventuell nicht bei BRAGIDA mitgelaufen waren, aber sicherlich Affinität zu den dort vertretenen Positionen hatten, waren aus solchen Aushandlungsprozessen häufig ausgeschlossen – ein stadtpolitisch »normales« Prozedere, das allerdings unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten betrachtet zugleich ein fragwürdiges ist. Denn hierdurch verstärkte sich der Eindruck eines Teils der Gesellschaft, dass »die Politik« dessen Anliegen nicht beachte – und dieser Teil der Gesellschaft ist, wie der weitere Erfolgslauf der AfD nach 2015 anzeigt, doch größer, als sich der Rest der Gesellschaft bisweilen eingestehen mag.

Auch wenn BRAGIDA den Diskurs in der Bewertung der Akteure – anders als etwa in Dresden – nicht verschob, hatte die Formation doch insofern Auswirkungen auf Braunschweig, als sie zumindest eine kurzfristige Irritation eines ohnehin schon brüchigen Selbstbildes verursachte. BRAGIDA brachte an die Oberfläche, dass es zwar einen Konsens in Braunschweig darüber gab, welche Normalität – eine ohne Gewalt und »Extremismus« – gelten sollte, dass die Ausverhandlung und Verteidigung selbiger jedoch anstrengend und nicht von schnellem Einvernehmen getragen war.

Das Attest, das Borstel Dortmund ausstellte – die demokratische Stadtgesellschaft habe auf den Rechtsradikalismus reagiert »und die Machtfrage um Räume

und Einflussphären angenommen«, damit also »die Voraussetzungen zu ihrer Begrenzung«³⁷⁸ geschaffen –, kann Braunschweig mit Blick auf BRAGIDA keinesfalls uneingeschränkt ausgestellt werden. Das breite Bündnis, das bis zum Schluss proklamiert wurde, hat es nie gegeben. Und auch wenn BRAGIDA letztlich als Straßenprotest gescheitert sein mag, waren die kurzfristig durch sie kanalisierten Themen nicht aus den Auseinandersetzungen der Stadtgesellschaft verschwunden.

Die Praxis der Verhandlung eines rechtsradikalen Phänomens wie BRAGIDA hat gezeigt, dass dieser Prozess durchaus wichtig ist für das Selbstverständnis einer Stadt, dass aber immer auch Teile der Gesellschaft außen vor bleiben, sich nicht hinter die Positionen der artikulationsstarken Protestorganisatoren oder Repräsentanten der Politik stellen wollen, sondern eher für die Ansprache von Bündnissen wie BRAGIDA oder Parteien wie der AfD empfänglich sind und es durchaus gesellschaftliche und lokalkulturelle Faktoren gibt, die dazu führen, dass diese Menschen sichtbarer werden und für ihre Anliegen ebenfalls Diskurslegitimität einfordern.

378 Borstel/Luzar/Sundermeyer: Rechtsextreme Strukturen in Dortmund, S. 72.

